**SITZUNGSBERICHTE**
**DER LEIBNIZ-SOZIETÄT**
**Band 36 • Jahrgang 2000**

**trafo Verlag Berlin**

**ISSN 0947-5850 ISBN 3-89626-295-5**

## *Inhalt*

*Analysen und Perspektiven*

*Gerd Friedrich*

Wachstumsschwäche und Strukturwandel in den alten Industrieländern >>>

*Harry Nick*

Über die Idee des Gemeineigentums heute >>>

*Wirtschafts- und Sozialgeschichle*

*Arno Donda*

Eine vergleichende Analyse der amtlichen Statistik der BRD und der DDR >>>

*Akademiegeschichte .*

*Helmut Steiner*

Das Akademie-Institut für Wirtschaftswissenschaften im Widerstreit wissenschaftlicher, ideologischer und politischer Auseinandersetzungen >>>

*Anlagen: Dokumente >>>*

*Fritz Behrens*

Über die Lage der Wirtschaftswissenschaften. Manuskript für "Neues Deutschland" vom 02. Mai 1956. Unveröffentlicht. SAPMO IV/2/904/209/B1. 17-23. >>>

*Abteilung Wissenschaften des ZK. der SED*

Aktennotiz vom 26.01.1957 des Sektors Politische Ökonomie der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED
über eine Aussprache mit Genossen Professor Naumann am 19.01.1957. SAPMO1V2/904/404. Bl.l 18. >>>

*Abteilung Wissenschaften des ZK der SED*

Aktennotiz vom 28.01.1957 des Sektors Politische Ökonomie der Abteilung Wissenschaften
des ZK der SED für Genossen Hager über "Diskussionen unter den Wirtschaftswissenschaftlern
und das Auftreten bestimmter Genossen Wirtschaftswissenschaftler".
SAPMO IV 2/904/402. Bl. 199-122. >>>

*Parteigruppe des Akademie-Instituts für Wirtschaftswissenschaften*

Stellungnahme der Parteigruppe des Akademie-Instituts für Wirtschaftswissenschaften
an das Zentralkomitee der SED vom 8.11.1956 SAPMO IV 2/904/209 Bl. 34. >>>

*Helmut Steiner*

Zum Tode von Günther Kohlmey (1913-1999) Das kurze Tauwetter. >>>

*Gunter Kohlmey*

Zu einigen Fragen der sozialistischen Wirtschaftsleitung (1956) >>>

## *Rezensionen*

*Thomas Kuczynski*

"Ich habe einige Dogmen angetastet...". Werk und Wirken von Fritz Behrens.
Beiträge zum vierten Walter-Markov-Kolloquium, hrsg. von Eva Müller, Manfred Neuhaus und Joachim Tesch. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 1999 >>>

*Klaus Steinitz*

Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland.
Neunzehnter Bericht. Forschungsreihe des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle. 1999, H. 5 >>>

*Analysen und Perspektiven*

Gerd Friedrich

# Wachstumsschwäche und Strukturwandel als wesentliche Merkmale der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung in den alten Industrieländern*

## Vorbemerkung

In den hochentwickelten Industrieländern begannen in der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts weitreichende qualitative Veränderungen der Produktivkräfte. Seitdem befinden sich Wirtschaft und Gesellschaft in tiefgreifenden Prozessen des Wandels. Der „Club of Rome" spricht von Globaler Revolution, andere vom Übergang zur Postindustriellen Gesellschaft, dritte schließlich von der Herausbildung der Informationsgesellschaft. Unabhängig vom Begriff – weitgehende Übereinstimmung besteht darin,

- daß es sich um eine radikale Umwälzung der gesamten Produktions- und Lebensweise handelt,
- daß es globale Prozesse sind, d. h. weltweite Veränderungen, die alle Kontinente und Regionen in historisch kürzester Zeit erfassen,
- daß bei anhaltender Kapitaldominanz und Profitorientierung mit dieser Entwicklung soziale und ökologische Risiken und Krisen vorprogrammiert sind.

Das gewaltige Produktivitätspotential könnte neue Möglichkeiten für die Bekämpfung von Armut und Hunger, für die Beseitigung von Umweltschäden und den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung, für Arbeitserleichterung und Arbeitszeitverkürzung, für die Bekämpfung von Krankheit und Seuchen erschließen – kurzum den gesellschaftlichen Fortschritt befördern. Ohne Fortschritte in diese Richtungen in Abrede stellen zu wollen, kommen einem Bedenken in die Entwicklung, wenn man die Zunahme der Massenarbeitslosigkeit, die Polarisierung von arm und reich, den rücksichtslosen Umgang mit dem an sich schon diffizilen ökologischen Gleichgewicht dieses Planeten sieht.

* Aktualisierter, erweiterter und mit einem statistischen Anhang versehener Vortrag, gehalten in der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz - Sozietät am 20. Februar 1997.

In diesen Gesamtprozeß, der in vielfältigen ökonomischen und sozialen Widersprüchen seinen Ausdruck findet, der die Gegensätzlichkeit der ersten und der dritten Welt verschärft, der von weiterer Bevölkerungsexplosion und Umweltzerstörung begleitet wird, ist die ökonomische Entwicklung der alten Industrieländer eingebettet.

Die Konzentration auf das Thema gestattet es nicht, den Bezug zum Gesamtprozess immer herzustellen. Aber die Beschränkung auf eine Reihe ökonomischer Widersprüche in den Industrieländern erscheint insofern legitim, weil durch die Entwicklung dieser Länder der Kapitalismus des 21. Jahrhunderts geprägt werden wird. Ein Anliegen dieser analytischen Betrachtung besteht darin, die Frage zu beantworten, ob ein spürbarer Abbau der Massenarbeitslosigkeit ohne grundlegende Veränderungen in Politik und Wirtschaft möglich ist.

In der analytischen Begründung wurde ausschließlich Datenmaterial der Bundesrepublik Deutschland angeführt. Die Entwicklung der anderen westeuropäischen Großmächte ist nahezu synchron verlaufen und auch für die USA und Japan weisen die ökonomischen Daten für den hier betrachteten Sachverhalt – Wachstumsschwäche und Strukturwandel – nur graduelle Unterschiede auf (vgl. hierzu den statistischen Anhang – Teil I.).

## 1. Der Sachverhalt

Betrachtet man die ökonomischen Eckdaten der letzten dreißig Jahre, so fallen zwei Tatbestände besonders ins Auge: Sinkende Zuwachsraten des Bruttoinlandprodukts und Verschiebung des Gewichts der einzelnen Wirtschaftsbereiche.

So betrug der durchschnittliche jährliche Zuwachs des Bruttoinlandprodukts in der BRD real

| | |
|---|---|
| in den 60er Jahren | 4,4% |
| in den 70er Jahren | 2,7% |
| in den 80er Jahren | 2,3% |
| in den 90er Jahren | 1,8%. |

Der Anteil der in der materiellen Produktion Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten betrug

| | |
|---|---|
| 1960 | mehr als 60% |

1980 noch 50%
1995 knapp 38%.

Im Jahre 1993 übertraf erstmals die Zahl der in den dienstleistenden Bereichen Beschäftigten (Banken, Versicherungen, öffentlicher Dienst, Bildungs- und Gesundheitswesen, Kultur u.a.) die Zahl der Beschäftigten in der materiellen Produktion, 1997 betrug das Verhältnis 45% : 36%.[1]

## 2. Die Ursachen.

Unter marktwirtschaftlichen Bedingungen bestimmen Dynamik und Struktur der zahlungskräftigen Nachfrage die Entwicklung der Produktion. Es ist daher naheliegend, die Ursachen für Veränderungen im Wachstum und in der Wirtschaftsstruktur in Veränderungen der Nachfrage zu suchen.

Für die Dynamik und Struktur der Binnennachfrage sind der private Verbrauch und die Investitionen entscheidend, die sich zum Teil wechselseitig bedingen – Nachfragezuwachs bei Privathaushalten führt zur Ausdehnung der Produktion, zu mehr Investitionen, damit zu mehr Arbeitsplätzen und wachsenden Einkommen, die sich wiederum in steigender Nachfrage niederschlagen. Wachstumsschwäche deutet darauf hin, daß dieser Zusammenhang in irgendeiner Weise gestört ist. Die einen führen die „Störung" auf die Höhe der Steuern und Abgaben zurück, durch die die Einkommen der Privathaushalte und damit ihre Nachfrage geschmälert wird; das Argument ist insofern wenig überzeugend, als auch Steuern und Abgaben zu entsprechender Nachfrage führen – nur anders strukturiert. Die anderen meinen, die Löhne und Lohnnebenkosten seien zu hoch, so daß sich Investitionen für die Unternehmen nicht lohnen, es sei denn, sie führen zur Einsparung von Arbeitskräften; dieses Argument ist insofern nicht überzeugend, als sinkende Löhne zu sinkender Nachfrage führen und damit kontraproduktiv in bezug auf die Erweiterung der Produktion wirken. Die Wachstumsschwäche so einfach aus dem Zusammenhang von Einkommen, privater Nachfrage, Lohnkosten, Höhe der Abgaben und Steuern und Investitionen erklären zu wollen, greift offenbar zu kurz.

Tatsache ist, daß die Binnenmärkte in den hochentwickelten Industrieländern in den letzten 20–30 Jahren in der Tendenz nur mehr moderate Wachstumsraten zu verzeichnen haben. Hier wirkt ein ganzes Bündel von

Faktoren, das den Zusammenhang zwischen Einkommen – Nachfrage – Ausdehnung der Produktion – Investitionen zur Kapazitätserweiterung „stört".

Nicht zu übersehen sind Sättigungsprozesse, die zur Stagnation des Inlandverbrauchs in zahlreichen Konsumgüterbranchen führen: Im Pro-Kopf-Verbrauch bei den Grundnahrungsmitteln gibt es seit fünfundzwanzig Jahren kaum mehr Steigerungen, der Einzelhandelsumsatz insgesamt stieg zwischen 1970 und 1990 nur noch schwach, stagniert faktisch seit dem „Vereinigungsboom" in den neunziger Jahren, bei der Mehrzahl langlebiger technischer Konsumgüter ist ein so hoher Ausstattungsgrad der Haushalte erreicht, daß sich die Nachfrage im wesentlichen aus dem Ersatzbedarf ergibt (vgl. hierzu den statistischen Anhang, Teil II „Zur Entwicklung der Konsumtion") – insgesamt zeichnet sich das Bild einer „Überflussgesellschaft" ab: Die Befriedigung der Grundbedürfnisse ist für vier Fünftel der Gesellschaft mehr als gesichert, es herrscht ein entsprechendes Überangebot.

Die durch Einkommenssteigerungen ausgelöste zusätzliche Nachfrage konzentriert sich auf wenige Sektoren, etwa den Tourismus, die Kommunikation, die Mobilität, den Wohnkomfort und zahlreiche Dienstleistungen im Freizeitbereich. So stiegen z. B. die Ausgaben der Deutschen im Reiseverkehr mit dem Ausland von 10 Mrd. DM im Jahre 1970 auf 80 Mrd. DM 1997 und damit etwa 1,5 mal so schnell, wie der private Verbrauch insgesamt[2].

Die Veränderungen in der Nachfrage nehmen ihren Ausgang in der Ausgabenstruktur der privaten Haushalte – einem Anstieg der Anteile für Mieten und Wohnen (von 1963 bis 1995 von 11% auf 23%), für Verkehr und Kommunikation (von 8% auf 17%) stehen rückläufige Anteile bei Nahrungsmitteln und Verbrauchsgütern gegenüber[3]. Gleichzeitig liegt die Sparquote im Bereich des oberen und des mittleren Drittels aller Einkommensbezieher recht hoch – so wurden Ende der achtziger Jahre bei Haushalten mit einem Monatseinkommen zwischen 7.500 DM und 10.000 DM nur etwa 60%[4] der Einkommen verbrauchswirksam. Alles das bremst die Binnennachfrage nach Konsumgütern, engt das Produktionswachstum ein und läßt es als wenig lohnend erscheinen, in zusätzliche Kapazitäten zu investieren.

Die tendenzielle Entwicklung des „privaten Verbrauchs" insgesamt und die Struktur der Nachfrage ist natürlich auch von den Vermögens- und Einkommensverhältnissen abhängig: Die Polarisierung bei Einkommen

und Vermögen in den letzten zwanzig Jahren hat nicht gerade zu einem „Nachfrageschub" geführt. Stärkere Impulse für den Konsumgütermarkt wären nur durch Einkommenserhöhungen der unteren Einkommensschichten zu erwarten, da die Deckung des Bedarfs bei vielen Erzeugnissen und Dienstleistungen in den höheren Einkommensgruppen weit fortgeschritten ist.

Die Folgen der Nachfrageschwäche auf der Angebotsseite sind vor allem chronische Überproduktion, „Überakkumulation" in Gestalt von überschüssigen Produktionskapazitäten und Finanzmitteln. Damit werden Investitionen zur Kapazitätserweiterung abgebremst, akkumulierte Mittel werden verstärkt für Finanzanlagen, zur Fusionierung, zum Aufkauf von Konkurrenten, um sich ihre „Marktanteile" anzueignen, und für die „Privatisierung" vorher öffentlichen Eigentums genutzt. Damit treten die Investitionen als entscheidender Motor des Aufschwungs zurück. Sowohl in den achtziger, als auch in den neunziger Jahren übernehmen die Exporte die Funktion der „Lokomotive im Konjunkturzyklus". Da aber die gesamte Kette vom privaten Verbrauch bis zu den Investitionen geschwächt ist, kommen – trotz des „Exportbooms" – nur Zuwachsraten von 2–3% für die Volkswirtschaft heraus. Die große Industrie sucht für sich den Ausweg auf dem Weltmarkt – dementsprechend stieg der Exportanteil am Umsatz von Jahrzehnt zu Jahrzehnt: 1970 – 18% 1980 – 24% 1990 – 29% 1995 – 34%[5]. Die zunehmende weltwirtschaftliche Verflechtung wird zu einem wichtigen Faktor des Strukturwandels.

## 3. Die Folgen

Marktsättigung, sinkende Wachstumsraten und struktureller Wandel haben gravierende Folgen:

1.) Die Produktivitätssteigerung in der Industrie übertrifft tendenziell die Steigerung der Produktion. Arbeitskräfte werden freigesetzt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften im tertiären Sektor reicht nicht aus, um die freigesetzten und die zusätzlich auf den Arbeitsmarkt drängenden Arbeitskräfte zu beschäftigen. Es entwickelt sich eine Sockelarbeitslosigkeit, d. h. eine Reservearmee, die auch in Zeiten der Konjunktur nicht mehr zum Einsatz kommt:

| | |
|---|---|
| in der zweiten Hälfte der 70er Jahre | 1 Mio. |
| in der zweiten Hälfte der 80er Jahre | 2 Mio. |
| nach dem Anschluß der DDR | 3 Mio. |
| in der zweiten Hälfte der 90er Jahre | 4 Mio. offiziell Arbeitsloser. |

De facto fehlen zur Zeit 6–7 Mio. Arbeitsplätze. Die Massen- und Dauerarbeitslosigkeit wurde damit zur größten ökonomischen und sozialen Herausforderung, die bereits mittelfristig den sozialen und politischen Konsens in dieser Gesellschaft zu zerstören vermag.

Ökonomisch kosten 100.000 Arbeitslose der Gesellschaft etwa 4 Mrd. DM – Gesamtkosten folglich z. Zt. etwa 160 Mrd. DM jährlich. Noch folgenschwerer ist, daß damit ein wachsender Teil der Bevölkerung dauerhaft ausgegrenzt wird. Ferner schrumpft die Basis der sozialen Sicherungssysteme, die auf der Erwerbsarbeit aufbauen.

2.) Mit der Marktsättigung verändert sich die Konkurrenzsituation: Aus einem „normalen Wettbewerb" wird ein „Verdrängungswettbewerb". Während bei einem expandierenden Markt auch schwächere Unternehmen noch im Geschäft bleiben, werden sie jetzt an den Rand und in den Konkurs getrieben. So erklärt sich die widersprüchliche Situation, daß einerseits Banken und Konzerne Rekordgewinne vermelden und andrerseits die Zahl der Konkurse vornehmlich kleiner und mittlerer Unternehmen nie gekannte Größenordnungen erreichte. Bei einem Verdrängungswettbewerb ist jedes Mittel recht, um dem Konkurrenten seinen Marktanteil abzunehmen: Diskriminierung, Wirtschaftsspionage, Preisdumping, Bestechung, Lohndumping usw. usf. Der Konkurrenzkampf wird unter den Bedingungen gesättigter Märkte zum Wirtschaftskrieg. Das gilt auch für den Weltmarkt. In dieser Situation erwarten die Unternehmer eine entsprechende Unterstützung durch „ihren" Staat – Verbesserung der „Standortbedingungen" durch Lohn- und Sozialabbau. Mit der Standortdebatte wird zugleich eine nationale Schicksalsgemeinschaft beschworen – „Wir sitzen alle in einem Boot"– und die Interessen des Kapitals erhalten den Rang nationaler Werte.

3.) Mit dem schwachen Wirtschaftswachstum verschärfen sich die Verteilungskämpfe, vor allem zwischen Kapital und Arbeit, aber auch zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten. Das soziale Klima wird eisig. Arbeitslosigkeit und angeblich zu hohe Lohnkosten werden für den Lohn- und Sozialabbau instrumentalisiert. Als Argument in diesem Kampf wird die prekäre Lage einzelner Branchen und zahlreicher kleiner und auch

mittlerer Betriebe benutzt. Nur: die Kapitaleigner und die Schicht der „Besserverdienenden" insgesamt konnten mit Regierung und Staat sehr zufrieden sein, denn bei einem nominellen Anstieg des Volkseinkommens auf das zweifache im Zeitraum von 1980 bis 1995 stiegen die Bruttoeinkommen aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit auf das 2,5-fache, die Bruttolohnsumme dagegen nur auf das 1,8-fache. Noch krasser ist das Verhältnis bei den Nettoeinkommen – das 2,9-fache zum 1,6-fachen; hier wird zugleich deutlich, zu wessen Gunsten der Staat Umverteilung betreibt. Im gleichen Zeitraum stiegen die Aktienkurse deutscher Unternehmen auf das 3,5 -fache und das Geldvermögen privater Haushalte erhöhte sich auf das 3 -fache[6].

Die Verteilungskämpfe führen bei Massenarbeitslosigkeit zur raschen Polarisierung von arm und reich.

4.) Die Verwertungsbedingungen des Kapitals haben sich grundlegend gewandelt. Die Industrie, bis in die 70er Jahre noch Hauptanlagesphäre, tritt in ihrer Bedeutung für die Verwertung des Kapitals zurück. Aber die Geldakkumulation wächst ungebremst – gegenwärtig steigt allein das Geldvermögen privater Haushalte um etwa 230 Mrd. DM jährlich. Dementsprechend sind Banken und Kreditinstitute auf der ständigen Suche nach profitablen Anlagefeldern. Hier bieten sich an:

- Die Privatisierung, um bisher vorwiegend der öffentlichen Hand vorbehaltene Tätigkeitsbereiche dem Privatkapital zugängig zu machen. Es geht letztlich um die Unterwerfung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens unter die Interessen der Kapitalverwertung;
- die Staatsverschuldung – 2 Bill. DM Schulden der öffentlichen Hand bedeuten für das Finanzkapital jährlich etwa 120 Mrd. DM Zinsen – hier werden Steuern zur Quelle von „Einkommen aus Vermögen".
- Konsum- und Baukredite für Privathaushalte – 1,5 Bill. DM, d. h. noch einmal jährlich etwa 120 Mrd. DM an Zinsen aus der Umverteilung;
- Finanzanlagen der verschiedensten Art – es gab in den letzten zwanzig Jahren eine gigantische Ausweitung des fiktiven Kapitals. Der spekulative Handel mit Devisen und mit sogenannten Finanzderivaten ist sprunghaft gestiegen und die Umsätze an den „deregulierten" internationalen Finanzmärkten sind nahezu explodiert.

„Zentrum und Brennpunkt der kapitalistischen Wirtschaft haben sich von der Produktion von Gütern und Diensten in die Richtung von Kauf, Verkauf und Vermehrung von Finanzanlagen bewegt".[7]

Zu den veränderten Verwertungsbedingungen des Kapitals gehört die Tatsache, daß sich die Geldkapitalbewegung von der realen Akkumulation gelöst hat, die Finanzmärkte verselbständigten sich gegenüber den Warenmärkten und die deregulierten internationalen Finanzmärkte ziehen einen immer größeren Teil des Geldkapitals auf sich, während die reale Akkumulation, von der letztlich die Schaffung neuer Arbeitsplätze abhängt, in den alten Industrieländern zurückbleibt.

## 4. Wirtschaftswachstum und Massenarbeitslosigkeit

In einer Gesellschaft, die das Wirtschaftswachstum als Königsweg für mehr Beschäftigung favorisiert, muß man die Chancen für Wirtschaftswachstum untersuchen, um eine Aussage zur zukünftigen Entwicklung des Arbeitsmarktes treffen zu können.

Es liegt mir fern, zu unterstellen, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik nicht weiter wachsen wird – aber in einer Zeit, in der Steigerungsraten von 2,5% bereits als großer Aufschwung gefeiert werden, ist es um den Abbau der Massenarbeitslosigkeit schlecht bestellt: Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen deutlich, – den jährlichen Zuwachs in der Arbeitsproduktivität und die Arbeitszeit als etwa gleichbleibend unterstellt – daß dauerhaft jährliche Steigerungsraten des Bruttoinlandproduktes von mindestens 3% notwendig wären, um einen spürbaren Rückgang der Massenarbeitslosigkeit zu erreichen.

Wo sollte eine solche massive Steigerung der Nachfrage herkommen, die einen derartigen Anstieg der Produktion bewirken würde? In den letzten Jahren kamen nicht zuletzt dank der „Sparpolitik" der Bundesregierung Nachfrageimpulse fast ausschließlich von den Außenmärkten und das reicht nicht aus, um entsprechende Wachstumsraten zu erreichen.

Ferner: Maßgeblich für das Verhältnis von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die Zahlen für 1996 mögen extrem sein, aber sie sind zugleich charakteristisch: Zunahme des Bruttoinlandproduktes um 1,4%, Steigerung der Arbeitsproduktivität um 3,4% und Anstieg der Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahresende gegenüber dem Vorjahr um 491.000.[8]

Alles spricht dafür, daß die Arbeitslosigkeit sich weiter verfestigen wird

– nicht zuletzt auch deshalb, weil die „stille Reserve" des Arbeitsmarktes größer ist, als man gemeinhin bereit ist zuzugeben. Davon zeugt die Tatsache, daß bereits in der Vergangenheit in jenen Jahren, in denen die Zahl der Beschäftigten zunahm, der Rückgang der Arbeitslosen in keinem Verhältnis dazu stand: 1990/91 verbuchte die westdeutsche Wirtschaft durch den Anschluß der DDR Rekordzuwachsraten, wie seit Mitte der siebziger Jahre nicht mehr – 5,7% bzw. 5,0% ( diese Zuwachsraten wurden mit der Deindustrialisierung und entsprechender Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland erkauft) – die Zahl der Beschäftigten stieg in Westdeutschland um etwa 1,2 Mio., die Zahl der Arbeitslosen ging nur um etwa 350.000 zurück. Nun könnte man einwenden, das lag an den Pendlern und Übersiedlern aus der ehemaligen DDR. Betrachtet man frühere Jahre, so ergibt sich aber ein ähnliches Bild, ohne daß ehemalige DDR-Bürger dafür aufgerechnet werden können – 1988/89 ein Beschäftigungszuwachs um knapp 600.000, die Zahl der offiziell Arbeitslosen nahm demgegenüber nur um 200.000 ab; 1979/80 nahm die Zahl der Beschäftigten um mehr als 800.000 zu, die Zahl der in der Statistik ausgewiesenen Arbeitslosen aber nur um knapp 100.000 ab (Vgl. hierzu den statistischen Anhang, Teil I, Tabelle 5.)

Facit: Auch bei einer Zunahme der Zahl der Beschäftigten ist die Aussicht auf eine entsprechende Reduzierung der Zahl der Arbeitslosen ungewiß abhängig von der Altersstruktur der Bevölkerung und den Zu- und Abgängen im Bereich der „stillen Reserve".

Da das Wirtschaftswachstum nicht ausreicht, bleibt nur der Weg des Umbaus des Systems der Erwerbsarbeit, verbunden mit einer entsprechenden Senkung der Arbeitszeit. Wenn man die soziale Geißel dieser Gesellschaft, die Massenarbeitslosigkeit, ernsthaft bekämpfen will, führt kein Weg daran vorbei, „Arbeit gerechter zu verteilen".

In jüngster Zeit hört man häufig den Einwand, das die Entwicklung in den USA der Beweis dafür sei, daß es auch anders gehe: Durch Lohn- und Sozialabbau sei es gelungen, die Arbeitslosigkeit auf ein Normalmaß zu reduzieren. So sank die offizielle Arbeitslosenquote bei einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von 2,6% im Zeitraum von 1992 bis 1996 von 7,5% auf 5,4%.[9] Diese Zahlen bedürfen der näheren Analyse, denn wenn man gleiche Arbeitszeit unterstellt, würde das bedeuten, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität (pro Beschäftigten) in diesem Zeitraum gegen null ging. Des Rätsels Lösung dürfte sein, daß in nicht geringem Um-

fang eine Form der Unterbeschäftigung – die Arbeitslosigkeit – durch eine andere Form – die Teilzeitarbeit – ersetzt wurde, so daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität pro Stunde sich nicht in einer entsprechenden Produktivitätssteigerung pro Kopf niederschlägt. Fachleute beurteilen die Arbeitsmarktsituation in den USA auch keineswegs so optimistisch, wie die neoliberale Presse:

„Die offizielle Arbeitslosenstatistik der US-Behörden hält MIT-Ökonom Thurow ... für bestenfalls irreführend, kaum mehr als Propaganda. Zu den sieben Millionen offiziell genannten Jobsuchern im Jahre 1995, die das Arbeitsministerium lediglich auf der Basis von Umfragen ermittelt, müßten weitere sechs Millionen gezählt werden, die eigentlich Arbeit brauchen, aber die Suche aufgegeben haben. Außerdem gebe es annähernd 4,5 Millionen Beschäftigte, die unfreiwillig als Teilzeitkräfte arbeiten. Rechne man nur diese drei Gruppen zusammen, fehle eigentlich schon für 14 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ordentliche Arbeit.

Auf einen Anteil von 28 Prozent wächst das Heer der Unterbeschäftigten, wenn man noch die Gruppen mit einbezieht, die nur phasenweise Arbeit haben: 10,1 Millionen Zeitarbeiter und Angestellte auf Abruf sowie 8,3 Millionen Selbständige, die als zumeist akademisch ausgebildete Fachkräfte nur selten genügend Aufträge haben. Dem entspricht die Verteilung der Einkommen. Schon ein knappes Fünftel aller Beschäftigten arbeitet zu Löhnen unterhalb der offiziellen Armutsgrenze, meldete die UNO-Arbeitsorganisation ILO. Die „working poor", die arbeitenden Armen, sind inzwischen eine feste Kategorie der amerikanischen Soziologie. Gleichzeitig müssen die US-Arbeitnehmer heute im Durchschnitt länger arbeiten als ihre Kollegen in den meisten OECD-Ländern, sie genießen den geringsten Versicherungsschutz, und sie müssen am häufigsten Arbeitsstelle und Wohnort wechseln."[10]

## 5. Die Globalisierung

Zweifellos sind für den Anstieg der Arbeitslosigkeit, für die Verschärfung des Konkurrenzkampfes und für die Veränderungen in den Verwertungsbedingungen des Kapitals Prozesse der Marktsättigung und Veränderungen in der Struktur der Nachfrage entscheidend. Zugleich ist der Einfluß der

weltwirtschaftlichen Verflechtung – Stichwort Globalisierung – auf alle diese Prozesse nicht zu übersehen. Das Wesen dieser Globalisierung kann man m. E. in wenigen Punkten zusammenfassen:

- Moderne Transport-, Informations- und Komunikationstechnologien heben bisherige (Kosten- und Zeit-) Schranken für den internationalen Waren-, Dienstleistungs- und Informationsaustausch auf. Damit werden neue Impulse für die internationale Arbeitsteilung ausgelöst und gewissermaßen die materiell- technischen Voraussetzungen für eine wesentlich engere ökonomische Verflechtung in der Weltwirtschaft geschaffen.
- Unter Führung der USA und der G7 wurde der Abbau nationaler, regionaler und internationaler Handelsbeschränkungen vorangetrieben und so die Bahn freigemacht für einen weltweiten Konkurrenzkampf bisher unbekannter Härte. Eine weitgehende Verschmelzung der Warenmärkte setzte ein und der ungehinderte Warenverkehr gipfelte in der Losung „Alles kann überall produziert und verkauft werden".
- Mit Hilfe internationaler Finanz-und Handelsinstitutionen (insbesondere Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Welthandelsorganisation) haben sich transnationale Konzerne und internationales Finanzkapital jene Rahmenbedingungen geschaffen, vor allem in Gestalt der „deregulierten" Finanzmärkte, die für die grenzenlose Mobilität des Kapitals erforderlich sind. Damit wird Profitproduktion und -aneignung von „nationalen" Beschränkungen, vor allem auch in Gestalt unbequemer Sozial- und Umweltstandards, befreit – der ganze Globus steht dem Kapital zur Ausbeutung zur Verfügung. Das ist m. E. der eigentliche Kern der Globalisierung auf ökonomischen Gebiet.
- Die Globalisierung öffnet den Weg zu einer neuen Art Imperialismus: Unter den von den G7 geprägten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beherrschen transnationale Konzerne und imperiale Finanzriesen die Märkte und die Kapitalbewegungen. Etwa ein Drittel des grenzüberschreitenden Warenverkehrs wird innerhalb von Konzernen abgewickelt – mit idealen Voraussetzungen auf dieser Grundlage Preise, Löhne, Kapitalanlagebedingungen, Steuern und Abgaben zu beeinflussen, ja zu diktieren. So gelang es, den 500 größten „Global Players" 1995 ihren Umsatz um 11% zu steigern – vierfach stärker, als die Weltwirtschaft insgesamt wuchs – und ihr Profit stieg in dem einen Jahr um 15%. 11 Ban-

ken und Kreditinstitute, Investmentgesellschaften und Pensionskassen üben über die internationalen Finanzmärkte einen ungeheuren Druck auf die Kapitalverwertung aus und tragen dazu bei, Sozial- und Umweltstandards nach unten zu nivellieren. Regierungen werden für „Wohlverhalten" belohnt, bzw. für „Fehlverhalten" bestraft durch entsprechenden Zu- oder Abfluß von Kapital, wie in der Asienkrise geschehen.

Strukturwandel und Verteilungskämpfe werden durch die Globalisierung verstärkt. So fallen lohnintensive Produktionen in Hochlohnländern der Konkurrenz aus Niedriglohnländern zum Opfer. Mit der Drohung abzuwandern kämpft das Kapital erfolgreich gegen Unternehmenssteuern und Sozialabgaben.

Aber man muß in diesem Bereich Wahrheit und Dichtung unterscheiden, denn die Globalisierung und die angebliche Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Deutschland werden im Verteilungskampf als „ideologische Keulen" genutzt: Wenn man manche Berichte in den Medien verfolgt, hat man den Eindruck, der deutsche Markt wird von Billigprodukten aus Fernost überschwemmt und die deutschen Unternehmen schaffen massenhaft neue Arbeitsplätze in „Billiglohnländern". Beides stimmt so nicht.

Die außenwirtschaftliche Verflechtung Deutschlands, Export wie Import, erstreckt sich vor allem auf die westlichen Industrieländer, nicht auf „Billiglohnländer". (Auch verdeutlichen die Daten des Außenhandels, daß „Globalisierung" und „Regionalisierung" Hand in Hand gehen: 75% des deutschen Außenhandels entfallen auf Europa). Da die Auslandsinvestitionen in erster Linie der Sicherung und Ausweitung des eigenen Absatzes dienen, ist es folgerichtig, daß der Hauptteil der deutschen Direktinvestitionen in jene Länder geht, auf deren Märkten auch ein erheblicher Teil des deutschen Exportes realisiert wird.

So ergibt sich beispielsweise für 1995 folgendes Bild deutscher Direktinvestitionen im Ausland, das der Vorstellung von der Schaffung neuer Arbeitsplätze in „Billiglohnländern" direkt ins Gesicht schlägt: nur ein Bruchteil sind (arbeitsplatzschaffende) Industrieinvestitionen – fast ein Viertel entfallen allein schon auf Kreditinstitute und Versicherungsgesellschaften; es handelt sich überwiegend um Beteiligungen an bestehenden Firmen, der Aufbau neuer Kapazitäten gehört zu den Ausnahmen; nur etwa 16% entfallen auf 2. und 3. Welt – die Investitionen in den sogenannten Reformländern einschließlich der gesamten ehemaligen UdSSR erreichten

gerade mal das Volumen der deutschen Direktinvestitionen in den BENELUX-Ländern; die wichtigsten Zielländer deutscher Direktinvestitionen waren: Großbritannien, Frankreich, USA, Niederlande und Italien – auf diese fünf Länder entfielen mehr als 70% der Investitionen.[12]

Im Gegensatz zu der besonders Mitte der neunziger Jahre strapazierten Losung von der „Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Deutschland" steht die deutsche Wirtschaft im globalen Wettbewerb nicht schlecht da: Nicht nur, daß der jährliche Exportüberschuß von 22 Mrd. DM 1991 auf 122 Mrd. DM 1997 wuchs[13], auch der Außenwert der DM stieg in den Jahren von 1985 bis 1995 dank hoher Exportüberschüsse, moderater Entwicklung der Lohnstückkosten und mäßiger Inflation gegenüber den Währungen von 18 Industrieländern um durchschnittlich 35%, gegenüber dem Dollar um 130%.[14]

Aber es gibt Alarmsignale für die Zukunft, die keineswegs von zu hohen Löhnen und Sozialausgaben ausgehen: Unzureichende wissenschaftlich-technische Innovationskraft, damit verbunden ein Zurückbleiben im High-Tech-Bereich und eine zunehmende Überlegenheit der USA in den zukunftsträchtigen Sektoren von Wissenschaft und Wirtschaft. Solche Rückstände sind nicht verwunderlich, wenn man sich die im internationalen Vergleich unzureichende Förderung von Wissenschaft und Bildung, die zum Teil beklagenswerten Zustände an deutschen Hochschulen und Universitäten und auch die insgesamt zu geringen Aufwendungen der deutschen Großindustrie für Forschung und Entwicklung ansieht. Hinzu kommt, daß die starke Weltmarktabhängigkeit („Deutschland als Exportweltmeister") die Labilität der Wirtschaft verstärkt und den Strukturwandel bremst – Deutschland hat den höchsten Industrieanteil unter den „alten" Industrieländern. Aber auch die Länderstruktur des Exports wirft Fragen auf – die Präsenz auf den „Wachstumsmärkten" Asiens und Lateinamerikas ist ungenügend.

## 6. Die Legenden von der „Gefährdung des Wirtschaftsstandortes Deutschland",von der „Unbezahlbarkeit des Sozialstaates" sowie von den „Sachzwängen der Globalisierung".

Verblüffend ist die Gleichschaltung der Medien bei der Interpretation der ökonomischen Entwicklung und die Beeinflußbarkeit der öffentlichen Meinung trotz entgegenstehender Fakten und Wirtschaftsdaten.

So sei hier in Bezug auf die obengenannten Legenden nur auf folgendes verwiesen:

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre erzielen die Unternehmen die höchsten Exportergebnisse der deutschen Geschichte und auch die Exportüberschüsse sind rekordverdächtig – ein Ergebnis ungenügender Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wirtschaftsstandortes?

Die Sozialleistungsquote, d. h. der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt, lag 1975 bei 33,4% – sie liegt in den neunziger Jahren bei 33–34% – warum war das 1975 bezahlbar und ist heute unbezahlbar?

Und die Globalisierung, d.h. die absolute Mobilität des Kapitals, ist das Produkt der sogenannten Deregulierung und bewußt von der Politik herbeigeführt – keiner der verantwortlichen Politiker kann sich heute darauf berufen, daß das ein naturgegebener „Sachzwang" sei.

Aber hinter den Legenden stehen jene objektiven Prozesse, die als Folgen der Marktsättigung, der Wachstumsschwäche und des Strukturwandels die wirtschaftliche und soziale Entwicklung prägen: Hält die Relation zwischen Steigerung der Arbeitsproduktivität und Wirtschaftswachstum an, dann schrumpft die Erwerbsarbeit. Experten schätzen ein, daß im nächsten Jahrhundert 20% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ausreichen, um alle Waren und Dienstleistungen zu erzeugen, nach denen nachgefragt wird[15]. Der Sozialstaat wird dann tatsächlich unbezahlbar, wenn die Massenarbeitslosigkeit völlig aus dem Ruder läuft und ein Beschäftigungszuwachs in Normalarbeitsverhältnissen nicht mehr zu erreichen ist.

Von entscheidender Bedeutung für die Verteilungsspielräume des Sozialstaates ist das relativ schwache Wirtschaftswachstum und die Massenarbeitslosigkeit: Die Einkommensansprüche aus Vermögen sind vorrangig. Allein die Vermögenseinkommen in Privathaushalten wuchsen überproportional von 6 Mrd. DM im Jahre 1960 auf 217 Mrd. DM im Jahre 1997. – von 2,5% auf knapp 10% des Volkseinkommens. Da in den letzten zwanzig Jahren auch die „Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit" überproportional stiegen, steht für die „abhängig Beschäftigten" entsprechend weniger zur Verfügung

Aber die Ursachen und Folgen von Wachstumsschwäche und Strukturwandel werden in der offiziellen Argumentation nicht genannt, sondern Halbwahrheiten als Erklärungsmuster genutzt, die am Kern der Sache völlig vorbei gehen. Dies vor allem, weil die tatsächlichen Ursachen der gegen-

wärtigen Schwierigkeiten nur den Schluß zulassen, daß ohne soziale und ökologische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft die Massenarbeitslosigkeit mit all ihren Folgen nicht zu beseitigen ist.

Mit den Legenden wird der Eindruck erweckt, daß Lohnsenkung und Sozialabbau zugunsten höherer Wettbewerbsfähigkeit der Ausweg sei. Diese Legenden haben nicht nur den Vorzug, von notwendigen gesellschaftlichen Reformen abzulenken – sie lassen sich auch ausgezeichnet für den Verteilungskampf instrumentalisieren. Es ist die geistige Vorbereitung des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts, der sich durch eine massive Polarisierung von arm und reich sowie durch die ökonomische Herrschaft einer exklusiven Elite auszeichnen wird.

Der soziale Abstieg breiter Bevölkerungsschichten ist im Vorreiterland dieser Entwicklung, den USA, deutlich zu sehen und wird selbst von (ehemaligen) Regierungsvertretern unumwunden eingeräumt „...die Kluft zwischen den Bezügen der Firmenmanager und der ihnen unterstellten Arbeiter (wird) immer größer. 1960 verdiente der Generaldirektor eines der hundert größten Industrie- und Handelsunternehmen der Vereinigten Staaten etwa vierzigmal soviel wie einer seiner Arbeiter. ... Ende der achtziger Jahre verdiente der Top-Manager ...93mal soviel wie der Fabrikarbeiter. Dieser Divergenz entspricht eine wachsende Ungleichheit in den Einkommen der Amerikaner insgesamt".[16]

Die Argumentation über mangelnde Wettbewerbsfähigkeit als Ursache der Arbeitslosigkeit und über zu hohe Abgaben und Steuern als Folge explodierender Sozialausgaben wird in ihrer Glaubwürdigkeit durch die Alltagserfahrung des Bürgers unterstützt, schließlich kennt jeder Firmen, die wegen zu hoher Kosten in den Konkurs gingen oder Arbeiter entlassen mußten.

Warum sollte dann nicht die ungenügende Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands die Ursache der Massenarbeitslosigkeit sein? Und die Steuern und Abgaben stiegen für die Arbeiter und Angestellten seit Jahren und Jahrzehnten in schnellem Tempo – sind zu hohe Sozialausgaben nicht eine plausible Erklärung dafür?

Was der Bürger in der Regel nicht weiß, ist, daß sich die Unternehmen dank der Steuerpolitik der Regierenden zunehmend aus der Finanzierung des Staates zurückgezogen haben und der Staat einen Teil seiner Sozialaufwendungen auf den Bürger übertragen hat. Bei der Finanzierung des Sozial-

budgets gelang die Entlastung der Unternehmen bisher nicht – ihr Anteil liegt nach wie vor bei etwa 30% – es gab nur eine Verschiebung zwischen „Privathaushalten" und „Staat" – um so heftiger tobt jetzt die Auseinandersetzung um die Sozialabgaben der „Arbeitgeber", mit dem Ziel, auch einen Teil dieser Abgaben zu senken und damit die Sozialleistungen zu kürzen oder sie den „Arbeitnehmern" allein zu übertragen (Vgl. hierzu den statistischen Anhang Teil III).

Insgesamt ist die Belastung der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte durch die mit der Gesetzgebung zu Steuern und Abgaben betriebene Politik der Umverteilung von unten nach oben beträchtlich gestiegen. Es ist der Gipfel der Infamie, daß das Resultat dieser Umverteilungspolitik nun als Argument für den Sozialabbau benutzt wird, nach dem Motto „der Sozialstaat ist unbezahlbar".

Aber die Legenden zum Wirtschaftsstandort und zur Unbezahlbarkeit des Sozialstaates stützen sich nicht nur auf Halbwahrheiten – mitunter werden auch die Tatsachen auf den Kopf gestellt. So ist der unbefangene Presseleser sicher der Meinung, daß die Sozialaufwendungen, wenn schon nicht explodiert, so doch überproportional angestiegen sind. Das ist aber für den Gesamtzeitraum von 1975–1997 kaum der Fall – lag die Sozialleistungsquote 1975 bei 33,4%, so ist sie bis 1997 nur um ein Prozent auf 34,4% gestiegen. Wenn es einen überproportionalen Anstieg der Staatsausgaben gab, dann bei den nicht sozialbedingten Ausgaben. (Dank einer völlig verfehlten Finanzierung der „Einheit Deutschlands" sind z. B. die Zinszahlungen für die Schulden der öffentlichen Hand von 64 Mrd. DM im Jahre 1990 auf 136 Mrd. DM im Jahre 1997 gestiegen.)

Wie weit die offizielle Argumentation von den tatsächlichen Ursachen der sozialen Probleme entfernt ist, zeigt sich nicht zuletzt in der Argumentation zur Rentenreform: Die demographische Entwicklung zwinge dazu, daß Rentenniveau zu senken. Wenn man ehrlich wäre, müßte man sagen, da wir die Massenarbeitslosigkeit weder heute noch morgen in den Griff bekommen werden, müssen wir, um zu verhindern, daß immer weniger Arbeiter und Angestellte, vor allem aber die Unternehmen mit ihrem Anteil an der Sozialversicherung, für die Rentner bezahlen müssen, das Rentenniveau so rasch wie möglich senken. Alle Berechnungen zeigen, bei Vollbeschäftigung wären weder das Rentenniveau, noch die Finanzierung der Krankenversicherung ein Problem!

In jüngster Zeit ist an die Stelle der Forderung, Opfer zu bringen für die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland (sie wird bei den Exporterfolgen mehr und mehr unglaubwürdig), verstärkt die Argumentation getreten, alles müsse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit untergeordnet werden (was ja wünschenswert wäre): Lohn- und Sozialabbau seien notwendig, weil die Arbeit in Deutschland zu teuer sei – wird sie billiger, dann wird auch nach mehr Arbeit nachgefragt werden; werden dann noch die Spitzenverdiener steuerlich entlastet, wird mehr investiert und damit Arbeitsplätze geschaffen.

Dabei wird außer acht gelassen, daß mehr Investitionen und mehr Arbeit unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nur dann einen Sinn machen, wenn die mit ihrer Hilfe erzeugten Produkte und Leistungen auch einen Abnehmer finden.

„Trotz aller Exporterfolge investieren die Firmen kaum in neue Fabriken und Anlagen, weil sie für deren Produkte keine Nachfrage sehen. An den Zinsen liegt es Jedenfalls nicht (und an den Löhnen auch nicht G. F.), wenn die Unternehmen sich so zögerlich verhalten.... Den Grund für die Zurückhaltung der Investoren sehen die Frankfurter Währungshüter (die Bundesbank G. F.) vielmehr darin, daß die Industrie schon im Zuge der deutschen Vereinigung ihre Kapazität kräftig ausgebaut hatte. Jetzt besitzen viele Firmen ausreichend Reserven, um die starke Nachfrage aus dem Ausland zu decken."[17]

Wenn das Argument mit der Lohnhöhe zutreffend wäre, ist es überhaupt nicht verständlich, warum die höchste Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu verzeichnen ist, obwohl dort die Löhne bis zu 20% und mehr unter westdeutschem Niveau liegen.

Die neue rot-grüne Bundesregierung begründet nun ihre Politik des Sozialabbaus mit der Notwendigkeit, die Staatsverschuldung abzubauen. Bundeskanzler Schröder erklärte mehrfach „alle müssen den Gürtel enger schnallen". Wirklich alle? Wächst unsere Wirtschaft überhaupt nicht mehr, so daß es nichts zusätzlich zu verteilen gibt? Aber wenn es etwas zu verteilen gibt – wer eignet es sich an? Tatsache ist, daß der Zuwachs des Volkseinkommens nicht ausreicht, um die Einkommensansprüche der Kapitaleigner, der Unternehmer und der „Leistungsträger der Gesellschaft", der Arbeiter und Angestellten sowie der auf Transferleistungen Angewiesenen – Arbeitslose, Rentner, Sozialhilfeempfänger – gleichermaßen zu befriedigen.

In den Jahren 1992 bis 1997 wuchs das Volkseinkommen durchschnittlich pro Jahr um knapp 90 Mrd. DM – insgesamt um 520 Mrd. DM Wie wurde dieser Zuwachs verteilt? Knapp 250 Mrd. DM – 48% – für „Nettoeinkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und Vermögen", 160 Mrd. DM – 31% – für die Sozialversicherung 80 Mrd. DM – 15% – für Nettolöhne und -gehälter der „abhängig Beschäftigten" und 30 Mrd. DM – 6% – für direkte Steuern – d. h. der größte Teil des Einkommenszuwachses floß in die Taschen „unternehmerisch Tätiger", deren Zahl nur geringfügig stieg, wahrend die Zahl der „abhängig Beschäftigten" um etwa zwei Millionen zurück ging, die Zahl der Arbeitslosen und Rentner um circa vier Millionen zunahm – was sich natürlich in der Einkommensverteilung, insbesondere im Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge bemerkbar machte 18. Nun verteilt die Bundesregierung Steuergeschenke vor allem zugunsten des oberen und mittleren Drittels der Einkommensbezieher und zu Lasten der Rentner, Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger. Es ist m. E. mehr als zweifelhaft, ob diese Umverteilung Wirtschaftswachstum und Konjunktur so befördern, daß damit ein Abbau von Arbeitslosigkeit möglich wäre. Aber die Polarisierung in den Einkommensverhältnissen wird mit Sicherheit verstärkt.

## 7. Die Krise des Nachkriegstypus der kapitalistischen Reproduktion

Betrachtet man die aktuelle Wirtschaftsentwicklung im historischen Kontext, so könnte man davon sprechen, daß der Kapitalismus nach dem Niedergang des alternativen Gesellschaftssystems in Europa auf dem Wege zur Normalität sei: Jahrzehnte ohne industrielle Reservearmee, mit hohem Standard sozialer Sicherheit, das ist in der mehrhundertjährigen Geschichte des Industriekapitalismus absolut unnormal – Vollbeschäftigung gab es immer nur im Zusammenhang mit Kriegen und Kriegsfolgen.

Aber eine solche Einschätzung wird m. E. dem derzeitigen Umbruch nicht gerecht, obwohl sie nicht völlig von der Hand zu weisen ist: Es ist die Krise des Nachkriegstypus der kapitalistischen Reproduktion – der „Fordistischen Produktionsweise" im allgemeinen, der „Sozialen Marktwirtschaft" bzw. des „Wohlfahrtstaates" im besonderen – auf Deutschland bzw. Europa bezogen.

Das Wesen dieses Reproduktionstypus besteht in dem wirtschaftspoliti-

schen Versuch der Verbindung von Massenproduktion und Massenverbrauch über eine stärkere Beteiligung der „Arbeitnehmer" an dem erwirtschafteten Einkommen sowie über ein höheres Maß an sozialer Sicherheit, was nicht nur den Zusammenhalt in der Gesellschaft festigt, sondern auch die konsumtive Nachfrage stabilisiert, um so den Grundwiderspruch kapitalistischer Reproduktion – die Tendenz zur schrankenlosen Ausdehnung der Produktion bei beschränkter Massenkaufkraft – zumindest zeitweilig zu lösen.

Für diesen Weg gab es zwei handfeste politische Gründe – die Erfahrungen der dreißiger Jahre, in denen „Marktversagen" katastrophale ökonomische, soziale und politische Folgen hatte, und der Systemwettbewerb, in dem es galt, die Überlegenheit kapitalistischer Marktwirtschaft unter Beweis zu stellen. Aber es gab auch einen sehr triftigen ökonomischen Grund: Die Verbindung von Massenproduktion mit steigenden Masseneinkommen versprach ein ungehemmtes Wirtschafts- und damit Profitwachstum.

Die wirtschaftspolitischen Ziele dieses Reproduktionstyps werden als „Magisches Viereck" beschrieben: Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität, ausgeglichene Außenwirtschaftsbilanz.

Die „soziale Marktwirtschaft" beruht in der Tat auf hohem Wirtschaftswachstum, auf Vollbeschäftigung und entsprechenden Verteilungsspielräumen – werden diese Ziele verfehlt, wird es kritisch. Die Krise dieses Reproduktionstypus mußte einsetzen, je stärker relative (d. h. mit den jeweiligen Einkommens- und Vermögensverhältnissen verbundene) Marktsättigung mit absoluter Überfüllung von Märkten (und dementsprechenden Rückgang der Wachstumsraten der Produktion) in den Industrieländern einherging.

Der Akkumulations- und Regulierungsmechanismus, der Produktion, Aneignung und Wiedereinsatz des gesellschaftlichen Reichtums regelt, und die Verteilung der Arbeit und der Einkommen auf die gesellschaftlichen Klassen und Schichten bestimmt, funktioniert nicht mehr in der bisherigen Weise.

Das direkte Resultat des Überangebotes an Waren und Dienstleistungen sind verschärfter Wettbewerb, Preisdruck, sinkende Profitraten und nicht voll genutzte Produktionskapazitäten. Damit werden die Investitionen gebremst – der reale Wert der jährlichen Anschaffung neuer Ausrüstungen

in den Unternehmen hatte sich in den zehn Jahren von 1960 bis 1970 verdoppelt, in den folgenden zwanzig Jahren stieg er nur mehr um knapp 75% und nach dem Vereinigungsboom sank er bis 1997 um mehr als 10%[19] – und das gilt insbesondere für Investitionen in neue Arbeitsplätze. Die neue Qualität dieser Entwicklung in den neunziger Jahren gegenüber den zwei vorangehenden Jahrzehnten besteht darin, daß in den siebziger und achtziger Jahren die Zahl der Beschäftigten mit Ausnahme der Krisenjahre immer noch, wenn auch geringfügig, stieg – im Zeitraum von 1991 bis 1997 sank die Zahl der Arbeiter und Angestellten nahezu kontinuierlich von Jahr zu Jahr um fast 3 Mio. Beschäftigte[20].

Der „Überakkumulation" in der Realwirtschaft folgt die „Überakkumulation" in der Finanzwirtschaft: Da das Geldkapital im Gegensatz zu den Investitionen ungebremst wächst – im Zeitraum von 1980 bis 1997 stieg allein das Geldvermögen der privaten Haushalte von 1,5 Bill. DM auf 5.3 Bill. DM und damit 1,5 mal so schnell, wie das Volkseinkommen[21] – werden zunehmend neue Anlagefelder gesucht und erschlossen. Hierzu gehört die „Privatisierung" ebenso, wie die Schaffung neuer Formen von Finanzanlagen. Ein nicht unbedeutender Teil der verfügbaren Finanzmittel wird für die Finanzierung der wachsenden Staatsschuld verwendet und schließlich befinden sich bedeutende Bestände des Geldkapitals in den Händen „institutioneller Anleger" auf den deregulierten internationalen Finanzmärkten, „rund um den Globus", im Traumland des Casino - Kapitalismus.

Der Versuch der Regierung, die Wirtschaft mit Hilfe der Instrumente der sogenannten Globalsteuerung wieder auf den Wachstumspfad zurückzubringen, scheiterte in den siebziger Jahren. Hier hatte man versucht, durch abgestimmte Maßnahmen der Geld-, Finanz- und Haushaltspolitik – Entlastungs- und Fördermaßnahmen für die Unternehmen, Kreditaufnahme des Staates, um durch zusätzliche staatliche Investitionen die Nachfrage anzukurbeln, „Politik des billigen Geldes", um durch Niedrigzinsen Verbrauch und Investition zu stimulieren u. v. a. m. – das Wirtschaftswachstum zu fördern. Auf den Vorwurf, damit fördere er nur die Inflation, soll Bundeskanzler Helmut Schmidt geantwortet haben: „Lieber 4% Preissteigerung, als 4% Arbeitslose". Aber gegen Ende seiner Regierungszeit gab es fast 7% Arbeitslose und die Inflationsrate lag in den Jahren von 1975 bis 1981 mit durchschnittlich jährlich mehr als 4,5%[22] über der jedes vorangegangenen Zeitraumes in der BRD. Es war eben keine normale Überpro-

duktionskrise, die Mittel der „Globalsteuerung" versagten und das Wort von der „Stagflation" – Stagnation + Inflation – machte die Runde. Die Wachstumsschwäche der Wirtschaft führte zu höherer Staatsverschuldung, da die Regierung bemüht war, die so verursachten Steuerausfälle durch höhere Kreditaufnahme und nicht durch Ausgabenkürzung, die ja zusätzlichen Rückgang von Nachfrage bewirkt hätte, auszugleichen. Die heute weit verbreitete Vorstellung, der Sozialstaat belaste die Wirtschaft, stellt die Dinge auf den Kopf: Es war und ist die Schwäche der Wirtschaft, die die Staatsverschuldung und die Sozialaufwendungen in die Höhe treibt.

Unbeschadet von der Frage, ob staatliche Globalsteuerung überhaupt ein wirksames Instrument gegen Wachstumsschwäche ist, muß man sagen, daß heute die Möglichkeiten des Staates durch Wirtschaftspolitik regulierend auf die Wirtschaft einzuwirken durch drei Umstände gegenüber den Nachkriegsjahrzehnten wesentlich eingeschränkt ist:

1. Die durch die Globalisierung grenzenlose Mobilität des Kapitals zwingt jede Regierung bei all ihren Maßnahmen in erster Linie die Interessen des Finanzkapitals im Auge zu behalten, will sie nicht eine massive Kapitalflucht mit ihren ökonomischen Folgen riskieren. Damit rückt die Geldwertstabilität auf Rang 1 der Ziele staatlicher Wirtschaftspolitik. So wurde es auch mit den Maastricht – Kriterien für den „Euro" festgeschrieben.

2. Die Staatsverschuldung, nunmehr 2,2 Bill. DM (1997)[23], schränkt die Handlungsfähigkeit des Staates in mehrfacher Hinsicht ein. Nicht zuletzt die Maastricht-Kriterien, aber auch die wirtschaftliche Vernunft, sprechen gegen eine höhere Kreditaufnahme. Die vorhandene Zinsbelastung – 1997 136 Mrd. DM[24] – zwingt, will man Steuererhöhungen aus dem Wege gehen, zur Sparsamkeit in öffentlichen Haushalten (welche Bereiche von Kürzungen getroffen werden, hängt von den Prioritäten der Politik ab).

3. Die mit der Globalisierung verschärfte Konkurrenz der Wirtschaftsstandorte zwingt die Regierung in allen Belangen, insbesondere in der Steuer- und Abgabenpolitik, den Interessen der Unternehmen Rechnung zu tragen. Zugleich sind ihr in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik insoweit die Hände gebunden, wie dadurch die Profitaussichten der Unternehmen geschmälert werden könnten.

Muß der „transnationale Kapitalismus" zwangsläufig zur Ohnmacht der Nationalstaaten, insbesondere auf sozialem und ökologischem Gebiet,

führen? Internationalisierung der Wirtschaft schafft Abhängigkeiten, aus denen man nicht einfach aussteigen kann. Diese Abhängigkeiten werden noch verstärkt, wenn man zu gemeinsamen Wirtschaftsräumen und Währungssystemen übergeht. Aber ungeachtet dessen wird der größere Teil des Produktes im Lande erzeugt und realisiert, ist das ökonomische Potential der Nationalstaaten, mit dem sie Angebot und Nachfrage, Einkommensstrukturen, Investitionen beeinflussen, eher im Wachsen begriffen, und schließlich tangieren viele Felder staatlicher Regulierung die internationalen Wirtschaftsbeziehungen überhaupt nicht. Darüber hinaus gibt es das spürbare Bedürfnis, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik in Europa gemeinsam zu betreiben. Wenn es gelänge, sich auf der Ebene der europäischen Union hierzu zu verständigen, würden sich auch neue Möglichkeiten einer sozial verträglicheren Entwicklung ergeben.

Die Umverteilung von Arbeit und Einkommen schlägt sich in der Mehrzahl der hochentwickelten Industrieländern im letzten Viertel dieses Jahrhunderts in Arbeitslosigkeit, Staatsschulden, Sozialabbau und Polarisierung von arm und reich nieder

So betrug die offizielle Arbeitslosenrate 1998 in Deutschland 11,1%, in Frankreich 11,8%, in Großbritannien 6,5%, in Italien 12,2%, in Spanien 19,1%, in den USA 4,6%[25]. Die Arbeitslosenzahlen spiegeln die Krise des Systems der Erwerbsarbeit nur zum Teil wider – der Anteil der niedrigentlohnten und der sozial ungeschützten Arbeitsverhältnisse wächst in schnellem Tempo und die Unterbeschäftigung in Form nicht gewollter Teilzeitarbeit nimmt zu.

Die Staatsverschuldung betrug, gemessen in Prozent des Bruttoinlandsproduktes, 1997 in den Hauptländern des Kapitals: USA 61,5%, Kanada 93,8%, Deutschland 61,9%, Frankreich 58,1%, Großbritannien 57,0%, Italien 122,3%, Japan 87,1%[26].

Massenarbeitslosigkeit, Staatsschulden und Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses" bedrohen die solidarischen Sozialversicherungssysteme, die auf der Erwerbsarbeit aufbauen, und führen zu Leistungseinschränkungen. Die Forderung nach privater Vorsorge gegenüber den Lebensrisiken wird immer lauter und die Regierungen kürzen mit dem Verweis auf die Staatsschulden soziale Leistungen. Der „Sozialstaat" droht sich zunehmend in einen „Wettbewerbsstaat" zu verwandeln, dessen erste Aufgabe darin besteht, am jeweiligen Standort für die besten Bedingungen der Ka-

pitalverwertung Sorge zu tragen. Das Modell des Europäischen Sozialstaates, der die Nachkriegsgesellschaft prägte, scheint am Ende seiner Kraft und die soziale Differenzierung schreitet voran (obwohl sicher noch über Jahrzehnte Elemente des Sozialstaates erhalten bleiben, denn so rasch lassen sich tief verwurzelte soziale Institutionen nicht beseitigen).

Diese Entwicklung hat ihre „Gewinner" und „Verlierer": Während die Konzentration der großen Kapitalvermögen in den Händen weniger rasch zunimmt, Spitzenkräfte der Wirtschaft, des Show – Business und des Leistungssportes siebenstellige Jahresgagen kassieren, die „Einkommen aus Vermögen" wesentlich schneller wachsen, als die Löhne und Gehälter, wird eine zunehmende Zahl von Menschen ausgegrenzt, an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

„Verlierer" sind in erster Linie Beschäftigte schrumpfender Branchen, sind die Minderqualifizierten, die jederzeit ersetzt werden können, ist eine Mehrheit der Arbeiter und Angestellten, die ständig von Arbeitslosigkeit bedroht ist, und schließlich die wachsende Zahl derjenigen, die auf Sozialtransfers zum überleben angewiesen sind.

Gibt man dem Druck der Konkurrenz durch entsprechende „Deregulierungen" und „Privatisierungen" weiter nach, so werden die Einkommen fast ausschließlich über den Profitmechanismus verteilt – Kapitalvermögen, Marktposition und (vom Markt akzeptierte) Leistung bestimmen ihre jeweilige Höhe. So ist die Spaltung der Gesellschaft, ihre Fragmentierung, unvermeidlich – in Kapitaleigner und Besitzlose, in arbeitende Spitzenverdiener und Inhaber von Billigjobs, in Arbeitende und Arbeitslose, in arbeitslose reiche Playboys und arbeitslose Arme der Unterschicht, in wohlhabende Pensionäre und Menschen, die die Altersarmut zum Betteln auf die Straße treibt. In den Sozialstrukturen der USA zeichnet sich diese Entwicklung bereits deutlich ab.

Mit dieser Krise werden soziale und politische Auseinandersetzungen ausgelöst, in deren Zentrum die Verteidigung von ökonomischen und sozialen Besitzständen steht. Aber die Verteidigung von Besitzständen hat in einer sich dynamisch entwickelnden Gesellschaft nicht viel Aussicht auf Erfolg. Gibt es eine Strategie zur sozialen Bändigung des Kapitalismus unter den neuen Bedingungen?

Dem ist eigentlich die Frage vorgelagert, mit welchem Gesellschaftsbild die Bürger in das nächste Jahrtausend gehen: Was ist der Sinn des Wirt-

schaftens heute, d. h. unter den Bedingungen eines hohen materiellen Wohlstandes für die Mehrheit der Bevölkerung in den alten Industrieländern? Überläßt man die Regulierung der gesellschaftlichen Beziehungen mehr oder weniger dem Markt und den auf ihm herrschenden Konkurrenzverhältnissen oder wird die notwendige Marktregulierung durch staatliche Regulierungen und eine starke Solidargemeinschaft ergänzt?

Lange Zeit prägten die Vorstellungen von einem „Dritten Weg", angesiedelt zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die Zukunftsvorstellungen von Sozialdemokraten. Aber im letzten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts ist nicht nur der „reale Sozialismus" zusammengebrochen – auch der „Dritte Weg" ist endgültig gescheitert. Nun spricht man von einem „neuen dritten Weg" und von der „neuen Mitte", auf die gestützt dieser Weg beschritten werden soll. Aber die veröffentlichten programmatischen Papiere lassen eigentlich nur einen Schluß zu: Es handelt sich um die Fortsetzung der konservativen, neoliberalen Politik mit anderen Losungen.

Die Krise des Akkumulation- und Regulierungsmechanismus des modernen Kapitalismus, die m. E. eine neue Phase des Kapitalismus einleitet, „eine transnationale Phase des Kapitalismus, in der das multinationale Großunternehmen und nicht der Nationalstaat die Institution darstellt, in der die Dynamik der kapitalistischen Akkumulation zum Ausdruck kommt"[27], führte zu einem Paradigmenwechsel in den Wirtschaftswissenschaften: Von Keynes zu Friedmann d. h. von einer nachfrageorientierten Konjunktur- und Wirtschaftstheorie, die eine hohe Verantwortung des Staates bei Marktversagen postulierte, zu einer angebotsorientierten Theorie, die ausschließlich auf Kapitalverwertung und marktwirtschaftlichen Fundamentalismus fixiert ist und die Verbesserung der Bedingungen für Kapitalanleger, vor allem in Gestalt niedriger Löhne und niedriger Unternehmenssteuern, ins Zentrum rückt. An Stelle des „magischen Vierecks" – Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und ausgeglichene Außenwirtschaftsbilanz – treten zwei Ziele: Shareholdervalue und Geldwertstabilität. Von der sozialen Verantwortung des Staates und der Unternehmen ist nicht mehr die Rede. An die Stelle des sozialen Ausgleichs tritt in dieser Verknüpfung von Aktienkursen und Geldwert das unverhüllte Interesse des Groß- und Finanzkapitals, der Besitzer großer Vermögen, an der Verwertung ihres Kapitals.

„Der Finanzkapitalismus hat den Kapitalismus gewandelt, indem er mit

seinem Begriff von Kapital und Werten alle Sektoren der kapitalistischen Gesellschaft erfaßte."[28] Man kann den Werteverfall zugunsten des rücksichtslosen Profitstrebens beklagen, wie das auch im Bericht des Club of Rome anklingt – aber im Grunde ist es ein Wertewandel, der dem ökonomischen Wandel in der Gesellschaft folgt.

## 8. Mögliche Optionen der Politik

Prinzipiell gibt es m. E. in dieser Situation nur drei mögliche Wege der Politik – zwischen denen es natürlich Abstufungen und Kompromisse geben kann, immer in Abhängigkeit von den jeweiligen politischen Kräfteverhältnissen:

1. Das Ansteuern „amerikanischer Verhältnisse", d. h. die Demontage der sozialen Sicherungssysteme, die Umwandlung des „Sozialstaates" in einen „Wettbewerbsstaat" und die Ausrichtung der gesamten Gesellschaft auf die Sicherung der bestmöglichen Bedingungen für die Verwertung des Kapitals.

Hans Peter Martin und Harald Schumann beschreiben die soziale Entwicklung unter diesen Prämissen: Für mehr als die Hälfte der US-amerikanischen Bevölkerung waren die letzten zwanzig Jahre ein sozialer Abstieg ohne Ende. Die Bruttolöhne aller Beschäftigten ohne Leitungsfunktionen lagen 1994 19% unter dem Niveau von 1973. Das untere Drittel der Einkommenspyramide hat in diesem Zeitraum 25% ihres Einkommens eingebüßt. Fehlende Krankenversicherung, sich verschlechternde Arbeits- und Wohnbedingungen, wachsende Armut und zunehmende soziale Unsicherheit – damit wird ein großer Teil der Bevölkerung konfrontiert. Die USA sind heute das größte Billiglohnland der Welt[29].

„Amerikas Kapitalisten haben ihren Arbeitern den Klassenkrieg erklärt – und sie haben ihn gewonnen."[30]

Zunehmend wird der „amerikanische Weg" in der deutschen Presse von Unternehmern und ihren Standesvertretern sowie von neoliberalen und konservativen Politikern als der einzig mögliche Ausweg aus der gegenwärtigen Krise propagiert[31]. Dieser Standpunkt wird auch durch jenen Teil der offiziellen Wirtschaftswissenschaften unterstützt, der nach dem Paradigmenwechsel im Lager der „Angebotsökonomie" steht.

2. Die Verteidigung des Sozialstaates, verbunden mit der Suche nach neuen Wachstumspfaden für die Wirtschaft und mit Konzepten zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme. Eine solche Politik kann sich heute noch der Unterstützung durch die absolute Mehrheit der Bevölkerung erfreuen. Ob sie erfolgreich ist, wird vor allem davon. abhängen, inwieweit es gelingt, die Arbeitslosigkeit einzuschränken.

Was die Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme anbetrifft, so müßte man mit aller Konsequenz in drei Richtungen vorgehen: Verbreiterung der Basis, in dem alle Erwerbstätigen, also auch Beamte, Selbständige und Besserverdienende in die sozialen Pflichtversicherungen einbezogen werden; Herauslösen solcher Elemente aus der Versicherung, ihren Leistungen, die von der gesamten Gesellschaft getragen werden müssen und daher über die Steuer zu finanzieren wären. Schließlich müßte eine solidarische Finanzierung durch die Wohlhabenden und die Besserverdienenden aufgebaut werden (z. B. durch eine beträchtliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung).

Aber eine solche Strategie hat m. E. langfristig gesehen wenig Aussicht auf Erfolg, wenn sie sich nur auf die Verteidigung des Sozialsystems beschränkt. Ohne Umgestaltung des Systems der Erwerbsarbeit wächst die Arbeitslosigkeit weiter – und diese Massenarbeitslosigkeit wird früher oder später die sozialen Sicherungssysteme zusammenbrechen lassen und den Sozialstaat hinweg fegen.

Beim System der Erwerbsarbeit anzusetzen ist um so notwendiger, weil für ein langanhaltendes und starkes Wirtschaftswachstum in den alten Industrieländern nicht nur die Voraussetzungen fehlen – es wäre auch vom ökologischen Standpunkt aus kontraproduktiv. Die Forderungen, zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung überzugehen, die sowohl den Entwicklungsländern, als auch den nachfolgenden Generationen die Chancen eines menschenwürdigen Lebens einräumen Würde, sind aktueller, denn je.

3. Sozialer und ökologischer Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft, ausgerichtet auf Vollbeschäftigung, Umwelterhalt und nachhaltige Wirtschaftsentwicklung. Für eine solche weitreichende Strategie zukünftiger Gesellschaftsgestaltung gibt es zur Zeit keinen gesellschaftlichen Konsens.

Im Mittelpunkt müßte m. E. die Umgestaltung des Systems der Erwerbsarbeit stehen – Arbeitszeitverkürzung; Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors, der sich vor allem sozialen und umweltverbessernden

Aufgaben widmet; soziale Gleichstellung der sogenannten Reproduktionsarbeit in der Familie; staatliche Förderung gemeinnütziger Unternehmen, deren Tätigkeit in erster Linie der Verbesserung von Lebensqualität im Wohnumfeld, in Kultur, Sport und Bildung dient u. a. m.

Ein weites Feld neu zu organisierender Erwerbsarbeit böte sich im Umweltbereich an: Staatliche Förderung der Entwicklung und Einführung ressourcensparender Technologien sowie alternativer Energiequellen und Energiespartechnik; Beseitigung von Umweltschäden und Einführung vorbeugenden Umweltschutzes; Reorganisation wirtschaftlicher Kreisläufe unter dem Aspekt der Transportvermeidung und damit der Entlastung der Umwelt u. a. m.

Geprüft werden müßte, wieweit solche Bereiche, wie Wohnen, Bildung, Kultur und Gesundheit, die mit Grundrechten und Grundbedürfnissen der Menschen verbunden sind, aus der Logik der Kapitalverwertung herausgenommen werden. Auf jeden Fall müßte in diesen Bereichen bei „Marktversagen" der Staat regulierend und unterstützend eingreifen.

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ist nicht denkbar ohne eine neue Weltwirtschaftsordnung, die den Entwicklungsländern reale Möglichkeiten einräumt, an wirtschaftlichem Fortschritt zu partizipieren und gleichberechtigt an der internationalen Arbeitsteilung teilzunehmen. Eine solche Neuordnung böte auch die reale Chance, die weitere Wirtschaftsentwicklung in allen Ländern mit Standards sozialer Sicherheit und Chancengleichheit zu verbinden, die dem Wohlstand in diesen Ländern entsprechen.

Notwendige Bedingungen für eine solche Entwicklung wären eine konsequente Neuorientierung der Wirtschafts-, Umwelt- und Finanzpolitik des Staates, die konsequente Durchsetzung der Sozialpflichtigkeit des Eigentums und die Beschränkung der zügellos wachsenden Einkommensansprüche aus Vermögen, die Beendigung der Umverteilung von unten nach oben und das Heranziehen der Bürger zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit.

„In Deutschland tobt ein Streit, wohin sich diese Gesellschaft nach dem Ende des rheinischen Kapitalismus der Nachkriegszeit entwickeln soll. Der Mainstream geht dahin, diese Gesellschaft nach dem Modell des angloamerikanischen Turbokapitalismus zu deregulieren. Wir streiten für ein Modell, das die Begrenzung und Milderung des Kapitalismus an die Stelle seiner Entfesselung setzt und gesellschaftliche Solidarität neu begründet.

Dafür bedarf es eines Dreischritts aus ökologischer Erneuerung, Umverteilung von Erwerbsarbeit sowie einer allgemeinen Grundsicherung." Das erklärte Joseph Fischer in einem Interview auf die Frage „Wo wollen die Grünen hin?" vor der Wahl der rot – grünen Bundesregierung. Wieviel bleibt doch auf der Strecke im Widerstreit von Ideal und Wirklichkeit....

## 9. Offene Fragen

1. Gibt es überhaupt Wahlmöglichkeiten in den politischen Strategien angesichts der in den letzten Jahrzehnten herangereiften, zum Teil durch die ökonomisch und politisch herrschende Oberschicht bewußt geschaffenen ökonomischen Bedingungen?

Im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts vollzogen sich Veränderungen in den Verwertungsbedingungen des Kapitals, die in gewisser Beziehung mit der heutigen Situation vergleichbar sind. Friedrich Engels beschreibt 1894 die Krise des damaligen Reproduktionstypus mit folgenden Worten:

„Der täglich wachsenden Raschheit, womit auf allen großindustriellen Gebieten heute die Produktion gesteigert werden kann, steht gegenüber die zunehmende Langsamkeit des Marktes für diese Produkte. Was jene in Monaten herstellt, kann dieser kaum in Jahren absorbieren... Die Folgen sind allgemeine, chronische Überproduktion, gedrückte Preise, fallende und sogar ganz wegfallende Profite: kurz die altgerühmte Freiheit der Konkurrenz ist am Ende ihres Lateins und muß ihren offenbaren skandalösen Bankrott selbst ansagen.."[32] Und Engels verweist auf den Ausweg, den das Kapital genommen hat: Die Bildung von Kartellen, Syndikaten und Trusts zur Aufteilung der Märkte. Es war der Übergang zum Imperialismus, dessen Basis sich durch Konzentration des Kapitals und Entstehen einer neuen Finanzaristokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatte.

Gab es zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch eine Alternative im Rahmen dieser Gesellschaft, mit der es möglich gewesen wäre, dem weiteren Verlauf der Geschichte eine andere Richtung zu geben? Mir scheint, daß, nachdem die Grundelemente des Imperialismus entstanden waren, der Spielraum für die Politik außerordentlich eng wurde.

Und heute? Die Elemente des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts sehen wir bereits vor uns – gibt es eine gesellschaftliche Kraft, die in der Lage wäre, diese sich abzeichnende Entwicklung aufzuhalten oder in andere Bahnen zu lenken? Oder ist die Herstellung „amerikanischer Verhältnisse" weltweit der einzige systemimmanente Ausweg des Kapitalismus aus den gegenwärtigen Widersprüchen?

2. Unterstellt, es gäbe einen demokratischen, gesellschaftlichen Konsens, den „anglo-amerikanischen Turbokapitalismus" zu bremsen – wie wäre das umzusetzen? Gibt es einen Weg, wirtschaftspolitische Gestaltungskraft, die die Nationalstaaten in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr abgegeben haben, wieder zurückzugewinnen? Gibt es einen solchen Weg auf europäischer Ebene? Oder könnte man auf demokratische internationale Institutionen setzen, die über entsprechende Kompetenzen zur wirtschaftlichen Regulierung verfügen? M. E. verweisen die realen Machtverhältnisse solche Überlegungen eher in das Reich der Illusionen. Allein das Übergewicht der transnationalen Konzerne und des internationalen Finanzkapitals sowie ihres „Schutzpatrons", der USA, Würde es ihnen ermöglichen, jeden Versuch in dieser Richtung im Keime zu ersticken.

Diese Konzerne bedürfen des Nationalstaates nicht mehr in der bisherigen Weise. Sie agieren weltweit, da kann der Staat ökonomisch nur stören. Die Massennachfrage auf dem jeweiligen nationalen Markt, organisiert mit Hilfe des Staates und seiner wirtschafts- und sozialpolitischen Regulierung, sind für sie ohne besonderes Interesse, ja als „Kostenfaktor" nur von Nachteil.

3. Wäre entgegen den heutigen, mittelfristig schlechten Aussichten für ein verstärktes Wirtschaftswachstum als Grundlage zur Stabilisierung des Sozialstaates auch eine andere Variante der Revitalisierung von Wirtschaftskraft denkbar? Etwa durch großflächige Innovationen, die eine mächtige neue Nachfrage auslösen? Oder durch einen beschleunigten Strukturwandel, mit neuen Impulsen für die Ausdehnung der Erwerbsarbeit? Oder stoßen wir bereits in den alten Industrieländern auf absolute Konsumschranken, so daß nur ein staatliches Eingreifen zu einer „gerechteren Verteilung von Arbeit" und damit zum Abbau von Massenarbeitslosigkeit führen kann?

4. Ist eine soziale und ökologische Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung

unter der ökonomischen Herrschaft des Groß- und Finanzkapitals überhaupt möglich? Ohne eine Einschränkung der Verfügungsgewalt des Kapitals über die Unternehmen und das Herauslösen wichtiger Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus der Logik der Kapitalverwertung und des Marktes bleibt m. E. eine solche Umgestaltung Wunschtraum – aber solche Veränderungen gegen den Widerstand des Groß- und Finanzkapitals durchsetzen zu wollen, erscheint als ein abenteuerliches Unterfangen.

„Bleibt uns nur eine Art Fatalismus und das Bewußtsein, daß der langsame Niedergang der Menschheit unvermeidlich oder unaufhaltsam ist? Genau hier liegt die gewaltige Herausforderung, vor der wir heute stehen. Eine globale Herausforderung verlangt nach einem globalen Lösungsansatz."[33]

5. Schließlich muß ich zugeben, daß ich immer noch nach einer überzeugenden und schlüssigen theoretischen Erklärung für die eingetretene ökonomische Situation suche. M. E. ist alles, was uns bisher vorliegt, wenig plausibel.

Die klassische bürgerliche Theorie – an die die Neoliberalen anknüpfen – kennt keine Wachstumsschwäche. Sie geht davon aus, daß wachsende Produktion wachsende Einkommen und damit wachsende Nachfrage schafft und sich so immer wider ein wachstumsförderndes Marktgleichgewicht einstellt.

Massive Zweifel am automatischen Marktgleichgewicht meldete – wohl unter dem Eindruck der großen Weltwirtschaftskrise – Keynes an. Er forderte für den Krisenfall staatliches Eingreifen durch Kreditaufnahme für zusätzliche Staatsausgaben zur Ankurbelung der Nachfrage und damit für eine Art Initialzündung zur Rückkehr der Wirtschaft auf den Wachstumspfad.

Die sich auf Keynes berufende Wirtschaftspolitik versagte in den siebziger Jahren: Die höheren Staatsausgaben für entsprechende Konjunkturprogramme führten nicht zu den Wachstumsraten der vorangegangenen Konjunkturzyklen, sondern endeten in Inflation, niedrigen Wachstumsraten und höherer Arbeitslosigkeit.

Die Marxsche Erklärung lautet: „Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde."[34]

Aber zu Marx Zeiten folgte jeder Krise ein kräftiger Aufschwung, bei dem jahresdurchschnittliche Wachstumsraten von zehn Prozent und mehr über die Zyklen hinweg keine Ausnahme waren – jetzt fehlt der auslösende Nachfrageschub nach der Krise, die Zuwachsraten bleiben sehr moderat, die Rede ist von einer „Wellblechkonjunktur".

Geraten wir bereits in die Nähe dieser „absoluten Konsumtionsfähigkeit"? Ist der Sättigungsgrad auf den Markten bereits so hoch, daß man nur noch moderate Zuwachsraten erwarten kann? Aber was geschieht dann mit dem Einkommen, das nicht als Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in Erscheinung tritt? Anlage als fiktives Kapital oder als Mittel der Spekulation?

Nicht nur die Politik, auch die Wissenschaft erweist sich so als ziemlich ratlos gegenüber den gravierenden ökonomischen und gesellschaftlichen Widersprüchen am Ende des 20. Jahrhunderts. Vielleicht können uns die Worte von Butros Gali trösten:

„Die Geschichte offenbart, daß diejenigen, die mitten im revolutionären Wandel stehen, nur selten dessen endgültigen Sinn verstehen."[35]

## Statistischer Anhang

### I. Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und Arbeitslosigkeit

1. Die durchschnittlichen Jahresraten des Wachstums des Bruttoinlandsproduktes in der Europäischen Union (in %)

| | 1980–1995 | 1990–1995 |
|---|---|---|
| EU insgesamt | +2,0 | +1,4 |
| Deutschland | +2,0 | +1,8 |
| Frankreich | +1,9 | +1,2 |
| Italien | +1,9 | +1,2 |
| Großbritannien | +2,2 | +1,2 |

(„Wirtschaft in Zahlen 1996" – Herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn, S. 122)

2. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes in der OECD und in ausgewählten Ländern von 1985–1995 (in Prozent – 1985=100)

| | |
|---|---|
| OECD insgesamt | 128,8 |
| BRD | 129,4 |
| USA | 129,9 |
| Japan | 132,9 |

(Berechnet nach: „Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1996", S. 98, „Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1992", S.77, „Leistung in Zahlen 89", S. 35 – herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft)

3. Anteil des verarbeitenden Gewerbes an den (Zivil-) Beschäftigten (in Prozent)

| | 1970 | 1991 |
|---|---|---|
| Deutschland | 49,3 | 31,2 |
| Großbritannien | 43,7 | 20,1 |
| Italien | 39,5 | 22,1 |
| Frankreich | 27,5 | 24,4 |
| Japan | 27,0 | 24,3 |
| USA | 26,4 | 17,5 |

(Entnommen aus „Wirtschaftswoche" Nr. 6/94, S. 35)

4. Offizielle Arbeitslosenquoten 1990 und 1998 (in Prozent)

| | | |
|---|---|---|
| OECD insgesamt | 6,3 | 7,1 |
| Deutschland | 6,4 | 11,1 |
| Frankreich | 8,9 | 11,8 |
| Italien | 1,2 | 12,2 |
| Großbritannien | 5,9 | 6,5 |
| USA | 5,5 | 4,6 |
| Japan | 2,1 | 4,2 |

(„Jahreswirtschaftsbericht 99", S. 16, „Jahreswirtschaftsbericht 92", S. 77)

5. Gegenüberstellung der Zunahme der Zahl der Beschäftigten und der Abnahme der Zahl der Arbeitslosen in Westdeutschland in den Jahren, in denen die Zahl der Beschäftigten um mehr als 100.000 wuchs (in 1.000 Personen)

| | **Beschäftigte** | **Arbeitslose** |
|---|---|---|
| 1978 | +211 | -37 |
| 1979 | +433 | -117 |
| 1980 | +407 | +13 |
| 1985 | +200 | +38 |
| 1986 | +367 | -76 |
| 1987 | +198 | +1 |
| 1988 | +197 | +13 |
| 1989 | +375 | -204 |
| 1990 | +711 | -155 |
| 1991 | +442 | -194 |

(„Leistung in Zahlen 89", S.10; „Wirtschaft in Zahlen 92", S. 12)

## II. Zur Entwicklung der Konsumtion

1. Jahresverbrauch von ausgewählten Nahrungs- und Genußmitteln je Einwohner

| | 1975 | 1995 |
|---|---|---|
| Fleisch (kg) | 82,8 | 84,6 |
| Frischmilcherzeugnisse (kg) | 83,6 | 91,4 |
| Butter u. Margarine (kg) | 15,2 | 14,1 |
| Eier (Stück) | 288 | 224 |
| Bier (Liter) | 148,1 | 138,5 |
| Wein (Liter) | 23,3 | 22,2 |
| Kaffee (kg) | 4,7 | 6,2 |

(„Wirtschaft in Zahlen 1996", S.32)

2. Ausstattung der Vier-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern – in Prozent (Westdeutschland)

| | 1975 | 1980 | 1985 | 1990 | 1995 |
|---|---|---|---|---|---|
| PKW | 74,3 | 82,2 | 92,7 | 96,6 | 95,8 |
| Farbfernseher | 29,3 | 73,8 | 87,1 | 95,8 | 96,3 |
| Telefon | 46,8 | 86,4 | 93,7 | 98,0 | 99,3 |
| Waschautomat | 57,6 | 78,8 | 72,0 | 97,5 | 97,8 |

(„Wirtschaft in Zahlen 96", S. 29; „Leistung in Zahlen 89", S. 16)

3. Anteil einzelner Positionen an den Gesamtausgaben eines Vier- Personen -Haushaltes (in Prozent)

| | 1975 | 1995 |
|---|---|---|
| Nahrungs- u. Genußmittel | 29,8 | 21,8 |
| Bekleidung | 9,9 | 6,7 |
| Miete, Energie | 20,6 | 29,0 |
| Verkehr, Kommunikation | 13,8 | 19,1 |

(„Leistung in Zahlen 89", S. 16; „Wirtschaft in Zahlen 96", S. 28)

4. Bestand an Personen-und Kombi - Kraftwagen je 1 000 Einwohner

| 1972 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1995 |
|---|---|---|---|---|---|
| 261 | 345 | 399 | 472 | 483 | 497 |

( „Wirtschaft in Zahlen 92", S. 73; „Wirtschaft in Zahlen 96", S. 77)

## III. Zur Finanzierung des Sozialstaates

1. Anteil am Gesamtsteueraufkommen

| | 1970 | 1994 |
|---|---|---|
| – der hauptsächlich durch die Lohnabhängigen zu tragenden Steuern | 47,5% | 63,9% |
| – der hauptsächlich durch Unternehmen und Selbständige zu tragenden Steuern | 26,2% | 13,6% |

(Berechnet nach: „Unsere Steuern von A–Z Ausgabe 1996" herausgegeben vom Ministerium der Finanzen – S.50/51)

2. Entwicklung des Bruttosozialproduktes, des Sozialbudgets und von Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushaltes (1975 = 100)

| | 1994 |
|---|---|
| Bruttosozialprodukt | 323,5% |
| Sozialbudget | 317,8% |
| Ausgaben des Gesamthaushaltes | 323,2% |
| Finanzierungsanteil des Staates am Sozialbudget | 280,0% |
| Nicht sozialbedingte Ausgaben des Staates | 355,6% |

(berechnet nach „Leistung in Zahlen 89" und „Wirtschaft in Zahlen 96")

## Anmerkungen

1 Berechnet nach Angaben des „Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland 1996" Wiesbaden 1996, „Leistungen in Zahlen 89" und „Wirtschaft in Zahlen 98", herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft.
2 Berechnet aus Veröffentlichungen des Bundesministeriums für Wirtschaft.
3 Presseinformation, vgl. auch den statistischen Anhang Teil II Tabelle 3.
4 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Vierteljahresheft 1/ 1989.
5 Berechnet an Hand des „Statistischen Jahrbuchs für die Bundesrepublik Deutschland 1996".
6 Berechnungen auf der Grundlage des Statistischen Jahrbuches 1991, „Wirtschaft in Zahlen 96" und des Jahresgutachtens 96/97 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom November 1996.
7 Elmar Altvater, Die Zukunft des Marktes, Münster 1991.
8 Presseinformation des Statistischen Bundesamtes.
9 „Reformen für Beschäftigung. Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 97". S. 116.
10 Hans-Peter Martin/Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle. Reinbeck bei Hamburg 1996. S. 171.
11 Nach US-amerikanischen Quellen, zitiert im „Spiegel" 39/1996.
12 „Wirtschaft in Zahlen 96", S. 87–90, 100 und 101.
13 „Wirtschaft in Zahlen 98", S. 96.
14 „Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 97" – herausgegeben vom Bundesministerium für Wirtschaft Bonn 1997, S. 14 diese Aufwertung war zum Nachteil für den deutschen Export, deshalb war die deutsche Industrie froh, daß gegenüber dem Dollar 1998 eine gewisse „Trendwende" eintrat; auch der schwache Euro im Jahre 99 begünstigt den deutschen Export.

15 Vgl. Die 20 : 80 Gesellschaft. In: Die Globalisierungsfalle, S.9ff.
16 Robert B. Reich, Die neue Weltwirtschaft, Frankfurt a. Main 1996. S. 14 (Hervorhebung von mir) – Robert B. Reich war Arbeitsminister in der ersten Regierungsperiode Clintons.
17 Spiegel, Nr. 13/1997, S. 29.
18 Eigenberechnung anhand der Daten des Statistischen Jahrbuchs 1998.
19 berechnet nach Angaben im Statistischen Jahrbuch 1998.
20 Siehe „Wirtschaft in Zahlen 98", S.14.
21 ebenda, S. 36.
22 berechnet nach „Leistung in Zahlen 89".
23 siehe „Wirtschaft in Zahlen 98", S.160.
24 siehe Statistisches Jahrbuch 1998.
25 siehe „Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 1999", S. 16.
26 siehe „Wirtschaft in Zahlen 98", S. 170.
27 Eric Hobsbawm, Wieviel Geschichte braucht die Zukunft. Carl Hanser Verlag München/ Wien 1998, S. 141/142.
28 Günter Reimann, Die Ohnmacht der Mächtigen. Leipzig 1993. S. 117.
29 Vgl. „Modell Amerika: Die Rückkehr der Tagelöhner" in: Die Globalisierungsfalle. S. 164ff.
30 Lester Thurow, The Future of Capitalism. New York 1996, S. 80, zitiert in: Die Globalisierungsfalle, S. 167.
31 Beim FDP-Vorsitzenden Gerhard hört sich das so an: „Deutschland braucht Reformen für mehr Freiheit, für mehr Markt, für mehr Pioniergeist, für mehr Risiko- und Verantwortungsbereitschaft und für die Öffnung verkrusteter Systeme... weltweit konkurrieren deutlich über eine Milliarde Menschen, die rund 4 Dollar pro Tag verdienen, mit etwa 280 Millionen Menschen, die über 80 Dollar pro Tag verdienen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um eine komplette Runderneuerung unserer Gesellschaft und unserer Politik, um den Anschluß nicht zu verlieren, den internationalen Wettbewerb zu bestehen." (Aus der Rede auf dem Drei-Königs-Treffen 1997)
32 Karl Marx, Das Kapital., Bd. 3. Berlin 1949, S. 478/479.
33 Alexander King/ Bertrand Schneider; Die Globale Revolution. In: Spiegel Spezial. 1991, S. 74.
34 Karl Marx, Das Kapital. Bd. 3, Berlin 1949, S. 528.
35 Butros Gali, Foreign Affairs, March/April 1996, S. 86, zitiert in: Die Globale Revolution, S. 46.

Harry Nick

# Über die Idee des Gemeineigentums heute*

Welchen Wahrheitsgehalt kann man einem Geschichtsverständnis beimessen, so haben sich vor allem Marxisten angesichts des sozialistischen Desasters heute zu fragen, die gesellschaftliche Evolution vornehmlich aus den materiellen Entwicklungsbedingungen der Gesellschaft, aus der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen herleitet? Und: Was vermag die Marxsche Theorie für die Aufhellung der neuen Herausforderungen durch die globale Revolution, für nachhaltige Evolution, für eine entsprechende gesellschaftspolitische Programmatik zu leisten? Was vor allem bedeutet die Idee des Gemeineigentums heute.[1]

Darin hat Peter Ruben recht: eine Generalinventur des Marxismus ist unabdingbar. Die Frage ist nur, ob es sich bei seinen Bemühungen, wie er meint, um die Ausmerzung von Absurditäten handelt oder um viel mehr.

Der Zusammenbruch des Realsozialismus und die darauf folgende Reprivatisierung ist für Peter Ruben „ein klarer empirischer Beweis gegen Marxens Sicht des Privateigentums, der nach meiner Auffassung nicht durch Angabe irgendwelcher Fehler kommunistischer Führungsgruppen erklärbar ist, sondern den von Marx unterstellten Begriff der Gesellschaft überhaupt betrifft"[2]. Für Peter *Ruben* ist, was die Charakterisierung des Volks- oder Staatseigentums in den sozialistischen Ländern angeht, nicht – wie ich dies meine – die Diskrepanz zwischen zentralistischer Vermachtung, bürokratischer Verstaatlichung und demokratisch-sozialistischer Vergesellschaftung entscheidend. Er lenkt das Augenmerk nicht darauf, daß die sozialistischen, demokratischen Qualitäten dieses Eigentums nicht entwickelt, entfaltet wurden. Er betont, im Gegenteil, sehr nachdrücklich, daß die kommunistische Idee des Gemeineigentums in diesen Ländern konsequent und genau so, wie sie von Marx und Engels gemeint war, praktisch

* Vortrag vor der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz Sozietät am 16. April 1998.

ausgeführt wurde. „Die kommunistische Idee, mit der Liquidation des Privateigentums an den Produktionsmitteln die soziale Frage zu lösen, ist konsequent realisiert worden und hat genau dadurch ad oculus demonstriert, was sie an sich bedeutet."[3] Die vom Menschen selbstproduzierten Produktionsmittel, d. h. „ alle durch Arbeit produzierten Produktionsmittel, die originär auf Entdeckungen und Erfindungen von Personen zurückgehen", sollten sich seiner Meinung nach in Privateigentum befinden. Persönliche Freiheit wie wirtschaftliche Rationalität haben nach Ruben dieselbe Wurzel: die „ökonomische Persönlichkeit", das „persönliche Unternehmertum". Die Natur-Tatsache, daß Ideen immer einem „persönlichen Kopf" entspringen und erfolgreiches Wirtschaften auf Innovation beruht, ist für ihn die Rechtfertigung des Privateigentums an eben den „selbstgemachten Produktionsmitteln". „Warum ist die ökonomisch souveräne Person (und sie ist souverän als Vertragspartner sowohl anderer Personen als auch gegebener Gemeinschaften) für eine Volkswirtschaft so wesentlich? Das ist deshalb der Fall, weil alle Erfindungen und Entdeckungen durch Individuen, durch persönliche Tätigkeit in reelle Existenz treten." „Gemeinschaften haben zwar einen `common sense`, aber sie denken nicht".[4] „Das ist der Rubensche Kern der Eigentumsfrage: Weil Gemeinschaften nicht denken, braucht es auch kein Gemeineigentum (an „sebstgemachten Produktionsmitteln") zu geben; weil nur Individuen denken, hat nur Privareigentum eine Existenzberechtigung. Folglich sei die „Frage nach dem Sozialismus identisch mit der nach der ökonomischen Persönlichkeit unter Voraussetzung des Gemeineigentums an den Natur- und Gemeinschaftsbedingungen der Produktion". Folglich lautet dann die „Gretchenfrage: Wie halten wir es mit dem persönlichen Unternehmertum?"[5]

Auch das ist noch nicht die weitestreichende Kritik am Gemeineigentum. Die lautet: Gemeineigentum ist nicht wirklich möglich. Die DDR wäre eine „eigentumslose Ordnung" gewesen?

Rosemarie *Will* meint: „Das Volkseigentum war eine paradoxe Institution. Es ist ein Eigentum, dem das Zentralmerkmal des Eigentums, die Ausschließungsbefugnis, fehlt; es ist ein Eigentum, das kein Eigentum ist. Der Streit, ob das Volkseigentum ein positives Eigentum aller oder ein negatives Eigentum von niemandem sei, machte das eigentliche Problem des Volkseigentums deutlich."[6] Es ist wohl eine erlaubte Folgerung, wenn man diese Überlegungen der Autorin auf jegliches Gemeineigentum bezieht.

Auch nach Ansicht von *Schachtschneider* und *Gast* war das in der DDR herrschende sozialistische Eigentum kein Eigentum im Sinne des Grundgesetzes; denn die Ordnung des sozialistischen Eigentums nach Art. 9 und 10 der DDR-Verfassung sei „der exakte Widerspruch zum Eigentum, welches das Grundgesetz in Art. 14 schützt, denn dieses ist durch seine Privatnützigkeit (und Verfügbarkeit) definiert."[7] In den westlichen Ländern werde die notwendige Trennung von Staat und Wirtschaft durch staatliche Unternehmen in Frage gestellt.[8] „Staatliches Eigentum ist ein Widerspruch in sich und genießt zu Recht keinen Grundrechtsschutz"[9]

Wie verhält es sich mit der Ausschließungsbefugnis, der Privatnützigkeit?

Was den Verweis auf die Anonymität dieses Eigentums und auf die Gefahr angeht, daß die Organe des Eigentumssubjekts, der Staat und seine Glieder, sich Eigentumsrechte gegen die eigentlichen Eigentümer, die Gesamtheit der rechtsfähigen Bürger, anmaßen könnten, so wäre zunächst zu antworten: Dieser Einwand – und die reale Gefahr – haben dieselbe Geltung auch für den politischen Raum. Eine Republik kommt ohne Repräsentanten (nicht Vertreter: der Wille kann nicht vertreten werden, nur seine Wahrnehmung), ohne besondere Organe des Staates nicht aus. Aber gerade die von Schachtschneider verteidigte republikanische Idee, welche die Unterscheidung von freiheitlicher Gesellschaft und freiheitsbegrenzendem Staat ablehnt, besteht ja darauf, daß der Staat die Gesamtheit der Bürger und das Gesetz die rechtliche Konstituierung der Freiheit ist, und nicht deren Einschränkung, Begrenzung. Staat bedeutet nach dieser Auffassung nicht, daß der Bürger Rechte an andere, an den Staat abgibt. Nach dieser Auffassung übt der Staat keine Herrschaft aus. Die Souveränität bleibt bei den Bürgern, die sie, auch vermittels des Staates, ausüben. Nicht der Staat herrscht, sondern das Volk, durch Wahlen und durch seine legislative, exekutive und Rechtsorgane. Warum können diese Bestimmungen nicht völlig identisch für die Eigentumsverhältnisse gelten?

Die Gefahr allerdings der Verselbständigung des Staates gegen die Interessen der Bürger ist real. In den westlichen Ländern zeigt sich dies in der von Schachtschneider, von v. Arnim[10] u.a. nachgewiesenen und angeklagten Usurpation des Staates durch die Parteien, durch die Herausbildung des „Parteienstaates". „Der Parteienstaat hat die Verfassung der Republik längst aufgegeben". Aber: „Die Widerstandslage ist nicht entstanden, weil die Bürger die Chance zur Umkehr in der Hand haben".[11]

In den untergegangenen sozialistischen Gesellschaften mußten die Usurpation des Staates durch die „führende Partei" und die Demokratiedefizite im Staate zwangsläufig weitreichende Folgen für die Eigentumsverhältnisse haben.

## Defizite, Deformationen sozialistischer Vergesellschaftung

Eine redliche marxistische Analyse wird heute zu dem Schluß kommen müssen:

Die „reale Vergesellschaftung" im sozialen Bereich – die realen Verhältnisse der Aneignung im umfassenden Sinne – d. h. die realen Mechanismen der sozialen Antriebskräfte wie der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Steuerung, haben in den kapitalistischen Marktwirtschaften der realen Vergesellschaftung der modernen Produktivkräfte besser entsprochen als die Produktionsverhältnisse in den sozialistischen Ländern. Die kapitalistischen Marktwirtschaften vermochten innerhalb des durch das private Kapitaleigentum gesetzten allgemeinen Rahmens die „reale Vergesellschaftung" kräftig voranzubringen, d. h. eine Steuerung der wirtschaftlichen und sozialen Vorgänge, die zwar an die maximale Verwertung privaten Kapitals gebunden blieb, sich aber von der direkten Verfügung durch den privatkapitalistischen Eigentümer mehr und mehr löste.[12] Es handelt sich hier um Vorgänge, deren Anfänge Marx als eine „Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst, ... Privatproduktion ohne Kontrolle des Privateigentums." bezeichnete.[13]

Die durch das politische System in den sozialistischen Ländern vermittelten, geprägten Mechanismen des Interessenaustrags waren von einer eigenartigen Privatheit. Sie waren es in dem Sinne zunächst, daß die handlungsrelevanten Interessenstrukturen zwar faktisch weitgehend respektiert wurden, nicht aber formal galten; nicht offiziell, durch Gesetz legalisiert waren. Sie wirkten – das gilt auch für die Planausarbeitungen – durch eine Art privater Übereinkunft, wie stillschweigende private Verabredungen, nicht ausgesprochene private Verträge. Das heißt, sie waren „privater" als die durch private, aber zivilgesetzlich geschützte Verträge abgeschlossenen (selbst mündlich abgeschlossenen) Verträge, deren Einhaltung durch Gesetz erzwungen werden kann. Das bedeutet keineswegs, daß sie deshalb

material von geringer Wirkung oder nicht „allgemein üblich", d. h. nicht gesellschaftlich verallgemeinert, nicht gesellschaftliche Quasi-Normen hätten sein können.

Der auf allen Ebenen grassierende Subjektivismus, Voluntarismus ist auch nichts anderes als eine Form von Privatheit. „Bezirksfürsten", „Kreisfürsten" als Bezeichnungen für die 1. Sekretäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen reflektierten hierauf. Die Behauptungen allerdings, daß die politische Führungsschicht der DDR eine besondere Klasse gewesen sei, die das Volkseigenum usurpiert und das Volk ausgebeutet hätte, gehört in das Arsenal schlichter antikommunistischer Propaganda. Ein Blick allein auf die Zahlen über das Geldvermögen, das diese Personen in die Nachwendezeit herübergerettet haben genügt, um dies zu belegen.

Reale Vergesellschaftung hätte verlangt, das Staatseigentum in ein lebendiges, demokratisches und zugleich wirtschaftlich rationales System sozialistischer Aneignung zu verwandeln, aus der einfachen Verfügung des Staates über die Wirtschaft herauszuführen. Das war auch das ursprüngliche Anliegen des NÖS Anfang der sechziger Jahre. Die Hauptachse dieses Aneignungssystems konnte nur das Beziehungsgeflecht zwischen gesellschaftlichen (im Sinne von gesamtgesellschaftlichen), kollektiven (betrieblichen und territorialen) und individuellen Interessen sein. Diese „drei Interessenebenen" sollten sich einerseits zueinander verhalten wie Allgemeines, Besonderes und Einzelnes. „Verstehen wir unter Eigentum den Prozeß der Aneignung, so ergibt sich für die Bestimmung des wesentlichen Inhalts des sozialistischen Eigentums zweierlei: Erstens muß das sozialistische Eigentum als ein *Prozeß* der Aneignung verstanden werden, es darf nicht auf die Verfügung über die Produktionsmittel reduziert... werden,... Zweitens muß das sozialistische Eigentum als ein bestimmtes *System* der Aneignung verstanden werden. Das System der Aneignung ist die dialektische Einheit 1. Der gesamtgesellschaftlichen Aneignung *und*. 2. Der Aneignung durch die Produzentenkollektive (Betriebe) *und* 3. der individuellen Aneignung durch die Werktätigen. Hiermit sind untrennbar jeweils ganz bestimmte materielle Interessen verbunden: Interessen der Gesellschaft, der Produzentenkollektive und der Individuen. ... Die ökonomischen Beziehungen zwischen Gesellschaft, Betrieb und Individuen... sind nichts anderes als die innere Struktur der gesellschaftlichen Aneignung. ...Innerhalb der durch die Gesellschaft gesetzten Wirtschaftsbedingungen regeln die Teilsysteme (Be-

triebe) ihren Reproduktionsprozeß eigenverantwortlich. ... Die relative Eigenständigkeit der materiellen Interessen der Betriebe ist die Ursache der Warenproduktion im Sozialismus. Sie bewirkt, daß dem Austausch der Tätigkeiten zwischen den produzierenden Einheiten das Äquivalenzprinzip ... zugrunde liegt.." [14]

Von zentraler Bedeutung war die Neubestimmung der Stellung der Betriebe im ökonomischen System, ihre Verwandlung in wirkliche Warenproduzenten, die Überwindung der Auffassung, wonach sozialistisches Eigentum eine direkte Beziehung zwischen Gesellschaft und Individuen, zwischen Führung und Volk sein könne. Und von zentraler Bedeutung für diese Veränderung war die Einführung des „Prinzips der Eigenerwirtschaftung" in den Betrieben. Diese bedeutete eine – normativ geregeltelte – Rückkopplung der Ergebnisse betrieblicher Tätigkeit auf die Bedingungen seines Wirtschaftens und auf die Höhe des Prämienfonds für die Beschäftigten. Dieses Prinzip ist niemals, nicht in einem einzigen Jahre, verwirklicht worden. „Eigenerwirtschaftung" war das letzte große Wirtschaftsexperiment der DDR, Anfang 1988 in 16 Kombinaten probeweise eingeführt und mit der DDR untergegangen.

Es gibt in diesem Ursachenkomplex für das wirtschaftliche Scheitern der europäischen sozialistischen Gesellschaften m.E. mehrere „Schichten"; ich meine hier keine neben- oder einfach nacheinander anzuordnenden Faktoren, sondern Gruppen von Ursachen in einer „Tiefenschichtung": Jede Ursachengruppe ist zugleich die Hauptursache der zuvor genannten.

M. E. gibt es vier solcher Ursachengruppen[15]:

1. Der Dauermangel; d.h. der beständige Überhang der zahlungsfähigen Nachfrage gegenüber dem Güter- und Leistungsangebot. Dieser Dauermangel war nicht nur eine der Hauptärgernisse im Alltag der DDR-Bürger, sondern auch die unmittelbare Hauptursache für das Scheitern aller Bemühungen um die Mobilisierung qualitativer Faktoren wirtschaftlichen Fortschritts. „Angespannte Zielstellungen ausschließlich für das quantitative Wachstum der Produktion rufen zwangsläufig Anspannungen in den materiellen Verflechtungen der Produktion, Nichtübereinstimmung von Angebot und Nachfrage hervor. Die Notwendigkeit der Veränderung des gesamten Wirtschaftsmechanismus ergibt sich gerade daraus, daß solche Anspannungen den Prozeß des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Steigerung der Effektivität objektiv und zunehmend behindern: Sie

begünstigen nicht den Einsatz des optimalen Materials, sondern dessen, was vorhanden ist; sie stimulieren die Hortung von Beständen; sie verursachen ein Übermaß an operativem Verwaltungsaufwand und verleiten zur Vernachlässigung perspektivischer Fragen der Wirtschaftsentwicklung; sie führen zur Verzögerung der Investitionsfristen und der Überleitungszeiten wissenschaftlich-technischer Ergebnisse; sie verursachen Überstunden und gleichzeitig Ausfallzeiten; sie verursachen eine gewisse Tendenz zur `Selbstversorgung` der Betriebe und behindern auf diese Weise die Herstellung optimaler arbeitsteiliger Beziehungen."[16]

2. das besondere Interessensystem, das zugleich diesen Mangel hauptsächlich verursachte: Das geringe eigene Interesse vor allem der wirtschaftenden Einheiten, der Betriebe, am effektiven Einsatz der Ressourcen, weil die fehlende „Budgetrestriktionen" das Interesse mehr auf das Aushandeln von Ressourcenzuteilungen als auf effektiven Einsatz wirtschaftlicher Ressourcen lenkte. „Die Steigerung der Effektivität der Produktion steht nicht im Mittelpunkt, nicht im Vordergrund des gesamten Planungsprozesses; sie wird gewissermaßen indirekt erzwungen durch den Widerspruch zwischen hohen Zielstellungen für das quantitative Wirtschaftswachstum einerseits und der quantitativen Begrenzung der Ressourcen, insbesondere der Arbeitskräfte und der Investitionen, andererseits. Hieraus ergibt sich, daß im `ersten Herangehen` an neue, höhere Aufgaben von vielen Leitungen der Wirtschaftseinheiten immer wieder versucht wird, möglichst große Ressourcen im Plan zugebilligt bekommen. Und erst dann, wenn diese Möglichkeiten ausgeschöpft sind und die endgültigen Festlegungen getroffen sind, rücken Fragen der Steigerung der Effektivität in den Vordergrund der Leitungstätigkeit" Um dies zu verändern, dürfe im Dreieck *Ressourceneinsatz, Mengenwachstum und Effektivität* nicht das Mengenwachstum, sondern müsse die Effektivität der Angelpunkt sein.[17]

3. das politische System mit seinem Demokratiedefizit, das mit relativ autonomen Wirtschaftseinheiten, für die staatliche Planungen im wesentlichen Orientierung und Rahmenbedingungen hätten sein können, unverträglich war. Es war nicht „das Volkseigentum" die Ursache des sozialistischen Desasters, sondern seine unzureichende innere – demokratische! – Ausgestaltung. Der Ideenvorrat für eine ernsthafte Wirtschaftsreform ist in keiner der untergegangenen sozialistischen Gesellschaften jemals praktisch genutzt, erprobt worden; die wirtschaftlichen Veränderungen in den Wende-

jahren 1989/90 vollzogen sich überall als übergangsloser Kopfsturz in die kapitalistische Marktwirtschaft.

4. das Unvermögen eines sozialistischen Systems, auf dem Felde wirtschaftlichen Wettbewerbs – wirtschaftlichen Wachstums und wirtschaftlicher Effektivität im engeren Sinne, als Verhältnis von Wettschöpfung je Resourceneinheit – kräftigere soziale Antriebe hervorzubringen, als dies das Zusammenwirken von innerem Profitmotiv und äußerem Konkurrenzdruck in den kapitalistischen Marktwirtschaften vermögen. Es geht hier nicht um die Frage, welche Antriebskräfte schlechthin die überlegenen sind; dies müßte von den Zielen her bedacht werden; auf dem Felde von Wirtschaftswachstum und wirtschaftlicher Effektivität jedenfalls erwiesen sich die Antriebskräfte der kapitalisitschen Marktwirtschaften eindeutig als überlegen. Wenn hieraus Folgerungen für das Eigentumsproblem gezogen werden sollen, ist unbedingt zu bedenken, daß es sich anders darstellen muß unter Bedingungen, da dem Wirtschaftswachstum zentrale Bedeutung für sozialen Fortschritt zukam, als unter Bedingungen, da eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung notwendig wird, die eben auch eine Bändigung des exzessiven Vermehrungstriebs des Kapitals verlangt.

## Die Gesellschaftlichkeit ist manchem Eigentumsobjekt von Natur aus eigen

Wie man auch die Frage nach dem „Eigentum an den durch Arbeit geschaffenen Produktionsmitteln" beurteilen mag – die „Gesellschaftlichkeit" der beiden Ressourcen, die im Prozeß der gegenwärtigen Produktivkraftrevolution, unter den Bedingungen einer wirklich nachhaltigen Entwicklung an Bedeutung gewinnen – nämlich Naturressourcen und Information – drängt sich geradezu auf: Beide sind ihrem Wesen nach öffentliche Güter, egal wie die Eigentumsformen sind.

Die Tragweite und die Einzigartigkeit der gegenwärtigen Revolution in den Produktivkräften stellt sich vor allem dar *einerseits* als erstmalige (und wohl bleibende) „Fesselung" dieses Systems zur Naturseite hin – die Unendlichkeit und „Kostenlosigkeit" der vom Menschen nutzbaren Naturgüter im globalen Maßstab gehen verloren – *andererseits* als „Entfesselung" der geistigen Kräfte des Menschen von den leiblichen (biologischen) Schran-

ken, die ihm die Natur mitgegeben hat. Die intellektuellen Kräfte des Menschen werden vom biologischen Potential emanzipiert, folglich auch – in ihrer instrumentalen, nicht in ihrer psychosozialen Komponente – beständig erweiterbar. *Naturrressourcen und Information* – im weitesten Sinne - werden zu den ausschlaggebenden Ressourcen sozialer Evolution.

Daß Naturgüter kollektive Güter sind, ist für den Kosmos, die Atmosphäre, die Reichtümer der Weltmeere (noch!?) selbstverständlich, mit dem privatisierten Grundeigentum verhält es sich aber eigentlich nicht anders. Manche Völker wie die Indianer und manche Staaten wie Israel kennen kein Privateigentum an Grund und Boden. Sie sollen, auch nach biblischem Verständnis, allen zum Nutzen und niemandem zu eigen sein. Es gibt keinen überzeugenden Grund dafür, daß der Boden Privateigentum sein muß. „Sicherheit, Geborgenheit und Angstfreiheit" werden durch das Privateigentum an Grund und Boden eher, für eine größere Zahl von Menschen jedenfalls, gefährdet als verbürgt.

Daß Informationen kollektive Güter wenigstens unter den Gesichtspunkten sind, daß sie ihrer Herkunft nach wesentlich auf dem allgemeinen Kulturzustand beruhen und ihrer Zweckbestimmung nach allen zugutekommen sollten, ist weniger allgemein anerkannt.

Natur und Information sträuben sich gegen monetäre Bewertungen: Beide sind eigentlich keine handelbaren Güter. Beide haben keinen „Wiederbeschaffungswert", weil sie – wie im Falle einer ausgestorbenen Tier- oder Pflanzenart – nicht wiederbeschafft werden können: oder – wie im Falle der 2. Erfindung des Fahrrads – solche „Wiederbeschaffung" einer Idee keinen sozialen Sinn hat.

Die Marktwirtschaft vermag die Unbegrenztheit von Ressourcen in einem sozial vernünftigen Sinne wirtschaftlich nicht zu regeln. Sie wird sozusagen bis zur vorletzten Tonne Erdöls einen „Überfluß" an Erdöl signalisieren. Dies folgt aus dem für kapitalistische Marktwirtschaften typischen Marktungleichgewicht: dem tendenziellen Zurückbleiben der zahlungsfähigen Nachfrage hinter dem Angebot an Gütern und Leistungen.

Für Naturressoucen, nicht nur für den Boden, gilt das, was der amerikanische Nobelpreisträger für Ökonomie Fritz Machlup vom Patentwesen sagte: „Gäbe es bei uns keinen Patentschutz, so wäre es nach der gegenwärtigen Kenntnis seiner wirtschaftlichen Folgen unverantwortlich, die Annahme eines Patentschutzes zu empfehlen."[18] Die Verhältnisse sind natürlich so

wie sie sind; dennoch können aus diesen Überlegungen praktische politische Folgerungen gezogen werden. Zum Beispiel: Im Intereressenaustrag zwischen Allgemeinheit, unmittelbaren Nutzern und den Eigentümern sollte es in der Aneignung der wirtschaftlichen Früchte von Grund und Boden eine Rangfolge geben, und zwar in der genannten Reihenfolge. Heute verhält es sich in aller Regel genau umgekehrt.

Natürlich müssen Urheberrechte an Informationen (Erfindungen, Schriftgut, Musik u. a.) in gewissem Umfange geschützt werden. Zeiten, da ein Franz Schubert Not leiden mußte, nur weil jeder seine Lieder ohne Gebühr verbreiten durfte, sollen nicht wiederkommen. Die Frage ist aber: Sollte die ökonomische (natürliche) Eigenschaft von Information, daß Ihre Findung einmaligen Aufwand verursacht und dann ohne weiteren „Herstellungs"aufwand beliebig oft genutzt werden kann, allein dem Hersteller zugutekommen? führt das zu unverhältnismäßigen Belohnungen, zur Entkopplung von Einkommen und Leistung, soweit unter letzterer nicht das pure Resultat, sondern auch die subjektive Anstrengung gemeint ist. Andererseits werden die besonderen Potentiale dieser Ressourcen nicht genügend ausgeschöpft, wird ihr gesellschaftsschädlicher Gebrauch nicht zuverlässig verhindert. Die Patentierung technologischer Nutzungen erkannter Lebensvorgänge, die Privatisierung von Geninformationen ist gewiß eine der gefährlichsten Auswüchse heutiger Privatisierungspolitik.

Es wird oft übersehen, daß die Gesellschaftlichkeit manchen Eigentumsobjekten einfach objektiv zugehörig ist, sich durch Veränderung der Eigentumsformen nicht verändert. Manche Kommune mag sich der Illusion hingeben, mit der Privatisierung der Wasser- und Abwasserbetriebe die damit zusammenhängenden Probleme loszuwerden. Nur dürfen sie nicht vergessen – und hier können ihnen aus der Privatisierung durchaus neue Schwierigkeiten erwachsen – daß sie die direkte Verantwortung den Bürgern gegenüber für Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung deshalb keineswegs verlieren. Diese *Verantwortung kann nicht privatisiert werden*, sie kommt ihnen als kommunalem Organ zu, gehört zu ihren konstituierenden Eigenschaften.

*Die heutige Privatisierungswut läuft den Erfordernissen nachhaltiger Entwicklung zuwider.*

Die neoliberale Politik hat mit dem Dreiklang von Liberalisierung des Welthandels und des Kapitalverkehrs, mit Privatisierung und Deregulierung sich selbst verstärkende Vorgänge in Bewegung gesetzt, die gerade-

wegs in die soziale und ökologische Katastrophe führen: Je mehr die Kapital- und Finanzmärkte weltweit globalisiert werden, desto leichter sind finanzielle Anlagen mit hohen Renditen aufzutreiben, desto höher die Meßlatte für Mindestrendite auch für Investitionen in die Realwirtschaft, desto stärker die Flucht in die Finanzgeschäfte; je größer der Druck auf hohe Renditen, desto stärker der Zwang zur Rationalisierung, desto mehr Menschen werden entlassen und desto mehr bleiben die Masseneinkommen, die Binnenkaufkraft, hinter dem Angebot zurück, desto enger wird der Markt für Güter und Leistungen, während der Markt für Geldanlagen durch Spekulation erweitert wird; je stärker diese Prozesse fortschreiten, desto stärker werden die Sozialkassen belastet, desto größer auch die Staatsverschuldung, desto größer das „Spielmaterial" für Finanzgeschäfte; usf.

Und wie aus solchem Teufelskreis herauskommen? Durch noch „mehr Markt", durch forcierte Privatisierung ist die typisch falsche Antwort aus dem neoliberalen Lager.

Die energisch und wie eine Binsenwahrheit vorgetragene Behauptung, daß Privateigentum dem öffentlichen Eigentum wirtschaftlich überlegen sei, hat zwar den herrschenden Zeitgeist und die herrschenden Mächte auf ihrer Seite, konnte aber ernsthaften, soliden Untersuchungen nicht standhalten. Es stehen sich, selbst über sozialistische Bewegungen hinaus, zwei Auffassungen gegenüber. „Staatsbetriebe und staatlich kontrollierte Betriebe sind den Erwartungen, die in sie gesetzt werden, nicht gerecht geworden. Immer deutlicher wurde im Verlauf der letzten Jahrzehnte auch im internationalen Vergleich, daß wirtschaftspolitische Ziele mit diesem Instrument nicht oder nur unter außerordentlich hohen Kosten erreicht werden können. Das faktische Beharren auf einem Übermaß unternehmerischer Beteiligung des Staates ist wohl entscheidend auf das Macht-, Beschäftigungs- und Einkommensinteresse von Staatsbediensteten zurückzuführen. Letztlich deshalb können nur die Kassen(not)lage des Finanzministers und eine energische Initiative der Bürger die höchst dringliche Privatisierung auslösen, die über Raumpflege, Krankenhauswäscherei oder Müllabafuhr weit hinausgehen muß - sicherlich bis hin zu Strom- und Wasserversorgung, Telefon und Medien, ja bis hinein in den Erziehungs- und Kulturbereich." [19]

Demgegenüber heißt es in einem nicht weniger reputierlichen Buch: „Anhänger der Marktwirtschaft ... unterstellen in der Regel, daß staatliche Unternehmen notwendigerweise weniger rentabel arbeiten als private. Für

diese These werden einzelne Beispiele angeführt ... Einzelbeispiele beweisen bekanntlich aber nichts, denn es lassen sich Gegenbeispiele finden: VW, VEBA, die öffentlich-rechtlichen Versicherungen."[20] „Wenn man die Bundeskonzerne mit privaten Firmen vergleicht, die auf denselben Märkten tätig sind, so läßt sich bei Betrachtung der Konzernergebnisse bislang keine systematische Über- oder Unterlegenheit der staatlichen Unternehmen feststellen.[21]" Mitnahmeeffekte können bei Staatsbetrieben vor allem im Bereich der Regionalpolitik minimiert werden. „Auch in der Forschungspolitik und in der Technologie-Entwicklung haben bundeseigene Unternehmen Vorzüge" [22] Diese Vorzüge bestünden vor allem in der Übernahme notwendiger Risiken in der Forschung und Technologie, die zwar zukunftsträchtig, für die Privatwirtschaft aber nicht ertragssicher genug erscheinen.

Die Folgerung aus einer Übersicht über viele Untersuchungen zu diesem Thema heißt es, es sei „kaum möglich und zulässig, die nachgewiesenen Effizienzunterschiede jetzt eindeutig auf die jeweils unterschiedliche Organisationsstruktur und Ausgestaltung der Eigentumsrechte zurückzuführen" [23]

Die gegen die Privatisierung angeführten Überlegungen haben sehr viel für sich.

## Aneignung des Mehrprodukts

Abgesehen davon, daß eine Aneignung des Mehrprodukts, des Gewinns, durch die Allgemeinheit der Aneignung durch Private kraft deren privaten Eigentums vorzuziehen ist, ist folgendes bedenkenswert:

- Eigentum bedeutet für den Eigentümer eine *ständige* Quelle von Einkommen. Privatisierung von kommunalem Eigentum – dies hat manche Kommune erfahren müssen – vermag zwar eine Entlastung von finanziellen Nöten bedeuten, ist aber ein *einmaliger Effekt*. Das von Hans Peter Stihl angeführte Argument, daß die durch Privatisierung ermöglichte Reduzierung von Schulden eine laufende Zinsentlastung bedeuten könnte, die höher ist als die laufende Gewinnaneignung[24], ist barer Unfug: Ein Käufer, der solchen Preis bezahlt, daß diese Relation zustandekommt, ist ein Dummkopf. Manche Kommune hat die Erfahrung gemacht, daß nach einem bis zwei Jahren die Schulden auch nicht geringer sind, das kommunale Eigentum aber unwiederbringlich verloren ist.

- Daß öffentliches Eigentum wie auch Genossenschaften unterhalb der für privates Kapital geltenden Mindestrendite – im Grenzfall auch ohne Gewinn – wirtschaften können, ist ein sozialer Vorteil, der immer stärker ins Gewicht fällt.

Solche Betriebe erfüllen in jeder Hinsicht alle elementaren Voraussetzungen vernünftigen Wirtschaftens: Sie bieten sinnvolle Arbeit, sie schaffen sowohl Kaufkraft wie Leistungsangebot; sie ersparen die Sozialkosten für Arbeitslose – etwa 40.000 DM je Arbeitsloser und Jahr – und zahlen dem Staate Steuern.

Der „non-profit-Sektor" ist zugleich viel besser geeignet als die Privatwirtschaft, diejenigen Bereiche zu entwickeln, die in der „nachindustriellen Gesellschaft" an Bedeutung gewinnen: Umwelt, soziale Dienste und Kultur. Es sind zum großen Teil „personennahe" Dienstleistungen, wie Pflege, kulturelle Dienste und Selbstbetätigung; d. h. Bereiche, die ihrer Natur nach nicht dem Profit und den Marktgesetzen unterworfen werden sollten.

Der „non-profit-Sektor" ist nicht zuletzt ein Bereich, in welchem sich Wirtschaftsdemokratie, selbstbestimmtes Arbeiten, Selbstorganisation und praktische Soilidarität in der Arbeit am besten entfalten könnten. Vielleicht ist er die wichtigste Barriere, die den Fall der heutigen marktwirtschaftlich-kapitalistischen Gesellschaften in die Barbarei verhindert oder doch abbremst, bis sich in der ganzen Gesellschaft Gegenmächte gegen diese verhängnisvolle Entwicklung formieren.

## Soziale Antriebskräfte

Daß ein Privateigentümer, der mit seinem ganzen Vermögen für das Unternehmen haftet, dafür aber sich auch den ganzen Gewinn aneignet, ein stärkeres Interesse an der Rentabilität des Unternehmens hat, als der auf Zeit gewählte Bürgermeister in seiner Eigenschaft als oberster Dienstherr an der Rentabilität eines kommunalen Eigenbetriebes interessiert ist, ist verständlich. Hier aber sollten die Überlegungen Joseph A. Schumpeters, in dessen Theorie der „dynamische Unternehmer" eine zentrale Rolle spielt, bedacht werden:

- Der individuelle Unternehmer ist keineswegs mehr die vorherrschende Eigentümergestalt im Kapitalismus. Dies aber bedeute: Der Kapitalis-

mus „entfernt das Leben aus der Idee des Eigentums. Er vermindert den Zugriff, der einmal so stark war – den Zugriff im Sinn des gesetzlichen Rechts und der tatsächlichen Möglichkeit, mit dem, was einem gehört, zu tun, was einem beliebt. ... Und diese Verflüchtigung dessen, was wir die materielle Substanz des Eigentums – seine sichtbare und fühlbare Wirklichkeit – nennen können, beeinflußt nicht nur die Haltung der Aktienbesitzer, sondern auch die der Arbeiter und die der Öffentlichkeit im allgemeinen. Ein Eigentum, das von Person und Materie gelöst und ohne Funktion ist, macht keinen Eindruck und erzeugt keine moralische Treuepflicht, wie es die lebenskräftige Form des Eigentums einst tat"[25].

Das aber hat seine praktischen Folgen: Das Verhalten der Manager heute – man lese das Kompendium über die heutigen Manager von Günter Ogger – ist keineswegs mehr das Verhalten des sorgfältig mit dem Eigentum umgehenden Unternehmers: Das Industrie-Establischment sei „ganz auf Bequemlichkeit und Machterhalt" eingestellt.[26] „Beraterfirmen ... müssen richten, was die Herren Manager verbockt haben... Damit keine Langeweile aufkommt, vergnügen sie sich derweil auf allerlei Seminaren, Kongressen und anderen fröhlichen Veranstaltungen, die selbstverständlich stets der 'Fortbildung' dienen. Wenn schon nicht auf dem Golfplatz, suchen sie Entspannung beim Überlebenstraining mit dem früheren Zehnkampfweltmeister Kurt Bendlin oder bei den Karatekursen des Arnold Gehlen. Stille Naturen bevorzugen die Einkehr im Kloster unter Aufsicht des Jesuitenpaters Rupert Lay, gehemmte Redner sprechen sich frei in den Rhetorikkursen des Heinz Goldmann,. Nichts ist den bildungssüchtigen Managern zu teuer – wenn es die Firma bezahlt."[27]

- Aber auch der typische Einzelunternehmer ist nicht mehr das, was er vor hundert Jahren war. *Privateigentum, individuelles Unternehmertum* und die *Rolle der Familie* - mit Frau und Kindern, Villa und Gartenhaus, mit Hausangestellten, mit Verwandten und Bekannten - bildeten den dreieinigen sozialen Hintergrund der klassischen Unternehmergestalt im aufsteigenden Ast des Kapitalismus. Dieser Hintergrund zerfällt. Von größter Bedeutung ist hier die Auflösung der bürgerlichen Familie, die „vollständig aus der Rationalisierung des gesamten Lebens hergeleitet werden kann"[28]. Alle Bereicherung menschlichen Lebens durch Kinder, Familie „entgeht beinahe ausnahmslos dem rationalen Scheinwerfer moderner Individuen"[29]. Gastfreundschaft kann auch in Restaurants

zelebriert werden. Alles in allem werden die Notwendigkeit von „Konsumentenkapital", der Sinn des Sich-Abrackerns für Frau und Kinder drastisch reduziert. Damit aber wird die kapitalistische Maschine unfähiger, langfristige Interessen wahrzunehmen. Es „schrumpft der Zeithorizont des Geschäftsmanns... auf seine Lebenserwartung zusammen"[30].

Der neue Trend mit Namen „Shareholder value" bedeutet genau das: die Durchkapitalisierung aller wirtschaftlichen Vorgänge mit dem Ziel maximaler Rendite für die shareholder, die Anteilseigner, bezogen auf einen Zeithorizont von höchstens drei bis fünf Jahren.

Nun ist die Mentalität des sich Sich-Selbst-Bedienens auf Kosten der Allgemeinheit, des Postenschachers und der Vetternwirtschaft, auch im politischen kommunalen Filz durchaus verbreitet. Mancher redliche Kommunalpolitiker sieht den Ausweg hieraus in der Privatisierung von kommunalem Eigentum. Nur kennt er eben die Gepflogenheiten in dieser sozialen Sphäre viel weniger. Es spricht wenig für die Annahme, daß es hier mehr nach Leistung zugeht, die Allgemeinheit weniger geschröpft wird, das Wirtschaftsgebaren besser kontrolliert werden kann. Privatisierung kann hier bedeuten, vom Regen in die Traufe zu kommen. Vor allem: Man darf sich der Möglichkleit politischer demokratischer Kontrolle des Wirtschaftsgebarens nicht selber begeben.

## Wettbewerb

Daß private Betriebe für leistungsfördernden Wettbewerb besonders prädestiniert sind, ist ein ernstzunehmendes Argument. Nicht übersehen werden darf allerdings, daß ihnen die Tendenz zum Monopol immanent ist und daß selbst Konzerne gerne nach dem Staat rufen, sofern sie sich davon eine bessere Wettbewerbsposition gegenüber Konkurrenten versprechen; Betriebe in öffentlichem Eigentum können andererseits durchaus voll aktionsfähige Akteure im wirtschaftlichen Wettbewerb sein (vor allem, wenn sie privatwirtschaftlich agieren).

Zwei Grundsätze sollten für sozialistische Eigentumspolitik hier gelten:

1. Wirtschaftliche Unternehmen monopolistischen Charakters sollten sich in jedem Falle in der öffentlichen Hand befinden. Sie sind wirtschaftlich und sozial in jedem Falle besser als private Monopole.

Diese Erfahrung war der wichtigste Grund dafür, daß in der zweiten Hälfte/dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts Bereiche der Infrastruktur – Eisenbahn und Straßen, Post, Wasser- und Abwasserwirtschaft, Netze der Energieversorgung – die ursprünglich überwiegend von privaten Firmen geschaffen wurden, sich in privatem Eigentum befanden, zunehmend verstaatlicht wurden bzw. in kommunles Eigentum übergingen. Von ihren technisch-ökonomischen Eigenschaften sind nämlich diese Bereiche der Infrastruktur mehr oder weniger eine Art „natürliches Monopol" und werden eben deshalb auch als eine Art „öffentlichen Gutes" angesehen.

Die Privatisierung von Einrichtungen der Infrastruktur ist erstens mit rabiatem Stellenabbau und zweitens meist auch mit nicht weniger rabiaten Preissteigerungen für die Verbraucher verbunden. Preissenkungen sind häufig nur eine vorübergehende Erscheinung unmittelbar nach der Privatisierung; allzuhäufig finden die privaten Konkurrenten ziemlich schnell Möglichkeiten kartellartiger Absprachen. Es ist keine Frage, daß sozialistische Eigentumspolitik sich entschieden gegen die Privatisierung von öffentlichen und kommunalen Unternehmen – nicht nur, aber vor allem der Infrastruktur – wenden muß.[31]

Die Argumente, die für die zunehmende Kommunalisierung zum Beispiel der Wasserwirtschaft im 19. Jahrhunderts angeführt werden, sollten nicht vergessen werden. „Die negativen Auswirkungen einer nur an Rentabilkitätsüberlegungen ausgerichteten Wasserversorgung wurden immer offensichtlicher. Überhöhte Preise, heruntergewirtschaftete Anlagen, Nichterschließung ganzer Stadtteile – vor allem der der ärmeren Bevölkerung – konnten von den Kommunen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht mehr hingenommen werden."[32]

2. Der Kooperation als der dem Wettbewerb, der Konkurrenz entegengesetzten Form, in welcher wirtschaftlicher Zusammenhang hergestellt wird, wirtschaftliche Regulation sich vollzieht, kommt wachsende Bedeutung zu.

Auf der einen Seite wird mit geradezu selbstentlarvender Offenherzigkeit, deutlicher als früher, der erbarmungslosen Konkurrenz das Wort geredet. „Konkurrenz ist Krieg" wird verkündet. Ziele, die noch in diesem Jahrhundert Kriegsgründe gewesen sind – wie der verbrecherische Nazislogan „Kampf um Lebensraum" belegte – nämlich die Eroberung von Rohstoffquellen und von Absatzmärkten, werden heute durch wirtschaftliche Konkurrenz verfolgt, in einem zunehmend globalisierten Raum. Diese

Kriegsmetapher hat im neoliberalen Theorie- und Politik-Arsenal zudem einen bestimmten Platz eingenommen: sie dient als Begründung dafür, den Staat direkt in einen „nationalen Wettbewerbsstaat" (Joachim Hirsch) zu verwandeln, ihn in den Dienst der Konkurrenz der global players zu stellen. „Es geht den Anhängern dieser Auffassung vom weltweiten Konkurrenz-Krieg gar nicht darum, den Staaten die Legitimationsformel vom `Sachzwang Weltmarkt` an die Hand zu geben. Die kannten die Regierungen aller kapitalistischen Länder seit jeher und haben sie schon immer bei Gelegenheit gebraucht. Nein, die Neo-Liberalen meinen, was sie sagen. Die Regierungen der parlamentarischen Demokratien sollen endlich gehorchen lernen. Sie sollen sich im internationalen Konkurrenzkampf engagieren, damit sie lernen, sich den Zwängen der Konkurrenz zu fügen." [33]

Auf der anderen Seite gewinnt die Einsicht Raum, daß mehr Kooperation, Konsens, Kompromiß zur Generaltendenz der Konfliktlösungsstrategien werden müssen. „Nicht nur zur Bewältigung beschäftigungspolitischer Problemstellungen, sondern vor allem auch im Bereich der Umweltpolitik, in dem die Kollektivgüterproblematik ein konzertiertes Handeln als einzigen Ausweg aus Dilemmastrukturen kennzeichnet, wird die Manifestierung bzw. Erneuerung von Konsenslösungen als Ausweg aus gesellschaftlichen Krisensituationen angesehen." [34]

## Demokratische Kontrolle

Daß die Kontrolle der Wirtschaftstätigkeit durch die Eigentümer in einer Aktiengesellschaft effizienter sei als in öffentlichen Unternehmen, vermögen nur politische Gestalten wie der Präsident des DIHT dem Volke zu erzählen. Seine Begründung: Die Aktionäre vermögen jederzeit Aufsichtsrat und Vorstand zu verändern; die Steuerzahler als Eigentümer von öffentlichem Eigentum dagegen haben keine Kontrolle über diese Unternehmen.

Das wichtigste wird hier nicht genannt: Kapital und Demokratie folgen unterschiedlichen Prinzipien. „In der Demokratie und im Kapitalismus streben die Meinungen über die richtige Verteilung der Macht weit auseinander. Die eine Form, die Demokratie, glaubt an die politische Gleichberechtigung aller Bürger. Jeder Wähler hat eine Stimme. Die andere Form, der Kapitalismus, glaubt dagegen daran, daß es die Pflicht des wirtschaft-

lich stärkeren sei, den Leistungsunfähigeren in den wirtschaftlichen Ruin zu treiben. Das Kernstück der kapitalistischen Effektivität ist schließlich das darwinistische 'Recht des „Stärkeren' und eine ungleichmäßige Verteilung der Kaufkraft."[35] Bislang war der Wohlfahrtsstaat, war vor allem die „soziale Mitte", die in relativem Wohlstand lebende „zufriedene" (Wähler) Mehrheit der Bevölkerung, die „Pufferzone zwischen Kapitalismus und Demokratie.", der soziale und politische Kitt, der diesen Gegensatz aushielt, die Gesellschaft zusammenhielt. Fällt die weg, wird diese Mitte polarisiert, zerrieben, erwachse aus der Differenz zwischen Kapitalismus und Demokratie „eine riesige Bruchstelle, die ein gewaltiges Erdbeben verursachen könnte."[36]

Die Kläger vor dem Bundesverfassungsgericht, die sich gegen das Mitbestimmungsgesetz mit dem Argument wandten, daß dies eine Einschränkung von Eigentümerrechten sei, folgten der in dieser Gesellschaft vorherrschenden und im liberal-konservativen Lager allein-herrschenden Vorstellungen von Eigentum.

Diese Mitbestimmungsgesetze konnten, so wichtig sie sind, auch nichts entscheidendes daran ändern, daß alles in allem der Bereich der Wirtschaft sich immer noch in einem eher *vor*demokratischen Stadium befindet. „Die gegenwärtige Arbeitsverhältnisgestaltung... ist in vielerlei Hinsiucht vormodern, undemokratisch, patriarchalisch und diskriminierend."[37] Den Beschäftigten wird im Betrieb, innerhalb ihres Arbeitsverhältnisses, der Bürgerstatus weitgehend vorenthalten; hinsichtlich der Meinngs-, Presse-, Gewissens-, Koalitions - und Berufsfreiheit ist der Betrieb eine „einseitige Grundrechtssphäre des Arbeitgebers"[38]

## Öffentliches Eigentum steht für die „Ökonomie des ganzen Hauses"

Das ist das entscheidende: Öffentliches Eigentum ist nicht an die Begrenzungen nur betriebswirtschaftlicher, einzelunternehmerischer Rationalität gebunden, die nicht nur neben wirtschaftlicher Vergeudung im gesamtgesellschaftlichen Maßstab existiert, sondern auch deren wichtigster Verursacher ist. Öffentliches Eigentum steht für gesamtwirtschaftliche Vernunft in einem weiten Zeithorizont. „Aus der Geschichte, beispielweise Ägyptens und Roms, geht eindeutig hervor, daß es den Menschen über Tausende von Jahren gelungen ist, ein Interesse am Gemeinwesen aufrechtzuerhalten, das

langfristig stärker war als das Interesse des Individuums an seinem eigenen kurzfristigen Wohlergehen."[39] Kurzfristige Zeithorizonte seien keineswegs genetisch fixiert. Die Verkürzung der Zeithorizonte werde in den kapitalistischen Gesellschaften gefordert durch das parlamentarische System, das Kapitalinteresse, durch den wachsenden Anteil älterer Menschen, durch soziale Sicherungssysteme, durch Auflösung der Familienbande, Konsumentenkredite, durch Möglichkeiten der Verscherbelung des Nettovermögens, durch Präferierung der Konsumtion durch das Steuersystem.

„Als Einzelgeneration gesehen trifft jede für sich die nach kapitalistischen Gesichtspunkten richtige Entscheidung. In ihrer Gesamtheit führen diese Entscheidungen jedoch in den kollektiven Selbstmord."[40] Warum sind das Inka-Reich, die Kultur der Mauren in Spanien versunken? fragt Lester Thurow. Weil sie die öffentlichen Bewässerungssysteme nicht mehr pflegten, ist seine Antwort. Ohne ein bestimmtes Ausmaß des öffentlichen Sektors kann eine Wirtschaft überhaupt nicht effektiv funktionieren, auch nicht die kapitalistische. „Wenn aber der öffentliche Sektor über einen bestimmten Punkt hinaus schrumpft, zerbrechen auch die Strebebogen, und mit ihnen versinkt die Kathedrale der Privatwirtschaft."[41]

Nachhaltigkeit aber stellt Gesamtvernunft, an langen Zeithorizonten orientiert, vor neue Herausforderungen, macht sie zur sine qua non für Zukunftsfähigkeit.

*Die Linken dürfen die Idee des Gemeineigentums nicht aufgeben!*

Politische Ideen, die die Idee des Gemeineigentums ablehnen, das Privateigentum grundsätzlich befürworten, sollten sich nicht sozialistisch nennen. Und sozialistische Bewegungen sollten, soweit es die politische Strategie betrifft, die Frage nach der Dominanz von Privateigentum oder Gemeineigentum in der Zukunft zumindest offenlassen, dem politischen Lern- und Suchprozeß unterworfen werden.

Dies muß auch einschließen, die in der sozialistischen, vornehmlich Marxschen Tradition entstandenen Begründungen dieser Idee des Gemeineigentums gegen ihre heutigen Widersacher zu verteidigen.

Erstens bedeutet das, Eigentum als eine „kulturelle Schöpfung des Menschen"[42] und nicht als eine dem Menschen von Natur aus zugehörige, als eine anthropogene, genetisch fixierte und damit naturrechtlich zu erklärende Erscheinung anzusehen, wie das klassische Plädoyer für das Privateigentum lautet.

Allerdings wird die Auffassung vom Eigentum als einer kulturellen Schöpfung auch von Autoren bekräftigt, die Privateigentum an den Wirtschaftsgütern dem Gemeineigentum vorziehen. Es könne – so Immanuel Kant – „nur im bürgerlichen Zustand ein äußeres Mein und Dein geben"; der bürgerliche Zustand aber ist der des Lebens unter Rechtsgesetzen, von Menschen gemachten Gesetzen. Eigentumsrechte gehören nach Kant zu den abgeleiteten, den „Tochterrechten", und nicht – wie die Freiheit des Menschen – zu den „ursprünglichen" Rechten. Etwas anderes sei, so Karl Albrecht Schachtschneider, der entschieden die republikanische Auffassung von Rousseau und Kant vertritt, die zu verwirklichende „weitestgehende Privatheit (als) ... eine praktische Notwendigkeit des gemeinsamen Lebens."[43] Jedenfalls ließe sich Unternehmensfreiheit nicht auf ein besonderes Grundrecht stützen. Dies bedeute auch: „Die Früchte der Unternehmer können von dem Gemeinwesen weitestgehend (wenn sie die unternehmerische Tätigkeit nicht erdrosseln) in Anspruch genommen werden... Die jeweilige Grenzziehung zwischen unternehmerischer Privatheit und staatlicher Ignoranz durch Gesetz, also zwischen privatem Willkürrecht und staatlicher Kompetenz zur Gemeinwohlverwirklichung ist allein eine Frage der praktischen Vernunft, wenn man so will, der Verhältnismäßigkeit, der Zweckmäßigkeit also, somit eine Frage der Politik. Grundrechte, jedenfalls in dem lebenswichtigen Bereich der Wirtschaft, die der Politik für das gemeinsame Wohl Kompetenzen verwehren können, sind Illusion"[44]

Natürlich schließt dies zugleich ein bestimmtes Bild vom Menschen ein: Ist der Mensch von Natur aus egoistisch, selbstsüchtig, und ist er in dieser Natur nicht oder kaum veränderbar? Wenn dies angenommen wird, dann erscheint die Vorstellung einsichtig und zwingend, daß das Privateigentum die dem Menschen angemessene, aus seiner Natur sich ergebende Eigentumsform ist, die einer weiteren Begründung eigentlich nicht bedürfe. Solche weiteren Begründungen werden indes reichlich gegeben.[45]

Hinter dem „Ego" und dem Privateigentum stehe der Selbsterhaltungstrieb; das ihm zugehörige Bedürfnis nach Sicherheit, Geborgenheit und Angstfreiheit verlange angesichts der biologischen Ungeschütztheit des Menschen nach privatem Eigentum; ebenso das Verlangen nach Selbstverfügung und Selbsterweiterung biologischer menschlicher Kräfte, die naturgegebene „Ich-Identität" eben.

Hinter dem natürlichen Bereicherungstrieb stehe das für alle Naturwesen

und eben auch für die menschliche Anpassung an seine äußeren Lebensbedingungen unentbehrliche natürliche Prinzip, in einer von Knappheiten aller Art bestimmten Umgebung die Existenzmittel mit geringstem Kraftaufwand zu gewinnen. Für den Menschen bedeute dies, bewußt die Maximierung des Nutzens und die Minimierung des Aufwands anzustreben. „Stets also folgen sie (die Menschen – H. N.) dem sogenannten `Wirtschaftlichen Prinzip`"[46] Vom „Wirtschaftlichen Prinzip" zum „Erwerbsprinzip", zum „Gewinn-/Verlust-Prinzip" und von diesen Prinzipien zum Privateigentum führt für die Liberalen ein gerader Weg ohne jede Abzweigungen.

Sicher ist das Streben nach dem „guten Leben" , nach Bereicherung des Lebens eine unausrottbare Gattungseigenschaft des Menschen; die Vorstellungen vom „guten Leben" und von Bereicherung des Lebens sind aber keineswegs unbedingt diejenigen, die die kapitalistisch-marktwirtschaftliche Kultur, auch über brutale Sozialisationsvorgänge dem Menschen anerzogen hat. Nachhaltige Entwicklung und die ihnen entsprechenden Leitbilder für Lebensweise und Kultur sind mit der kapitalistischen Ausdeutung des anthropogenen Potentials durchaus unvereinbar.

Zweitens sollte die typische Gedankenfolge des Liberalismus - die naturrechtliche Begründung des Privateigentums als wesentliches Moment der Freiheit des Individuums und das Streben nach individuellem Vorteil als der der menschlichen Natur entsprechende Weg zu selbstbestimmtem Leben und zugleich als der beste Weg zum Gemeinwohl – keineswegs als zwingende Folge der Ideen der Aufklärung, wie sie in der US-amerikanischen Verfassung, in der Erklärung der Menschenrechte von 1789 und den Deklarationen und Konventionen über die allgemeinen Menschenrechte durch die Vereinten Nationen beurkundet sind, akzeptiert werden.

Es gibt durchaus auch andere naturrechtlich begründbare, konsequent humanistische Auslegung der Ideen der bürgerlichen Aufklärung, die nicht für das Privateigentum, sondern für das Gemeineigentum sprechen. „Denn als Kapitalismus und bürgerliche Demokratie damit begannen, sich erfolgreich gegen feudale Verschwendung und Fürstenstaat durchzusetzen, ist im Rahmen der Naturrechtsphilosophie die Grundlage für folgende Überlegung zum Thema Arbeit und Eigentum entstanden: Jeder Mensch hat ein Eigentum an seinem Körper und folglich auch ein Eigentum an dem, was er in Kombination seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten schafft. Nun erzeugen Menschen durch ihre Arbeit mehr, als sie zu ihrem Erhalt ver-

brauchen. Folglich gehört ihnen nicht nur, was sie zum Leben benötigen: sie sind auch Eigentümer des Überschusses, den sie erzeugen. Sie sind die Eigentümer des gesamten Produkts, aller Ergebnisse ihrer produktiven Tätigkeit, weil sie die Eigentümer ihres Körpers sind: denn schließlich sind sie weder Sklaven noch Leibeigene. ... Vorherrschenden Vorstellungen entsprechend hat der Eigentümer das Recht, über sein Eigentum frei zu verfügen. Die Arbeiter als kollektive Eigentümer ihrer Erzeugnisse müßten demnach gemeinsam über ihr Eigentum entscheiden – und darin vor allem über die Verwendung des von ihnen erzeugten Überschusses."[47]

Für Peter Ruben ist die „Frage nach dem Sozialismus identisch mit der nach der ökonomischen Persönlichkeit" Folglich lautet für ihn die „Gretchenfrage: Wie halten wir es mit dem persönlichen Unternehmertum?"[48]

Hier wird eben die Gegensätzlichkeit in der Vorstellung von Freiheit und Eigentum deutlich: Für den Liberalismus ist die „Freiheit des Eigentums" als Moment der Freiheit des Menschen immer zwangsläufig die Freiheit des Unternehmers. „Wie halten wir es mit dem persönlichen Unternehmertum?" ist für ihn tatsächlich die Gretchenfrage. Der Sozialismus dagegen beruht auf der Idee, daß das gleiche Recht aller, Unternehmer zu werden, nicht ausreichend ist, um soziale Gerechtigkeit herbeizuführen. Es können nicht alle Unternehmer werden. Auch die vom schlechten sozialen Gewissen zeugenden Bestrebungen, alle „Arbeitnehmer" über Investivlohn oder Volksaktie in „Kapitaleigner" zu verwandeln, wird aus dem Dilemma nicht herausführen, für dessen Auflösung der Sozialismus die Formel längst gefunden hat: Gemeineigentum. Gemeinschaftliches Eigentum ist der einzige Weg, soziale Gleichheit in ökonomischem Sinne herbeizuführen; es ist, nach Marx, mit dem Leistungsprinzip, der Abhängigkeit persönlichen Eigentums von der persönlichen Leistung, durchaus vereinbar.

Drittens. Sozialistisches Weltverständnis muß darauf beharren, daß Privateigentum, soweit es über die Notwendigkeiten der „Privatheit der Lebensführung" in Räumen hinausreicht, in denen eine fruchtbare Wechselwirkung von Individualität und Gemeinschaftlichkeit möglich ist, eine Reduzierung der für das gute Leben des einzelnen nötigen Räume bedeutet, eine Einschränkung seiner Individualität, eine Beraubung persönlichkeitsbereichernder Potenzen. Nur im materialen Zusammenwirken, im ideellen Zusammenhang mit anderen ist Individualität entfaltbar. Deshalb ist „der Begriff des Privaten in seinem ursprünglich privativem Sinne" auf „die vielfältige

Bedeutung des öffentlichen Raumes (bezogen). Nur ein Privatleben führen heißt in erster Linie, in einem Zustand zu leben, in dem man bestimmter, wesentlich menschlicher Dinge beraubt ist. Beraubt nämlich der Wirklichkeit, die durch das Gesehen- und Gehörtwerden entsteht, beraubt einer 'objektiven', d. h. gegenständlichen Beziehung zu anderen, die sich nur dort ergeben kann, wo die Menschen durch Vermittlung einer gemeinsamen Dingwelt von anderen zugleich getrennt und mit ihnen verbunden sind, beraubt schließlich der Möglichkeit, etwas zu leisten, was beständiger ist als das Leben. Der privative Charakter des Privaten liegt in der Abwesenheit des anderen; was diese anderen betrifft, so tritt der Privatmensch nicht in Erscheinung, und es ist, als gäbe es ihn gar nicht. Was er tut oder läßt, bleibt ohne Bedeutung, hat keine Folgen, und was ihn angeht, geht niemanden sonst an." [49]

Persönliche Freiheit, die nötige Privatheit im Sinne von Selbstbestimmtheit der eigenen Lebensführung verlangen freien persönlichen Zugang zu den hierfür nötigen äußeren Mitteln, d. h. auch privates – den Zugang für andere ausschließendes – Eigentum für den persönlichen Gebrauch. Und auch das nicht immer und unbedingt: Gemeinschaftseinrichtungen – gemeinschaftliche Nutzung von Autos oder Waschmaschinen – werden sich auch hier als zunehmend sinnvoller, weil den Leitbildern einer nachhaltigen Entwicklung mehr entsprechenden Lebensweise erweisen. Der Kult dieses Privateigentums, hemmungslose Privatisierung, zerstören nicht nur den öffentlichen Raum, sondern auch den privaten Raum für das gute Leben aller, denn sie sind der Nährboden für Gleichgültigkeit dem Schicksale der anderen gegenüber, für Zynismus und Brutalität, für Auflösung ethischer und sozialer Bindungen, für zunehmende Irrationalität im gesellschaftlichem Raum und zunehmendem emotionalem Elend der Menschen. „In der modernen Welt haben diese Beraubungen und der ihnen inhärente Realitätsverlust zu jener Verlassenheit geführt, die nachgerade ein Massenphänomen geworden ist, in welchem menschliche Beziehungslosigkeit sich in ihrer extremsten und unmenschlichsten Form äußert." [50]

Keine politisch-soziale Bewegung ist von ihren Interessen, ihren Traditionen, ihrer Kultur in einem solchen Maße befähigt und verpflichtet, die Idee des schwierigen Zusammenhangs von Gemeinschaftlichkeit und Individualität, der Solidarität wie der freien Entfaltung von Individualität, des Strebens nach dem guten Leben für *jeden einzelnen, in der Gemeinschaft*, zu verfechten wie die sozialistische Bewegung.

## Anmerkungen

1 Zum Gemeineigentum – richtiger: gemeinschaftlichem Eigentum – werden hier alle Formen des Eigentums gerechnet, die nicht Privateigentum sind, auch genossenschaftliches Eigentum, das üblicherweise nicht als Gemeineigentum aufgefaßt wird. Die Einengung des Begriffs vom Gemeineigentum auf Eigentum, das „allen" gehört, wonach letztlich nur eine Art „Welteigentum" übrigbleibt und selbst Nationaleigentum als Privateigentum ausgegeben wird, verschleiert zumindest den Gehalt der Kontroverse um Privat- und Gemeineigentum heute. Zum Privateigentum werden hier alle Formen des Eigentums gerechnet, welche eine durch das Eigentumsverhältnis bedingte unterschiedliche individuelle Aneignung bedeuten; also nicht nur individuelles, sondern auch korporatives Eigentum, wie alle Formen von Personen- und Kapitalgesellschaften, welche mitunter als Formen (graduell unterschiedlich) vergesellschafteten, gemeinschaftlichen Eigentums aufgefaßt werden. Für gemeinschaftliches Eigentum in diesem Sinne gilt: Alle Eigentümer sind in allen Eigentumsrechten gleich auch in dem Sinne, daß es keine unterschiedlichen Anteile am Eigentum gibt. Das gilt auch (im wesentlichen) für Genossenschaftsmitglieder; als Eigentümer sind sie gleich; die Verteilung nach der Leistung bleibt hiervon unberührt. Die Hauptform gemeinschaftlichen Eigentums ist öffentliches Eigentum: Bundes-, Landes- und kommunales Eigentum; auch dann wenn öffentliche Unternehmen privatwirtschaftlich betrieben werden. Öffentliche Unternehmen sind nach EU-Recht alle Unternehmen, auf die die öffentliche Hand auf Grund Eigentums, finanzieller Beteiligung, Satzung oder sonstiger Bestimmungen, die die Tätigkeit des Unternehmens regeln, unmittelbar oder mittelbar einen beherrschenden Einfluß ausüben kann.

2 Peter Ruben: In der Krise des Marxismus. Versuch einer Besinnung; Initial. Berliner Debatte. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs. Heft 3/1993, S. 77.

3 Peter Ruben: Die kommunistische Idee, die Arbeiter und die Nation. Neues Deutschland v. 10./11. Dezember 1994, S. 10.

4 Peter Ruben: Was ist Sozialismus? Vom Verhältnis von Gemein- und Personeneigentum an den Produktionsmitteln. Initial, Heft 2 / 1990 S. 121.

5 Ebenda

6 Rosemarie Will: Eigentumstransformation unter dem Grundgesetz. Initial. Berliner Debatte. Heft 4 / 1996, S. 32.

7 Karl Albrecht Schachtschneider unter Mitarbeit von Olaf Gast: Sozialistische Schulden nach der Revolution. Kritik der Altschuldenpolitik. Ein Beitrag zur Lehre von Recht und Unrecht. Schriften zum Öffentlichen Recht, Band 692. Duncker & Humblot, Berlin 1996, S. 21.

8 Karl Albrecht Schachtschneider: Res publica res populi, a. a. O., S. 51.

9 Ebenda, S. 1025.

10 Hans Herbert von Arnim: Staat ohne Diener. Was schert die Politiker das Wohl des Volkes? Verlegt bei Kindler 1993.

11 Karl Albrecht Schachtschneider: Res publica res Populi, a. a. O., S. 419.

12 Die These, daß es sich hier um eine Ablösung des Privatkapitals durch „Gesellschaftskapital" (Hans Wagner) handle, halte ich nicht für richtig. Aktiengesellschaften sind privates Eigentum, weil die Früchte und auch die Verfügungsrechte – wenn auch vermittelt und durch Staatseinfluß moduliert – in den Händen von Privatpersonen, natürlichen Personen, verbleiben.

13 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, MEW, Bd. 25, S. 454.
14 Harry Nick: Gesellschaft und Betrieb im Sozialismus. Verlag Die Wirtschaft Berlin 1970, S. 70–76.
15 Diese Ursachengruppierung erleichtert es mir zugleich, meine heutigen Auffassungen zu diesem Gegenstande mit denen zu DDR-Zeiten zu vergleichen: In den Punkten 1 und 2 habe ich meine Auffassungen nicht geändert, dies aber auch früher deutlich und mehrfach geäußert, was allerdings praktisch wie wissenschaftlich folgenlos blieb; in den Punkten 3 und 4 bin ich heute anderer Meinung. Vor allem habe ich den Zusammenhang zwischen politischem Systerm und der Verweigerung der relativen Autonomie der Betriebe mehr und mehr geahnt, aber nie akzeptiert.
16 Harry Nick: Probleme der Vervollkommnung der gesellschaftlichen Leitung des wissenschaftlich-technischen .Fortschritts. Referat auf der 3. Tagung der Ökonomenkommission DDR-UdSSR. Wirtschaftswissenschaft, Heft 4/1978 S. 417.
17 Ebenda, S. 416.
18 Fritz Machlup: Die wirtschaftlichen Grundlagen des Patentrechts (3.Teil) In : GRUR 1961, Nr. 11, S. 537.
19 Eduard Cointreau: Privatisierung, Alternativen zur Staatswirtschaft, ECON Verlag, Düsseldorf-Wien-New York, 1987, S. 15f.
20 Andersen/Bahro/Grosser/Lange: Der Staat in der Wirtschaft der Bundesrepublik, Opladen 1985, S. 343f.
21 Ebenda, S. 345.
22 Ebenda, S. 348.
23 Ulrich Scheele: Privatisierung von Infrastruktur. Möglichkeiten und Alternativen. Bund Verlag 1993, S. 249.
24 Hans Peter Stihl: Echte Privatisierung statt Rekommunalisierung. SIEG TECH 19/97, S. 12.
25 Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Francke Verlag Tübingen und Basel, 1993, S. 230.
26 Günter Ogger: Nieten in Nadelstreifen. Deutschlands Manager im Zwielicht. Droemer & Knaur, München 1992, S. 13.
27 Ebenda, S. 17.
28 Joseph A. Schumpeter: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, a. a. O., S. 254.
29 Ebenda, S. 255.
30 Ebenda, S. 260.
31 „Man kann zusammenfassend festhalten, daß die ökonomisch-technischen Charakteristika von Infrastruktur zwar für hoheitliche Interventionen des Staates sprechen, jedoch zwangsläufig nicht dafür, daß das Angebot auch tatsächlich von öffentlichen Unternehmen und Institutionen angeboten werden muß" heißt es in dem Buche von Ulrich Scheele „Privatisierung von Infrastruktur" (S. 31) Überzeugende Argumente für eine Privatisierung finden sich in diesem Buche aber auch nicht.
32 G. Ambrosius: Die wirtschaftliche Entwicklung von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken: in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 47: Kommunale Unrernehmen, Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1987, S. 127.
33 Michael M. Krätke: Standortkonkurrenz – Realität und Rhetorik. In: Ökonomie ohne Arbeit – Arbeit ohne Ökonomie? Offizin Verlag, Hannover 1997, S. 50.
34 Dorothee Becker Soest/Rüdiger Wink: Kooperation in einer marktwirtschaftlichen Umweltpolitik. Ökologisches Wirtschaften, Heft 2/1997, S. 8.

35 Lester C. Thurow: Die Zukunft des Kapitalismus. Metropolitan Verlag Düsseldorf München 1996, S. 457.
36 Ebenda.
37 H. Matthies/ U. Mückenberger/C. Offe/E. Peter/S. Raasch: Arbeit 2000. Anforderungen an eine Neugestaltung der Arbeitswelt – Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung, Reinbek bei Hamburg, 1994, S. 390.
38 Ebenda, S. 37.
39 Lester C. Thurow: Die Zukunft des Kapitalismus. Metropolitan Verlag Düsseldorf München 1996, S. 434.
40 Ebenda, S. 445.
41 Ebenda, S. 449.
42 Hartmut Michel: Eigentumspolitik. Voraussetzungen und Wirkungen aus psychologischer Sicht, Tübingen 1962, S. 36.
43 Karl Albrecht Schachtschneider: Res publica res populi., S. 378, 384.
44 Ebenda, S. 395.
45 „Bereits die territorialen Ansprüche unserer ältesten Vorfahren, der Jäger und Sammler, zeugen von dem Bedürfnis des Menschen nach Eigentum. Wenn man will, kann man sogar noch einen weiteren Schritt zurückgehen, bis zu unserem vormenschlichen Erbe: Sehr viele Tiere beanspruchen, ob als Einzelgänger oder für ihre Gruppe, einen bestimmten Ausschnitt des Gesamtlebensraumes für sich. Sie markieren und verteidigen ihn als Revier gegen die intraspezifische Konkurrenz." So beginnt das Vortwort zur Schrift: Die Bedeutung des Eigentums in unserer Gesellschaft, herausgegeben von Hubertus Löffler, Schriftenreihe Akademie Report der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. 1995.
46 Walter Eucken: Die Grundlagen der Nationalökonomie. Godesberg 1947, S. 328.
47 Herbert Schui: Ökonomische Grundprobleme des entwickelten Kapitalismus. Distel Verlag. Heilbronn 1991, S. 17f.
48 Ebenda
49 Hannah Arendt: Vita activa oder vom tätigen Leben. R. Piper &Co Verlag, München 1989, S. 58.
50 Ebenda.

*Wirtschafts- und Sozialgeschichte*

Arno Donda

# Eine vergleichende Analyse der amtlichen Statistik der BRD und der DDR*

Zu einem solchen Versuche einer vergleichenden Analyse der amtlichen BRD- und DDR-Statistik fühle ich mich geradezu verpflichtet: schließlich war ich über 25 Jahre Leiter bzw. Präsident der Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR, vorher viele Jahre Hochschullehrer auf diesem Gebiet, Direktor des Instituts für Statistik an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst. Ich meine, daß ich manchen Vereinfachungen, gelinde gesagt, in den zahlreichen Veröffentlichungen vor allem über Validität der DDR-Statistik nach der Wende, darunter auch von Mitarbeitern des Statistischen Bundesamtes, begegnen kann. Und ich glaube durchaus, daß solcher Vergleich für die statistische Arbeit heute anregend sein kann.

## Zur Erfassung und Aufbereitung der Daten

Die Qualität jeglicher Statistik steigt und sinkt mit der Qualität ihrer Datenbasis. In dieser Hinsicht war es in der DDR-Statistik ohne jeden Zweifel besser bestellt als in der BRD-Statistik. In der DDR waren Erfassung und Aufbereitung der Daten nach einheitlichen Definitionen auf allen Gebieten ohne Einschränkung gewährleistet. Dies wurde auch regelmäßig kontrolliert.[1] Vergleichbares gibt es in der Statistik der BRD nicht. Dem Statistischen Bundesamt ist es nicht gestattet, Kontrollen über die Einhaltung von Einheitlichkeit und Richtigkeit der Datenerhebung anzuordnen oder vorzunehmen. Begründet wird dies mit dem föderalen Prinzip. Jedes einzelne Landesamt für Statistik kann selber festlegen, wann eine Bundesstatistik aufbereitet ist, unabhängig davon, ob alle Berichtspflichtigen in die Erfassung auch wirklich einbezogen waren. Das Statistische Bundesamt selber

* Vortrag, gehalten in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 16. November 1995.

weiß nicht, wieviel Prozent der Berichtspflichtigen tatsächlich erfaßt wurden, welcher Teil der Angaben durch die Landesämter über eigne Schätzungen hinzugefügt wurden. Eine korrekte Arbeit ist so natürlich nicht möglich. Eine solche Situation gab es nicht einmal im deutschen Kaiserreich und gibt es heute in keinem anderen entwickelten Land. Diese Verhältnisse unterscheiden sich auch von denen in den USA, die gewiß keiner Belehrung über föderale Strukturen bedürfen. Kompetente Statistiker der BRD sehen das ähnlich. So war vom langjährigen Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, Hölder, im Handelsblatt v. 6./7. August 1993 zu lesen: „Bei der amtlichen Statistik handele es sich ... nicht um ein Politikfeld, in welchem unterschiedliche landesspezifische Entscheidungen zulässig oder wünschenswert seien."

An Universitäten in den alten Bundesländern wurde mir in diesem Zusammenhang entgegengehalten: Für eine gute Statistik wäre das schon richtig, aber solche Art der Datenerfassung sei doch auch ein Eingriff in die Privatssphäre bzw. in das Betriebsgeheimnis. Es ist doch aber nicht zu übersehen, daß dieser Staat Bundesrepublik nicht nur förderalistisch, sondern durchaus auch zentralistisch gestaltet ist, wo es ihm notwendig erscheint. Ich denke hier durchaus nicht nur an Außenbeziehungen, Militärwesen, Zoll usw., sondern im besonderen auch an das Finanz- und Steuerwesen und den Arbeitsmarkt. Hier haben wir striktesten Zentralismus: Über Hundesteuer mag das Land entscheiden, aber über rund 90% der Steuereinnahmen verfügt der Bund.

Und in den Betrieben aller Branchen kontrollieren eine wachsende Zahl von Mitarbeitern der zentralgeleiteten Arbeitsämter (zu Recht) z. B. die Papiere der Beschäftigten und Tausende von Mitarbeitern der ebenfalls zentralgeleiteten Finanzämter kontrollieren praktisch jede Rechnung und jeden innerbetrieblichen Beleg eines Betriebes. Deswegen, weil es hier um die Einnahmen des Staates geht. Aber ähnliche Kontrollen über die Wahrhaftigkeit der statistischen Angaben sind tabu, obwohl anerkanntermaßen diese Angaben für die Leitung eines Staates unerläßlich sind. Hier gibt es ein großes Manko der BRD-Statistik, das zu bewerten nicht sehr lang aufgeschoben werden kann.

**Datenbanken**

Selbstverständlich verfügt die amtliche Statistik der BRD über Datenbanken, aber nicht als tragendes Gerüst, nicht über alle Ebenen, nicht verbunden und koordiniert zwischen den Bereichen. Auf diesem Gebiet ist die bundesdeutsche amtliche Statistik Jahrzehnte hinter dem zurück, was in der DDR, aber auch in anderen Ländern, erreicht wurde. Dazu trug auch das unglückliche Verbot der Volkszählung durch das Bundesverfassungsgericht bei.

Es war in der DDR durch Ministerratsbeschlüsse geregelt, daß es keine Volkszählung im herkömmlichen Sinne mehr gab – weil sie nicht mehr nötig war. Denn es bestanden sehr leistungsfähige Einwohnerdatenspeicher (Personendatenbanken) in jedem Bezirk, einheitlich organisiert und geführt; höchstens 4 Wochen nach dem Ende jedes Monats lagen die Ergebnisse vor.

Ebenso gab es für jeden Bezirk eine Datenbank Wohnungspolitik, in der alle Wohnungen mit ihren Merkmalen erfaßt waren. Auch hier waren hohe Aktualität und Zuverlässigkeit gesichert. Diese beiden Datenbanken wurden durch das Statistische Amt der DDR einschließlich seiner Regionalstellen organisiert. Darüber hinaus stand 1989 ein branchenweis organisiertes Netz von Arbeitskräfte-Datenbanken kurz vor der Vollendung, geführt durch das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt. Technisch betrieben wurden alle diese Datenbanken in den Betrieben des Kombinates für Datenverarbeitung, das dem Statistischem Amt unterstand. In jedem Bezirk bestand mindestens ein Betrieb des Kombinats für Datenverarbeitung.

Diese drei Datenbanken waren so konstruiert, daß ihre Daten verknüpft werden konnten, und zwar über die Personenkennzahl. Damit hätten ab Anfang der 90er Jahre praktisch beliebig oft Volkszählungsergebnisse für die Republik insgesamt oder für beliebige administrative Einheiten erarbeitet werden können. Die Ergebnisse hätten zirka 6 Wochen nach Stichtag bzw. Äußerung des Bedarfs vorgelegen, und das alles, ohne die Bevölkerung zu behelligen und ein großes Heer von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern auszubilden und zu bezahlen.

Diese Datenbanken wurden vielfach mit Erfolg genutzt. Selbst zur Bundestagswahl 1990 wurden im Beitrittsgebiet wichtige Wahlunterlagen

bis zu den Wahlbenachrichtigungskarten durch die Einwohnerdatenspeicher erarbeitet. Auch für die Einberufung zur Bundeswehr wurden auf dieser Grundlage im Beitrittsgebiet die erforderlichen Angaben gewonnen. Viele Beteiligte fanden diese Arbeitsmöglichkeit recht ordentlich. Aber auch hier war der ängstlich bis empörte Zwischenruf zu vernehmen: Damit werde das Recht auf informationelle Selbstbestimmung abgeschafft, der gläserne Mensch zum Staatsziel gemacht. In einer nicht kleinen Anzahl von hochentwickelten Ländern, z. B. den skandinavischen Ländern, sieht man dieses Problem viel gelassener und geht rationelle und billige Wege, um zu benötigten demographischen und ökonomischen Informationen zu kommen.

1984 habe ich mir das System der finnischen Einwohnerdatenspeicher (Bevölkerungsregister) genauer angeschaut. Es gab keine Ablehnung in der Bevölkerung. Alles geschah öffentlich. In jedem Jahr erhielt jeder Haushalt einen Ausdruck aus dieser Datenbank mit dem Vermerk, daß man ihnen jetzt die Angaben, die im Bevölkerungsregister abgespeichert sind, übermittele, für alle im Haushalt lebenden Personen. In diesem Zusammenhang wurde um Prüfung sowie gegebenenfalls um Korrektur der Daten gebeten. Das ist doch in der Tat phantastisch: nicht nur jährliche Offenlegung, sondern auch Überprüfung der Richtigkeit der abgespeicherten Angaben durch die betreffenden Personen.

Ähnlich sieht es in Schweden und Dänemark aus. Dänemark hat bereits in den achtziger Jahren die Volkszählung als Computerzählung durchgeführt. Ich will damit unterstreichen, daß wir in der DDR nicht einer spleenigen Idee aufgesessen sind, sondern im zwei- und mehrseitigen Erfahrungs- und Meinungsaustausch, darunter auch in Gremien der UNO und des Internationalen Statistischen Institutes, neue Lösungen auf der Basis moderner Technologie praxisreif entwickelt und weitgehend zur Anwendung geführt haben.

Ein System von Datenbanken wurde in der DDR auch für alle Wirtschaftsbereiche und viele Querschnittsgebiete, wie z. B. Grundmittelbestand (Investitionsobjekte), geschaffen und genutzt. Das ermöglichte über schnelle und umfassende Vollständigkeits- und Plausibilitätskontrollen eine hohe Aktualität und Zuverlässigkeit der statistischen Informationen; außerdem wurde eine vertiefte Analyse des reichhaltigen Zahlenmaterials erreicht.

Als Beispiel für die Vorlagefristen von statistischen Informationen einige Angaben, die sowohl für die Republik- als auch für Bezirks und Kreisergebnisse galten: Monatsergebnisse und Angaben für die Zeit seit Jahresbeginn wurden an den Verteiler ausgeliefert

| | vorläufige Ergebnisse | endgültige Ergebnisse |
|---|---|---|
| | 3. Werktag des Nachmonats | 6. Werktag des Nachmonats |
| – Industrieproduktion | | 8 Uhr |
| – gebaute Wohnungen | * | * |
| – Bauproduktion | * | * |
| – Arbeitskräfte | * | * |
| – Investitionen | * | * |
| – fertiggestellte Investitionen | * | * |
| – Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse | * | * |
| – Einzelhandelsumsatz | * | * |
| – Umsatz und Bestand im Großhandel | * | * |

Bekanntlich liegen vergleichbare Vorlagefristen in der Bundesstatistik bestenfalls um Wochen, teilweise um Monate – später. Unter den geschilderten Bedingungen ist keine grundsätzliche Veränderung möglich. Darum entwickeln Unternehmensverbände im wachsenden Maße eigene Statistiksysteme.

## Die beginnende Ablösung des Fragebogens

Bereits in den siebziger Jahren hat das Statistische Amt der DDR begonnen, systematisch statistische Fragebögen abzulösen. Maßgeblich hierfür war nicht in erster Linie die Papiereinsparung, sondern die Rationalisierung der statistischen Erhebungen. Diese Arbeiten wurden in mehreren Bereichen der Wirtschaft gleichzeitig begonnen. Mitte der achtziger Jahre war folgender Stand erreicht:

- In der Industrie wurden monatliche Berichterstattungen über die Produktion (wertmäßig und ausgewählte Erzeugnisse), den Absatz, die Vertragserfüllung, den Vertragsstand für den ersten und zweiten Folgemo-

nat, den Export, die Arbeitskräfte u. a. von vielen Betrieben und einigen Kombinaten für alle ihre Betriebe auf Magnetbändern übergeben bzw. mittels Datenfernbertragung an die Datenverarbeitungsbetriebe im Bereich des Statistischen Amtes übermittelt. Die Zahl dieser Betriebe und Kombinate wuchs von Jahr zu Jahr. Aber auch für über 80% des Grundmittelbestandes der Industrie wurden nach diesem Prinzip jährlich die Angaben von den Betrieben bzw. von den Kombinaten an die amtliche Statistik geliefert.

- Das gleiche geschah auch für die monatlichen Meldungen durch die Kombinate, die für die Sekundärrohstoffe (Altstoffe), das heißt für deren Erfassung, Weiterverwertung bzw. Entsorgung zuständig waren.
  Diese „präzise" Arbeit der Statistik muß allerdings als ein Moment der hypertrophischen Zentralisierung der Wirtschaftsleitung in der DDR gewertet werden, die für eine moderne Statistik keinen Nachahmenswert besitzt.
- Das Paradebeispiel für die Ablösung des Fragebogens war der Großhandel mit Konsumgütern. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen Statistischem Amt und dem Binnenhandelsministerium wurde in gemeinsamer, mehrjähriger Arbeit praktisch jegliche papiergebundene statistische Berichterstattung abgeschafft, auch und vor allem für den Wareneingang, den Warenbestand und den Absatz. Die monatliche Zusammenfassung erfolgte für mehrere Hundert Waren bzw. Warengruppen. Bei Bedarf war ohne nennenswerte Mehrarbeit eine Erweiterung auf Tausende von Waren- bzw. Warengruppen möglich. Das fußte darauf, daß alle Großhandelsbetriebe für Konsumgüter nach einheitlichen EDV-Programmen (die staatlich bezahlt wurden, aber von den Betrieben erweitert oder detailliert werden konnten) sämtliche betrieblichen Vorgänge ausgelöst sowie erfaßt und abgespeichert sowie am Monatsende übertragen wurden. Die Ergebnisse lagen nach Datenfernübertragung am 3.–4. Werktag des Nachmonats in jedem Bezirk und auch zentral vor.

Das Verschwinden des Fragebogens aus einem ganzen Sektor der Wirtschaft veranlaßte einen oberflächlichen Kenner der DDR-Statistik zur kritischen Bemerkung, daß sie keine Großhandelsstatistik gehabt hätte. Tausende wissen das aber besser, ganz abgesehen davon, daß darüber mehrfach national wie international informiert wurde. Mit der rechnergestützten Erfassung, durch die alle erforderlichen Prozesse für die Produktion, die Zir-

kulation, die Verwaltung usw. unmittelbar mit Hilfe der modernen Rechentechnik ausgelöst, dabei erfaßt und zugleich nach festgelegten Programmen verarbeitet, übermittelt und konzentriert werden, können Bearbeitungszeiten für statistische Erhebungen wesentlich verkürzt, der benötigte Arbeitsaufwand reduziert und das Informationsangebot erweitert werden. Das erfordert natürlich langfristig angelegte Forschungs- und Entwicklungsarbeiten.

## Die Analyse gehört zu den Aufgaben der amtlichen Statistik

Es werden weltweit völlig unterschiedliche Positionen vertreten und auch praktiziert, was die Analyse als Bestandteil der Arbeit der amtlichen Statistik betrifft. Dabei steht die BRD unter den hochentwickelten Ländern mit einer reichen statistischen Tradition ziemlich am Ende, was die Analyse im statistischen Dienst angeht. Das ist nicht systembedingt. In Frankreich ist das z. B. völlig anders.

In der DDR war die Pflicht zur Analyse für das Statistische Amt und seine Bezirks- und Kreisstellen sehr deutlich im Statut verankert[2], in allen einschlägigen Ausbildungsmaterialien[3] dargelegt und in der Praxis ständig gewährleistet. So waren in der Berliner Zentrale des Statistischen Amtes ca. 120 Mitarbeiter, darunter rund 100 mit Hochschulausbildung tätig, die praktisch nichts mit der Projektierung von statistischen Erhebungen und deren Aufbereitung zu tun hatten, sondern ausschließlich für die Erarbeitung von Analysen zuständig waren. (Auch in den statistischen Bezirks- und Kreisstellen gab es Mitarbeiter, die ausschließlich für die Erarbeitung von Analysen zuständig waren). Auf dieser personellen Basis wurden sowohl nach einem festen Plan monatlich, vierteljährlich und jährlich als auch fallweise (nach Erkenntnissen des Statistischen Amtes) Analysen über spezielle Probleme erarbeitet. Die wichtigste monatliche Analyse war die über die Entwicklung der Volkswirtschaft im letzten Monat und seit Jahresbeginn. Diese wurde unter anderem an alle Mitglieder des Ministerrates als auch an den Vorsitzenden des Gewerkschaftsbundes (FDGB) am sechsten Werktag des Nachmonats übergeben. Zusammen mit dieser Analyse wurden Zahlenübersichten, Grafiken und Analysen zu speziellen einzelnen Problemen ausgeliefert, z. B. über die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, den Fort-

gang wichtiger Investitionsvorhaben, die Entwicklung des spezifischen Materialverbrauchs, die demographische Entwicklung, die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Leistungen, die Entwicklung von Proportionen in der Volkswirtschaft u. a. m.

Dabei wurde fast immer nicht nur die bisherige Entwicklung und die Planerfüllung, sondern auch die künftige Entwicklung, insbesondere für die nächsten zwei bis drei Monate und bis Jahresende behandelt.

Dies alles wurde zu einem Material von zweihundertzehn bis zweihundertvierzig Seiten zusammengefaßt und monatlich im Ministerrat unter Anwesenheit des Präsidenten des Statistischen Amtes behandelt. In der Ulbricht-Ära wurde darüber stets, und zwar ziemlich offen, die Öffentlichkeit informiert. Unter Honecker wurde das bald eingestellt und später durch stereotype Zahlentabellen über Planerfüllung mit beschönigenden Text ersetzt, die nicht vom Statistischen Amt, sondern vom Apparat des ZK der SED produziert wurden.

Vom Statistischen Amt wurden monatlich auch spezielle Analysen erarbeitet, z.B. über die Landwirtschaft, das Bauwesen und den Wohnungsbau, die Versorgung der Bevölkerung, die Investitionen und die Arbeitskräfte. Außerdem wurden fallweise – nach Ermessen des Statistischen Amtes – Analysen zu speziellen Fragen erarbeitet wie z. B. über Aufwand und Ergebnis der neuen Technik, die Einführung neuer Erzeugnisse, die Rückgewinnung von Land nach Aufgabe von Tagebauen, u. a.

Eine zusammenfassende Analyse über die ökonomische Entwicklung im letzten Monat wurde zu dem oben genannten Termin und nach denselben Grundsätzen von allen statistischen Bezirks-und Kreisstellen für ihr Territorium erarbeitet. Auch diese Analysen wurden monatlich im jeweiligen Rat unter Anwesenheit des Chefs der statistischen Dienststelle behandelt.

Auf zentraler Ebene war die wichtigste Analyse, die jährlich erarbeitet und ebenfalls im Ministerrat behandelt wurde, die über die Erzeugung und Verwendung des Nationaleinkommens und über die Effektivität und Proportionalität der Volkswirtschaft. Weitere wichtige Analysen waren die über die Lebenslage der Bevölkerung, internationale Vergleiche und – zweijährig alternierend – über die Lage der Frauen und der Jugend.

Es gibt m. E. keine vernünftige Erklärung dafür, daß die amtliche Statistik nur „Zahlenfabrik", das heißt nur Lieferant des Rohstoffes für bewertende Aussagen sein soll. Nach meinem Demokratieverständnis ist es

Pflicht des Staates, dafür zu sorgen, daß bewertende Aussagen zu allen wichtigen gesellschaftlichen Vorgängen erarbeitet und öffentlich unterbreitet werden, und zwar von Personen, die in der Pflicht des Staates stehen und durch seine Organe sowie durch die Öffentlichkeit kontrolliert werden können.

Bestimmte Ansätze dazu gibt es auch in der BRD. So ist z. B. das Statistische Bundesamt gleichzeitig das Sekretariat für die fünf Weisen zur Begutachtung des volkswirtschaftlichen Geschehens. Ein überfälliger erster Schritt wäre es, den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes zum Mitglied dieses Gremiums zu berufen.

## Amtliche Statistik und Prognose

Es ist in Theorie und Praxis unbestritten, daß auch prognostische Arbeiten von der amtlichen Statistik durchgeführt werden. Das gilt insbesondere für die Einschätzung der künftigen Bevölkerungsentwicklung und die Voreinschätzung der Ernteergebnisse zu einem möglichst frühen Zeitpunkt. Unterschiedlich geregelt ist aber in den einzelnen Ländern die Breite und die Intensität derartiger prognostischer Arbeiten in der amtlichen Statistik. Glücklicherweise ist die Bundesstatistik über den sehr engen o. g. Rahmen herausgetreten. So werden durch sie durchaus brauchbare Grundlagen für eine Einschätzung des konjunkturellen Verlaufes erarbeitet, indem monatlich die Entwicklung des Auftragsbestandes im produzierenden Gewerbe, die erteilten Baugenehmigungen und einige weitere Daten erarbeitet werden.

Im Vergleich zur DDR-Statistik muß aber festgestellt werden, daß die Vorlagefrist viel zu lang ist (z. B. liegt die Entwicklung des Auftragsbestandes im produzierenden Gewerbe rund vier Wochen nach Monatsende vor; vergleichbare Angaben der DDR-Statistik standen am 6. Werktag nach Monatsende zur Verfügung).

Ferner ist anzumerken, daß die ermittelten Angaben zur Voreinschätzung des wirtschaftlichen Verlaufes zu spärlich sind. Es soll hier nur beispielsweise angeführt werden, welche weiteren Angaben für die Vorschau (das heißt für die nächsten Monate bis zu einem Jahr bzw. für Prognosen (das heißt für längere Zeiträume als ein Jahr) durch die DDR-Statistik erarbeitet wurden:

- Bestand an Verträgen für die beiden Folgemonate und das laufende Jahr für die industrielle Warenproduktion, darunter für den Export. Ab August gab es auch entsprechende Angaben für das Folgejahr.
- Einschätzung der Betriebe und Kombinate über die industrielle Warenproduktion und den Export in den Folgemonaten.
- Angaben über die vertragliche Absicherung der Investitionsvorhaben in den kommenden Zeiträumen.

Diese Angaben wurden ebenfalls bis zum 6. Werktag des Folgemonats an den Verteiler ausgeliefert. Die Arbeit des statistischen Amtes der DDR beschränkte sich aber nicht auf die Konzentration derartiger betrieblicher Angaben, sondern sie wurden verglichen mit vielfältigen Erkenntnissen, über die das Statistische Amt verfügte. So wurde bei der Einschätzung der künftigen Entwicklung der industriellen Warenproduktion auch die Bestandsentwicklung an unvollendeter Produktion und Material beachtet. Außerdem wurde der Verlauf der Fertigstellung von Investitionsvorhaben in den einzelnen Industriezweigen und insbesondere in dem Zulieferbereich berücksichtigt. Entsprechendes gilt für die Entwicklung der Arbeitskräfte, des spezifischen Material- und Energieverbrauchs, u. a. Es war Aufgabe des Statistischen Amtes darauf hinzuweisen, wenn und gegebenenfalls in welchem Maße die betrieblichen Angaben auf Grund dieser anderen Informationen zu bezweifeln waren. In dem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß es auch Aufgabe der statistischen Dienststellen war, die Realität der Vorschauangaben der Betriebe zu kontrollieren und ihnen zu helfen, zu realistischen Werten zu gelangen. Auch diese Aufgabe wurde nicht nur erleichtert, sondern durch ein umfassendes Datenbanksystem überhaupt erst ermöglicht, welches es erlaubt, je Betrieb, Kombinat, Zweig und Ministeriumsbereich sowie je Bezirk die notwendigen Berechnungen automatisiert jeden Monat durchzuführen; mit der Maßgabe, nur relevante Abweichungen darzustellen.

Es sollte zumindestens geprüft werden, ob nicht bestimmte Elemente dieser Arbeit aufgegriffen werden sollten.

## Eine Zwischenbemerkung

„DDR-Statistik war in erster Linie und vor allem Planabrechnung." – Das behauptet die Mehrzahl der Kritiker der DDR-Statistik aus den alten Bundesländern.

Die bisherigen Darlegungen beweisen, daß das nur zum Teil berechtigt ist. Ein Blick in das Statut und die Ausbildungsunterlagen (siehe die Fußnoten 2 und 3) belegen dies. Natürlich war die Planabrechnung eine wichtige Aufgabe der DDR-Statistik, aber eine unter mehreren, und zwar noch wichtigeren. So brauchte man doch erst einmal statistische Materialien, um einen Plan überhaupt aufstellen zu können, auch Erkenntnisse über Zusammenhänge und Wechselwirkungen mußten bekannt sein.

## Einfluß auf Aus- und Weiterbildung

In der BRD wird leider durch die amtliche Statistik kein nennenswerter Einfluß auf die statistische Lehre im Hoch- und Fachschulwesen genommen, weil sie das nicht kann, oder besser: nicht darf.

Das Resultat ist das gleiche wie in vielen anderen entwickelten Ländern: Eine riesengroße Lücke zwischen akademischer Ausbildung und den Anforderungen der Praxis. Viele der derzeitigen Hochschullehrer für Statistik haben noch nie eine statistische Erhebung organisiert und sie analytisch ausgewertet. Das ist etwa vergleichbar mit einem Professor, der Vorlesungen über Chirurgie hält, aber noch nie als Akteur im Operationssaal war. Das Ergebnis spiegelt sich auch in Lehrbüchern wider, in denen angebliche Unterschiede der Mittelwerte breit behandelt werden, anstatt sich mit der modernen Technologie der Statistik zu befassen, das heißt: wie, wann und mit geringstem Aufwand (Kosten) schnellstmöglich zu realen Aussagen im Rahmen einer statistischen Untersuchung gelangt werden kann.

In Verkennung der praktischen Bedeutung dieses Problems wird dies oft als beschreibende Statistik abgetan, während die analytische Statistik angeblich dort beginne, wo Anfangswissen der höheren Mathematik, oft beschränkt auf Korrelations- und Regressionsrechnung, angewendet wird.

Das alles muß verwundern, denn es gab anerkannte Gelehrte auf dem

Gebiet der Statistik wie Flaskämper, Wagenführ, Menges und einige andere in den alten Bundesländern. Ihre Tradition wird unzureichend fortgesetzt.

Eine derartige Lücke zwischen akademischer Lehre und Erfordernissen der Praxis gab es in der DDR nicht. Hier war eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Hochschulministerium und dem Statistischen Amt Grundlage und Mindestanforderung an die statistische Lehre; und es gab eine Vereinbarung zwischen beiden Organen darüber, daß nur derjenige zum Professor der Statistik berufen werden kann, der nach der Promotion mindestens ein Jahr im Bereich des Statistischen Amtes (wenn er vorwiegend volkswirtschaftlich orientiert war) oder in einem Betrieb bzw. Kombinat (wenn er vorwiegend betrieblich orientiert war) gearbeitet hat.

Für die Facharbeiterausbildung auf dem Gebiet der Statistik war das Statistische Amt selbst zuständig und führte diese mit Hilfe der Kreis- und Bezirksstellen sowie einer eigenen Berufsschule durch.

Noch ein Wort zur Weiterbildung. Es gibt hierfür auch eine Reihe von Angeboten in der BRD, doch sind sie weder bundesweit einheitlich und auch vielfach nicht speziell statistisch, sondern mehr juristisch bzw. auf die Handhabung von Bürocomputern ausgerichtet. Das reicht natürlich nicht.

In der DDR gab es ein mit dem Hochschulministerium vereinbartes postgraduales Studium, an dem alle Absolventen von Hoch- und Fachschulen teilnehmen mußten, wenn sie zehn Jahre in der amtlichen Statistik gearbeitet hatten. Dieses Studium wurde von der Universität Leipzig, der Hochschule für Ökonomie und einer Fachschule mit Unterstützung des statistischen Amtes und von Professoren anderer Universitäten durchgeführt. Dieses Studium dauerte zwei Jahre und war ein Fernstudium mit mehreren Direktstudienzeiten von zwei bis vier Wochen. Es erfolgte dabei eine Konzentration auf folgende Fächer:

- Rechnungsführung (Rechnungswesen) und Statistik in den Betrieben,
- Anwendung der modernen Rechentechnik in der Arbeit von Rechnungsführung und Statistik, insbesondere die Arbeit mit Datenbanken,
- die Analyse im Rahmen der Arbeit der amtlichen Statistik.

Das Studium schloß mit einer Prüfung und einer schriftlichen Arbeit ab, an die dieselben Anforderungen wie an eine Diplomarbeit gestellt wurden. Zwei Jahrgänge hatten vor 1989 dieses postgraduales Studium abgeschlossen.

## Statistik nicht nur für die Regierenden, sondern für alle

Ein Vorzug der alten und gegenwärtigen BRD-Statistik besteht darin, daß restlos alles veröffentlicht wird was sie erarbeitet. Das war leider in der DDR anders. Hier unterlag die Veröffentlichung von statistischen Angaben (insbesondere nach dem Machtantritt von Honecker) einer strikten Reglementierung, die nicht etwa von der Regierung, auch nicht vom Politbüro als ganzem, sondern von Günter Mittag ausging, geduldet durch Honecker. Wir im statistischen Amt haben mehrfach versucht, die Öffentlichkeitsarbeit auszubauen. Das ist uns leider nicht gelungen. Ich betrachte dies als meinen größten Mißerfolg. Ohne hiervon etwas abschwächen zu wollen, muß ich jedoch feststellen, daß manche Behauptung über Nichtveröffentlichung statistischer Daten unrichtig oder übertrieben sind. So wurde durchaus über die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in den Statistischen Jahrbüchern informiert und es wurden hier auch vielfältige Angaben zur Ökologie veröffentlicht, wenn auch an verschiedenen Stellen der Jahrbücher und erst 1990 in einen gesonderten Abschnitt.

Für mich bleibt die Erkenntnis: Es darf nur eine Autorität im Staate geben, die über die Veröffentlichung statistischer Daten entscheidet; das ist die, die zugleich für die Qualität der Daten verantwortlich ist: die Statistikbehörde selber.

Ohne Einschränkung ist diese Forderung aber auch in der BRD nicht verwirklicht. So besitzt das fachlich zuständige Bundesministerium die Möglichkeit, eine Veröffentlichung zu verzögern oder zu unterbinden, wenn es der Meinung ist, daß die vorliegenden Daten nicht sicher genug sind. So wurde z. B. die vorbereitete Information über die Entwicklung des produzierten Nationaleinkommens im Jahre 1990 im Beitrittsgebiet im letzten Augenblick unterbunden. Natürlich zeigten die Zahlen einen krassen Einbruch der ökonomischen Entwicklung im zweiten Halbjahr 1990.

## Rechnungswesen, Statistik und Rechnungsführung und Statistik

Rechnungswesen und Statistik haben, fast allseitig anerkannt, den gleichen Gegenstand, nämlich die zahlenmäßige Widerspiegelung (Darstellung) aller wesentlichen gesellschaftlichen und damit auch ökonomischen Erschei-

nungen und Prozesse, sowie deren Analyse. Der historisch entstandene Unterschied besteht hauptsächlich darin, daß sich das Rechnungswesen mit betrieblichen Erfordernissen und die Statistik mit nationalökonomischen Fragen beschäftigt. Dazwischen wird aus betrieblichen Interessengründen eine Barriere errichtet. Es wird im Rechnungswesen der Grundsatz akzeptiert, daß über alle Geschäftvorgänge Buch zu führen ist, wobei vielfach freigestellt ist, wie das erfolgt.

Wenn aber statistische Angaben für einen modernen Staat lebenswichtig sind, warum heißt es dann nicht: Es ist Buch zu führen über alle Geschäftsvorgänge, darunter auch jene, die für gesamtstaatliche Belange wesentlich sind und deshalb von der Statistik ermittelt werden.

Der Bundesfinanzminister und seine Kollegen in den Ländern müßten an einer einheitlichen und überschaubaren Regelung für das „Buchführen" interessiert sein, wobei den Betrieben natürlich das Recht zu Detallierungen und Ergänzungen einzuräumen ist.

Dabei ist klar, daß es nicht im Interesse einflußreicher Wählergruppen liegt, den Einblick in das betriebliche Geschehen zu vereinfachen.

## War das Statistische Amt der DDR eine Fälscherwerkstatt?

Nach gründlicher Recherche kam das Statistische Bundesamt zu folgender Einschätzung über die Validität der DDR-Statistik: „Mit anderen Worten: Statistik zeichnete im wesentlichen die Realität nach, der Plan folgte der Wirklichkeit".[4]

Der von der Eppelmann-Kommission eingesetzte Gutachter der DDR-Statistik bemängelt in seinem Gutachten zunächst einmal eine Reihe von tatsächlichen aber auch eingebildeten Unzulänglichkeiten der DDR-Statistik.[5] Was an seiner Kritik richtig ist, betrifft vor allem falsche und von der internationalen Praxis abweichende Definitionen, die der DDR-Statistik ausschließlich von Mittag aufgezwungen wurden, um das Bild der DDR zu schönen. Das wurde unter anderem von mir mehrfach öffentlich dargelegt, und zwar lange vor Erarbeitung des Gutachtens.[6] Aber ich füge hinzu, ich hätte von Herrn von der Lippe als Wissenschaftler erwartet, daß er gleichzeitig auch auf folgendes hingewiesen hätte, um ein vollständiges und vor allem realistisches Bild der DDR-Statistik zu geben, was er in keiner Weise getan hat:

- Es gab im Statistischen Amt stets einen ganz erheblichen Widerstand, wenn uns unrichtige oder unübliche Definitionen von Mittag aufgezwungen werden sollten. In der Mehrzahl der Fälle haben wir uns auch durchgesetzt. In einigen Fällen habe ich mich auch geweigert, Anweisungen von Mittag durchzuführen, z. B. das produzierte Nationaleinkommen auch als Zeitreihe nur zu effektiven Preisen auszuweisen ohne das kenntlich zu machen.[7] Dieser Widerstand war möglich und erfolgreich, weil alle verantwortlichen Mitarbeiter des Statistischen Amtes dahinter standen, einige wichtige Persönlichkeiten, wie z. B. der Ministerpräsident, Willy Stoph, uns den Rücken stärkten und wir sogar oft im Apparat des ZK Unterstützung fanden.
- Im Gutachten wird zwar nicht gesagt, wohl aber durch die Darstellungsweise der Eindruck erweckt, als ob die Anwendung falscher Definitionen das Vorherrschende in der DDR-Statistik gewesen wäre. In Wahrheit war es aber die Ausnahme. Mir sind maximal nicht einmal 20 derartige Fälle bekannt, die sich oft auch nur auf ein Jahr bezogen, wie z. B. der nicht vollständige Ausweis der Entwicklung der Industrieproduktion im Bereiche eines Ministeriums. In jedem derartigen Falle hat aber die DDR-Statistik auch die richtige Kennziffer zusätzlich ermittelt. Das ging natürlich nur, weil es sich um eine eng begrenzte Zahl von derartigen Fällen handelte. Auf dieser Grundlage konnten deshalb die realen, statistischen Werte nachträglich schnell ermittelt und ausgewiesen werden.
- Und schließlich wäre doch die Anmerkung angebracht, daß mit dem letzten Statistischen Jahrbuch der DDR, also noch zu DDR-Zeiten, eine vollständige Korrektur erfolgte. Also hat doch nicht Herr von der Lippe das alles „ erforscht".

Nicht laste ich dagegen Herrn von der Lippe an, daß er in dem Zusammenhang überhaupt nicht darauf eingeht, daß in der BRD nur in Ausnahmefällen die amtliche Statistik verantwortlich für die Definitionen der Kennziffern ist. Dafür zeichnet vielmehr das fachlich zuständige Ministerium verantwortlich, das auch den entsprechenden Gesetzentwurf einbringt. Wie kann sich die Bundesstatistik gegen falsche Definitionen wehren; und tut sie es? Es gibt doch auch in der BRD falsche Definitionen, sogar bei ganz wichtigen Sachverhalten. Denken Sie doch bitte nur daran, wie ein Arbeitsloser definiert wird und wieviel Hundertausende Arbeitslose statistisch nicht als Arbeitslose ausgewiesen werden.

Aber wir müssen uns noch einem Problem, dem Hauptvorwurf des Gutachters, zuwenden: „Für Nichtstatistiker besteht der spektakulärste Fall einer Fälschung von Statistiken natürlich in der nachträglichen Änderung von Daten, möglichst auch noch mit Hinweisen auf Vertuschungsaktionen. So ein krasser Mißbrauch der Statistik ist zumindest in einem Fall, nämlich bei den Außenhandelsdaten m. E. unzweideutig aus den Akten der SZS nachweisbar." (Seite 38 des Gutachtens)

Ich nehme meine Hauptantwort vorweg: Es war nicht das Statistische Amt der DDR, das hier fälschte. Tatsache aber ist, daß in der Statistik des DDR-Außenhandels schlimme Zustände herrschten und daß ein Mann, der in der DDR den größten Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiet besaß, überheblich-arrogant und zugleich außerordentlich dumm gehandelt hat. Es war alles darauf angelegt, wesentliche Quellen für einen erheblichen und schnell wachsenden Teil des Außenhandels nicht offen zu legen. Dem Gutachter mache ich aber eines zum Vorwurf. Auf seine Bitte hin fand am 5. Oktober 1993 in meiner Wohnung ein etwa vierstündiges Gespräch statt, in dem ich nach meiner Meinung alle seine vielen Fragen offen, ausführlich und eindeutig beantwortet habe. Zur Außenhandelsstatistik stellte er aber nicht eine einzige Frage, das heißt auf das entscheidende Gebiet der Kritik kam er mit keinem Wort zu sprechen. Als Anfang 1994 in vielfachen Presseveröffentlichungen mit Bezug auf den Gutachter von Fälschungen des Statistischen Amtes der DDR auf dem Gebiet des Außenhandels gesprochen wurde, habe ich versucht, sowohl beim Gutachter als auch beim Statistischen Bundesamt, Einblick in das Gutachten zu erhalten. Das wurde mir versagt und ich wurde an die Eppelmann-Kommission verwiesen. Dementsprechend habe ich mich zweimal schriftlich an den Vorsitzenden der Kommission, Herrn Eppelmann, gewandt. In seinem Auftrag antwortete unter dem 21. Februar 1994 und dem 8. August 1994 eine Frau oder ein Herr Sattler. Obwohl mein Interesse an diesem Material auf Verständnis stieß, konnte ich es auch selbst nach erfolgter Vorlage an den Deutschen Bundestag nicht erhalten. Erst später gelang mir die Einsichtnahme. Ich halte diese Feststellung für wichtig, denn ein solches Material, das mit der Authentizität des Bundestags versehen ist, sollte doch nicht als „Ein-Mann-Arbeit" ohne Stellungnahme der Betroffenen zu den Akten genommen werden. Heute verstehe ich die Haltung schon besser: Wahrscheinlich war eine Gegendarstellung gar nicht erwünscht.

**Doch nun zur Sache selbst**

Anfang der achtziger Jahre merkten wir im Statistischen Amt der DDR, insbesondere auf Grund von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, daß uns offenbar Angaben über Teile des Außenhandels, insbesondere über den Export, nicht berichtet wurden. Ich habe mich daraufhin bei Mittag telefonisch angemeldet, natürlich mit Angabe des Grundes. In kürzester Zeit wurde ich empfangen, und zwar im Gegensatz zu allen bisherigen Aussprachen allein, also zu einem Gespräch unter vier Augen. Ich konnte offenbar verständlich darlegen, daß der tatsächliche Export um mehrere Hundert Millionen Mark größer war, als uns gemeldet wurde. Er sagte mir, daß er sehr erstaunt sei, daß wir dieses festgestellt hatten, und er erklärte mir, daß er im Auftrag von Erich Honecker den Bereich Kommerzielle Koordinierung, der ausschließlich ihm unterstand, angewiesen habe, nicht alle Umsätze, besonders nicht alle Exporte, für die Statistik zu melden. Er setzte sich zunächst über alle meine Gegenargumente hinweg. Erst als ich ausführte, daß es unglaubwürdig erschiene und zugleich ein ungünstiges Bild von der DDR ergebe, wenn die volkswirtschaftliche Entwicklung sich schneller vollzöge als der Außenhandel wachse, und darauf verwies, daß eine negative Handelsbilanz ausgewiesen werden könnte, und das alles im Gegensatz zur Wirklichkeit. Hier wurde er nachdenklich, und schließlich sagte er, daß er veranlassen wird, daß wir vom Außenhandelsministerium eine Nachmeldung erhalten werden. Dieses geschah dann auch.

Nach einigen Monaten wiederum ein Vier-Augen-Gespräch bei Mittag. Er habe mit Honecker gesprochen, und es sei nötig, künftig bei der Außenhandelsstatistik anders vorzugehen. Es müsse unbedingt berücksichtigt werden, daß keine weiteren Personen über den vollen Umfang des Außenhandels des Bereiches Kommerzielle Koordinierung informiert werden, auch nicht der Außenhandelsminister, der Vorsitzende der SPK oder Stoph, also der Ministerpräsident. Darum werde ich in Zukunft vom Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung vierteljährlich nach Ende jedes Quartals die zusätzlichen Angaben für Export und Import nach Währungsgebieten, sowie die entsprechenden Angaben für Erdöl erhalten. Ich hätte dann diese mit den mir vorliegenden Angaben über dem Außenhandel zusammenzufassen und ihm schriftlich zur Bestätigung vorzulegen, aber so, daß niemand aus dem Schreiben eine Beziehung zum Bereich Kom-

merzielle Koordinierung herstellen könne. Es sollte ausschließlich mit den Entwicklungsgrößen und den Außenhandelssaldo argumentiert werden. Er müsse das dann Honecker vorlegen, der sich die Entscheidung vorbehalten habe. Und so lief das dann einige Jahre.

Einige dieser Briefe an Mittag hat Herr von der Lippe gefunden und zur Grundlage seiner Aussage gemacht: Das Statistische Amt fälschte Außenhandelsdaten. Steht nun Aussage gegen Aussage? Schriftliche Weisungen zu diesem unredlichen Vorgehen gibt es natürlich nicht. Doch es existiert ein zwar indirekter, aber überzeugender Beweis: Unter Leitung von Gerhard Schürer, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission und auch Leiter der Zahlungsbilanzkommission des Ministerrats war, wurde durch eine von Egon Krenz eingesetzte Fünf-Mann-Arbeitsgruppe, der ich angehörte, eine umfassende Analyse über die Lage der DDR ausgearbeitet.[8] In dieser Analyse wurde von einer Verschuldung der DDR gegenüber den nichtsozialististen Ländern von 49 Mrd. DM ausgegangen, das war also der Erkenntnisstand der Zahlungsbilanzkommission.[9] Das Statistische Amt kannte die Zahlungsbilanz der DDR erst ab Oktober 1989.

Diese Analyse wurde am 31.10.1989 im Politbüro der SED unter Vorsitz von Egon Kreuz behandelt.

Ab November 1989 stellte sich in einigen Etappen heraus, daß die Verschuldung der DDR gegenüber den nichtsozialistischen Ländern viel zu hoch angesetzt war, weil viele Guthaben des Bereiches Kommerzielle Koordinierung nicht enthalten waren, sie waren auch der Zahlungsbilanzkommission und dem Vorsitzenden der SPK nicht bekannt.

Die gegenwärtigen Erkenntnisse besagen, daß die Verschuldung der DDR nur bei 13–14 Mrd. Dollar also ca. 26 Mrd. DM gelegen hat. Diese Korrektur der Daten über die Verschuldung von 49 auf 26 Mrd. DM kann grundsätzlich nur durch nicht ausgewiesene Exporte des Bereiches Kommerzielle Koordinierung erklärt werden.[10] Dabei handelt es sich also um rund 13 Mrd. Dollar, die auch nicht in den ursprünglich dem Statistischen Amt übergebenen Außenhandelsangaben enthalten waren. Es zeigt sich also, daß die auf Anweisung von Mittag durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung ergänzenden Zusatzangaben für Export und Import, in der Größenordnung tendenziell richtig, eher zu niedrig als zu hoch ausgewiesen waren. Das Statistische Amt hat also auch hier nicht gefälscht, sondern sich bemüht, die ökonomischen Prozesse umfassend und richtig darzustellen.

Wir vom Statistischen Amt haben haben jedenfalls stets versucht, Günter Mittag entgegenzutreten, wenn er Unsinniges, Falsches oder Dummes verlangte; wir haben ihn nie hofiert, das geschah woanders. Wir hatten damit nicht immer ein leichtes Leben, aber wir waren natürlich auch keine Opfer. Unser Handeln war nicht gegen die DDR gerichtet, sondern gegen einen Mann, der ihr schadete.

Deshalb weise ich auch die Meinung von Herrn von der Lippe zurück, daß meine Kollegen im Statistischen Amt und insbesondere ich Opfer und Täter zugleich seien. Wir haben uns stets auch dem „Ehren-Codex der Statistiker", der vom Internationalen Statistischen Institut 1985 beschlossen wurde, verpflichtet gefühlt, nicht zuletzt auch darum, weil ich Mitautor dieses Codex war.

Im Buch „ohnMacht" habe ich geschrieben: „Auf die Einwohnerzahl bezogen, hatte die DDR z. B. mehr Forscher als die BRD. Aber je Erzeugnis waren es bedeutend weniger. Ausgereifte internationale Arbeitsteilung erbrachte eben weit größere Effekte als unser isoliertes Werkeln."[11] Darauf erwiderte Herr von der Lippe in seinem o. a. Gutachten sehr scharf: „In Abwandlung des Titels unter dem das wiederholt zitierte Interview mit Donda publiziert wurde, nämlich „Zahlen lügen nicht", soll abschließend ein Aspekt der Manipulation oder gar Fälschung angesprochen werden, der schon subtilerer Art ist. Es ist, um nur ein Beispiel zu nennen, durchaus zutreffend, daß die DDR Ende der 80er Jahre mehr Wissenschaftler, Forscher, hochqualifizierte Ingenieure usw. hatte als die BRD (wobei das natürlich auch eine Frage der Definition ist), wie dies Donda in dem o. g. Interview gesagt hatte. Es mag paradox klingen: Das ist nicht falsch was die Zahlen betrifft, wohl aber eine Verfälschung. Denn es gibt genügend Hinweise darauf, daß die Effizienz dieser Personen vergleichsweise gering war, so daß die richtige Zahl eine falsche Information darstellt." Ein Kommentar solcher Deutungskünste scheint mir überflüssig.

**Eine wirklich unabhängige, mit allen für die Arbeit erforderlichen Kompetenzen ausgestattete Amtliche Statistik muß erst noch geschaffen werden**

Lassen wir die Vergangenheit. Gegenwart und Zukunft stellen genügend anspruchsvolle Anforderungen an die Verbesserung der Amtlichen Statistik. In den letzten Jahren hat sich auch nicht allzuviel nach vorn bewegt. Für das Statistische Bundesamt ist es auch sehr kompliziert, die notwendigen Schritte, die wesentlich sein müssen, einzuleiten. Nach der gegenwärtigen Gesetzeslage liegt die Initiative für Erneuerung und Veränderung für die wesentlichsten Bundesstatistiken bei den fachlich zuständigen Ministerien, außerdem ist der erforderliche Gesetzgebungsprozeß sehr umständlich, aufwendig und langwierig (dagegen ist die jährliche Veränderung des aktuellen Rentenwertes eine Minutenangelegenheit). Außerdem bremst die föderalistische Ideologie sehr, sogar wirkliche und begrüßenswerte Fortschritte, die von der EU-Statistik ausgehen. So wurde die sehr wünschenswerte, von der EU-Statistik geforderte Entwicklung von Datenbanken 1991/92 längere Zeit von einigen Bundesländern blockiert, ebenso die Forderung, in allen Mitgliedsländern zentrale Datenbanken für die Landwirtschaft einzurichten. Nach vielen Querelen ist das jetzt überwunden, zeigt aber das Problem. Es muß endlich etwas für die strategische Entwicklung der Amtlichen Statistik getan werden. Aus meiner langjährigen Arbeit in der Amtlichen Statistik halte ich folgende Veränderungen für anstrebenswert:

- Die oberste Bundesbehörde für die Amtliche Statistik muß wirklich unabhängig werden, daß heißt sie darf nicht der Regierung oder gar einem Minister unterstellt sein. Am besten wäre es, daß das leitende Gremium der Bundesstatistik (Präsident, Vizepräsident, Abteilungsleiter und eventuell einige neben- bzw. ehrenamtliche Mitglieder) einem obersten Bundesgericht rechtlich gleichgestellt wird. Natürlich ist zu gewährleisten, daß Anforderungen von statistischen Materialien und Analysen durch Parlaments und Regierung – bei Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel – erfüllt werden müssen.
- Diese oberste Statistikbehörde sollte das alleinige Recht haben, über die Veröffentlichung von Statistiken zu entscheiden, wobei ein Nichterscheinen, auch wenn es nur zeitweise ist, nur mit einem Mißlingen der statistischen Untersuchung begründet werden darf. Interventionen von

gewählten und angestellten Vertretern der Staatsorgane, die auf eine Nichtveröffentlichung abzielen, ist unter Strafe zu stellen.

- Dieses oberste statistische Gremium muß auch das Recht erhalten, nach eigenen Erkenntnissen statistische Untersuchungen zu veranlassen und bestehende zu vervollkommnen, wenn es im Interesse der Darstellung und Analyse aller relevanten Erscheinungen und Prozesse ist.
- Es sollte auch eine Reihe von Analysen gesondert festgelegt werden, die vom Statistischem Amt zu bestimmten Terminen auszuarbeiten sind und im Parlament bzw./und der Regierung behandelt werden.
- Die zentrale statistische Behörde sollte das Recht erhalten, über alle Phasen hinweg die Erhebungen der Bundesstatistik verbindlich zu organisieren und zu kontrollieren, einschließlich der dazu bei den Berichtspflichtigen notwendigen Arbeiten und natürlich auch bei allen beteiligten statistischen Ämtern.
- Abgeleitete Rechte und Pflichten müssen die Statistischen Landesämter für ihr Land erhalten, einschließlich dem Recht an der Qualifizierung der Bundesstatistik mitzuwirken und ihre Verwirklichung verantwortungsbewußt mitzutragen.

Nach Lage der Dinge wird die Verwirklichung derartiger Vorschläge sehr schwer werden und es wird ein weiter Weg sein, insbesondere dann, wenn die EU-Statistik nicht zügig vorangeht und die notwendigen Schritte unternimmt bzw. Forderungen stellt.

## Anmerkungen

1 Diese Kontrolltätigkeit der statistischen Dienststellen bei den Berichtspflichtigen war nicht ein vorherrschender Aspekt ihrer Tätigkeit, wenn auch ein wichtiger. Noch bedeutungsvoller war die Hilfe, die durch statistische Dienststellen an Ort und Stelle den Berichtspflichtigen gewährt wurde, um rationell zu richtigen Angaben zu gelangen. Das galt vor allem für neue Berichtspflichtige und für neue Befragungen.

2 GBI. der DDR, Teil I Nr. 36 vom 18.09.1975, S. 639ff.

3 Vgl. Donda, Herrde, Kuhn, Struck: Statistik, 7. berichtigte Auflage, Verlag Die Wirtschaft, Berlin 1989, besonders S. 17–30.

4 Statement des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes auf einem Pressegespräch: DDR-Statistik: „Schein und Wirklichkeit" am 11. April 1991 in Hannover, Seite 2. Vergleiche auch: „Untersuchung zur Validität der statistischen Ergebnisse für das Gebiet der ehemaligen DDR", Ergebnisbericht des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, April 1991.

5 Die gesamtwirtschaftlichen Leistungen der DDR-Wirtschaft in den offiziellen Darstellungen. Die amtliche Statistik der DDR als Instrument der Agitation und Propaganda der SED. Expertise im Auftrage der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" des Deutschen Bundestages. Gekürzte Fassung, von Prof. Dr. Peter von der Lippe, Essen Januar 1994.

6 Arno Donda: Der Weg zur unanfechtbaren Statistik: Daten und Entwicklungsrichtungen, die real und überschaubar sind. Neues Deutschland 16. November 1989, Seite 3.

7 Siehe: P. Przybylski: Tatort Politbüro Bd. 2 Berlin 1992, S. 175–177.

8 Vergleiche: Gerhard Schürer: Gewagt und verloren. Frankfurt/O. 1996.

9 Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen. Geheime Verschlußsache v. 27.10.1989; veröffentlicht als Dokument 731 der Bundestagsdrucksache 12/7600.

10 Durch einen Brief von A. Schalk und H. König vom 14.11.89 an H. Modrow wurde bekannt, daß durch Einbeziehung bislang geheimgehaltener Devisenreserven die DDR-Auslandsverschuldung auf 20,6 Mrd. Dollar sank. Nach Abschluß der Inventur des Bereiches Kommerzielle Koordinierung ergab sich schließlich ein Schuldenbetrag von 13–14 Mrd. Dollar..

11 Arno Donda, ohne Macht, Berlin 1992, S. 42.

*Akademiegeschichte*

Helmut Steiner

# Das Akademie-Institut für Wirtschaftswissenschaften im Widerstreit wissenschaftlicher, ideologischer und politischer Auseinandersetzungen*

Mit der erklärten Zielsetzung, „das zentrale wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitut der Deutschen Demokratischen Republik zu werden", wurde 1954 an der Deutschen Akademie der Wissenschaften das Institut für Wirtschaftswissenschaften gegründet. Als Direktor wurde Gunther Kohlmey und als sein Stellvertreter Fritz Behrens berufen.

Am 1. Januar 1955 hatte das Institut 23 haupt- und 6 nebenberufliche Mitarbeiter in vier Abteilungen:

1. Politische Ökonomie des Sozialismus (Leiter: Gunther Kohlmey)
2. Die Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (Leiter: Fritz Behrens)
3. Politische Ökonomie des Kapitalismus (Leiter: Johann Lorenz Schmidt)
4. Geschichte der ökonomischen Lehren (Leiter: Rudolf Agricola).

Der Beschluß der Sektion für Wirtschaftswissenschaften der DAW über „Grundsätze, Aufgaben und Planung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsarbeit in der Deutschen Demokratischen Republik" vom 10. November 1954 und der Beschluß des Ministerrats der DDR „Empfehlungen zur weiteren Entwicklung und Verbesserung der Arbeit der Akademie" vom 18. Mai 1955 faßten die erklärte und begonnene Arbeit des Instituts in vier Hauptrichtungen zusammen:

1. Probleme der Übergangsperiode
2. Ökonomik der Wirtschaftszweige
3. Ökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik
4. In Westdeutschland herrschende wirtschaftswissenschaftliche Auffassungen.[1]

Das Institut sollte eine dritte Säule bei der Neuinstitutionalisierung der Wirtschaftswissenschaften auf dem Gebiet der DDR werden.

* Erweiterter Diskussionsbeitrag, gehalten auf dem Kolloquium der Leibniz-Sozietät über „Die Berliner Akademie von 1950–1972" am 5. September 1998.

Als erstes wurde nach 1945 an den Universitäten Berlin, Leipzig, Halle und Rostock der Lehrbetrieb wieder aufgenommen, von einer NS-geprägten, bzw. beeinflußten Lehre befreit, eine – zunächst weltanschaulich unterschiedliche – antifaschistische Ausbildung gesichert, schließlich dem Marxismus an deutschen Universitäten eine Heimstatt gegeben und zunehmend – allerdings in der sowjetischen ML-Version – profilbestimmend durchgesetzt.[2]

Parallel dazu wurden in den ersten Jahren nach 1945 wissenschaftliche Ausbildungsstätten für Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre für die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse begründet: die SED-Parteihochschule „Karl Marx" und das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, die Verwaltungs-Akademie in Forst-Zinna sowie die Hochschulen für Planökonomie in Berlin-Karlshorst (1950), für Finanzwirtschaft in Potsdam-Babelsberg (1953), für Binnenhandel in Leipzig (1953) und für Außenhandel in Berlin-Staaken (1954).

Ein Akademie-Institut für Wirtschaftswissenschaften sollte sich nunmehr schwerpunktmäßig der Forschungsarbeit widmen. Denn so sehr die Universitäten dem Humboldtschen Prinzip der Einheit von Forschung und Lehre verpflichtet waren – Fritz Behrens und Jürgen Kuczynski praktizierten es z. B. an den Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten in Leipzig und Berlin, sie konnten binnen weniger Jahre eine erste Generation forschungsorientierter Nachwuchswissenschaftler heranbilden –, so sehr trat für die Mehrzahl der Hochschullehrer angesichts ihrer neuen Lehrverpflichtungen und hochschulpolitischen Aufgaben in den ersten Jahren die systematische Forschungsarbeit in den Hintergrund.

Um so mehr war es geboten, angesichts der gesellschaftspolitischen Doppelstrategie jener Jahre den Aufbau einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der DDR (1952 war auf der II. Parteikonferenz der SED auch offiziell die Schaffung der Grundlagen des Sozialismus beschlossen worden) und gleichzeitiges Weiterverfolgen einer deutschen Wiedervereinigung auf friedlicher und demokratischer Grundlage – hierzu eine systematische Forschungsarbeit zu leisten und dazu die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Die DAW bot sich dafür aus mehreren Gründen an. Zum einen war sie eine traditionsreiche Gelehrtengesellschaft und Forschungsinstitution, die mit ihren Arbeiten in die neue Gesellschaft und deren zentrale wissen-

schaftspolitische Anliegen zu integrieren war. Zum anderen eignete sie sich ob ihres nach wie vor erklärt gesamtdeutschen Charakters, sowohl für die sozialökonomische Profilierung einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in der DDR als auch für eine gesamtdeutsche demokratische Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung wissenschaftliche Forschungsarbeit zu leisten. Schließlich bot die Akademie auch die institutionell-kompatiblen Voraussetzungen für die zunehmend internationale Zusammenarbeit mit den entsprechenden Akademie-Einrichtungen in der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten.

Auf diesem gesellschaftlichen Hintergrund wurde Gunther Kohlmey im September 1953 von Fred Oelßner zu einem Gespräch gebeten. Oelßner war zu dieser Zeit das für Wissenschaft, Ideologie und Propaganda verantwortliche Mitglied des Politbüros des ZK der SED. In Kohlmeys Erinnerungen – ich führte mit ihm vor seiner schweren Erkrankung am 18. Oktober und 15. November 1994 zwei mehrstündige Interview-Gespräche über die 50er und 60er Jahre – stellte er dies wie folgt dar: „Ich wurde zu Oelßner gerufen. Er sagte, ich habe gehört, Du willst weg aus Forst-Zinna. Wir haben etwas für Dich. Wir brauchen an der Akademie ein marxistisches Institut, Du sollst das übernehmen. Seine offizielle Direktive beschränkte sich auf einen Satz: 'Was Du zu tun hast, weißt Du ja. Bedenke, Ihr seid das erste marxistische Institut dort an der Akademie.' Noch in meinem Beisein rief er Herrn Irmscher an, der damals als Sekretär der Klasse an der Akademie arbeitete, und teilte ihm mit, daß Herr Kohlmey das Institut gründen werde und bat ihn, alles dafür verwaltungsmäßig Notwendige zu regeln. Damit war ich entlassen, beim Hinausgehen wiederholte er lediglich nochmals den Satz: 'Na, Du weißt schon, was Du zu tun hast.'" [3]

Im Oktober 1953 nahm Kohlmey seine Tätigkeit zur Institutsgründung sowie als Chefredakteur der ersten wissenschaftlichen Fachzeitschrift „Wirtschaftswissenschaft" auf. Kohlmey legte in seinen Erinnerungen 1994 großen Wert darauf, daß ihm bei der inhaltlichen Konzipierung und personellen Auswahl der leitenden Mitarbeiter des Instituts wie auch bei der Zusammensetzung des Redaktionskollegiums der „Wirtschaftswissenschaft" völlig „freie Hand" gelassen wurde. Er konnte sich nicht einmal an irgendwelche Beschluß-Vorlagen für übergeordnete Leitungsgremien erinnern.

1954 wurde das Institut gegründet und bereits 1955 und 1956 richtete es

die beiden – ersten DDR-zentralen – wirtschaftswissenschaftlichen Konferenzen über:

- Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik (11.03.–14.03. 1955) sowie die
- Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland (26.01.–29.01.1956)

aus.

1955 erschienen die ersten Bände der Instituts-Schriftenreihe von G. Kohlmey, A. Lemmnitz, und F. Behrens sowie der Protokoll-Band der Konferenz über die Übergangsperiode.[4] 1956 veröffentlichten F. Behrens seinen „Grundriß einer Geschichte der Politischen Ökonomie" und G. Kohlmey „Der demokratische Weltmarkt. Entstehung, Merkmale und Bedeutung für den sozialistischen Aufbau". 1957 wurde das erste Jahrbuch des Instituts mit Beiträgen zur politischen Ökonomie des Kapitalismus (theoretische Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus, zur Geschichte der erweiterten Reproduktion im Kapitalismus, der zyklischen Wirtschaftsentwicklung Westdeutschlands, über die Struktur der westdeutschen Landwirtschaft), zur Theoriegeschichte (über Rudolf Hilferding) sowie zur politischen Ökonomie des Sozialismus (über Bruttoproduktion und Kooperation sowie die Entwicklungsverhältnisse von Industrie und Landwirtschaft) von F. Behrens, A. Benary, H. Heininger, P. Hess, J. Kuczynski, H. Turley, K. Zieschang veröffentlicht. Die beiden Bulletins „Geld und Kredit" (ab 1956) sowie „Konjunktur und Krise" (ab 1958) waren vierteljährlich erscheinende Diskussionsorgane für die Geld- bzw. Kapitalismustheorie, und die „Wirtschaftswissenschaftlichen Informationen" vermittelten in Broschürenform (bis 1967 – 50 Hefte) internationale Trends der Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftstheorie. 1959 erschien als Band 1 der vom Institut herausgegebenen „Ökonomischen Studientexte" David Ricardos „Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerung".

Innerhalb weniger Jahre hatte sich das Institut durch diese und weitere Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen DDR-weit, aber auch z. T. gesamtdeutsch und international wissenschaftliche Anerkennung erworben.

Mit der Konferenz des Instituts zur Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus (ca. 450 Teilnehmer) wurde zum ersten Mal seit 1945 die bisherige sozialökonomische Umgestaltung im Osten Deutschlands analysiert und verallgemeinert. Fred Oelßner hielt das einleitende Hauptreferat.

Als das für theoretische und ideologische Fragen verantwortliche Politbüromitglied war er für diese Problematik de facto gesellschaftspolitisch „zuständig", zugleich war er 1953 von der Gelehrtengesellschaft in geheimer Wahl zum Akademiemitglied gewählt und zum Leiter der Sektion Wirtschaftswissenschaften bei der DAW berufen worden.[5]

An Hand von vier Schwerpunkten über „die Notwendigkeit der Übergangsperiode", „ihre Besonderheiten und Etappen in der DDR", „ihre Grundzüge und das Wirken ökonomischer Gesetze in der DDR" sowie über „Ökonomie und Ideologie" gab Oelßner eine theoretische Begründung, konkret-historische Darstellung und politökonomische Analyse der vollzogenen und stattfindenden sozialökonomischen Umgestaltungen. [6]

Unter den 29 Diskussionsrednern waren der Direktor und die leitenden Mitarbeiter des Instituts G. Kohlmey, F. Behrens, J. L. Schmidt, R. Agricola, der Minister F. Selbmann, von der Landwirtschaftsakademie K. Vieweg, die Vertreter der ausländischen Akademie-Institute W. Brus (Warschau), J. Frisz (Budapest), V. Kaigl (Prag) und T. Wladigeroff (Sofia), aus den Universitäten und Hochschulen R. Naumann und H. Sanke (Humboldt-Universität zu Berlin), A. Lemmnitz (Universität Rostock), H. Thalmann und K. Teichmann (Karl-Marx-Universität Leipzig), H. Koziolek und H. Wolf (Hochschule für Finanzwirtschaft, Potsdam-Babelsberg), D. Haug und H. Hessel (Hochschule für Ökonomie und Planung, Berlin-Karlshorst), O. Reinhold von der Parteihochschule der SED in Kleinmachnow und H. Duncker von der Gewerkschaftshochschule in Bernau, W. Köppert und W. Mussler vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.

Es war der 1955 repräsentative Kreis von DDR-Ökonomen, die zu einer ersten wissenschaftlichen Konferenz unter der Ägide der Akademie zusammenkamen.[7] Trotz vorherrschenden dogmatischen Marxismus-Verständnisses, praktizierter Ideologie-Rituale und mancher direktiver Formulierungen zeichnete sich die Konferenz dennoch durch erfrischend offene und grundsätzliche Diskussions-Passagen aus. Wie beispielsweise der stellvertretende Direktor des Akademie-Instituts Fritz Behrens und der Minister Fritz Selbmann über Bruttoproduktion, Arbeitsproduktivität und Rentabilität stritten, wäre schon wenige Jahre später und bis zum Ende der DDR 1989/90 in vergleichbaren Personen-Konstellationen nicht mehr möglich gewesen. Auch die ersten Bemühungen zur Problematisierung von Warenproduktion und Wertgesetz im Sozialismus waren – im Vergleich zu der

Revisionismus-Kampagne ab 1957 – noch unbefangener und problemorientierter. [8]

Einen ähnlich repräsentativen Anspruch verfolgte die bereits wenige Monate später durchgeführte Konferenz zur Wirtschaft und zu den Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland (ca. 700 Teilnehmer), zu der Siegbert Kahn und Rudolf Agricola die beiden einleitenden Referate hielten.

Ihre Schwerpunktsetzungen „die Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus", „der staatsmonopolistische Kapitalismus in Westdeutschland", „das Wirken des ökonomischen Grundgesetzes des modernen Kapitalismus", „Westdeutschland und der Weltmarkt", „Besonderheiten und Perspektiven des deutschen Imperialismus", „die ökonomische Wissenschaft in Westdeutschland als ideologischer Ausdruck der zweiten Etappe der allgemeinen Krise", „Hauptvertreter der Neoliberalen, der katholischen Soziallehre und rechten sozialdemokratischen Führer, zu ausgewählten Problemen der freien und sozialen Marktwirtschaft", zu Konjunktur und „Planung", zur verschärften Ausbeutung u. ä. verweisen auf die Breite und die prinzipiellen Fragestellungen entsprechend des vorherrschenden Zeitgeistes. [9] Die 48 Diskussionsbeiträge – wiederum aus den verschiedenartigen wirtschaftswissenschaftlichen Institutionen der DDR sowie der Akademie-Institute sozialistischer Länder Osteuropas und Asiens (China, Korea, Vietnam) und politisch befreundeter Vertreter aus der BRD, Dänemarks und Frankreichs – erweiterten, erläuterten und illustrierten das Themenspektrum. Übereinstimmend wurde die unzureichend konkrete und theoretische Analyse der Entwicklungen im gegenwärtigen Kapitalismus und im besonderen in Westdeutschland in den beiden Einleitungsreferaten kritisiert. Darüber hinaus gab Fritz Behrens – wenige Wochen vor dem 20. KPdSU-Parteitag und inzwischen als Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik und Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission Regierungsmitglied – den Anstoß und den Gegenstand einer über die Konferenz hinausreichenden wissenschaftspolitischen und ideologischen Auseinandersetzung. Er beschränkte sich nicht auf die Kritik der Referate von Kahn und Agricola als solche. Er charakterisierte ihren Mangel als Ergebnis der unzureichenden wissenschaftlichen Erklärung der neuen kapitalistischen Wirklichkeit, die Marx, Engels und Lenin noch nicht kannten und für die es daher von diesen auch keine passenden Zitate gebe.

Als Beispiel nannte er u. a. die fehlenden marxistischen Erklärungen für die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte trotz allgemeiner Krise des Kapitalismus sowie für die wissenschaftlichen Leistungen der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler zur aktuellen Wirtschaftspolitik trotz ihrer apologetischen Funktion und die fehlenden marxistischen Analysen zu solch herausfordernden Ökonomen wie Paul A. Samuelson, Joseph A. Schumpeter, Adolph Weber u. a. Das beträfe aber nicht allein Kahns und Agricolas Referate, sondern die gesamte Wirtschaftswissenschaft in der DDR, und daher gelte es diese Mängel zu erklären, um sie zu überwinden. Unfähigkeit, Feigheit, die Jugendlichkeit und das noch fehlende Wissen vieler neuer Wirtschaftswissenschaftler, Überlastung im Lehrbetrieb, administrative Aufgaben und Zersplitterung in der Arbeit seien mehr oder weniger dafür mitverantwortlich.

„Das ist aber nicht das Entscheidende. Das Entscheidende liegt nach meiner Auffassung woanders. Ich bin der Auffassung, daß in unseren Reihen die Folgen davon noch nicht überwunden sind, daß diejenigen noch vor wenigen Jahren als Objektivisten und Schlimmeres hingestellt wurden, die sich nicht nur mit den Theorien unserer Klassiker, sondern auch mit der kapitalistischen Wirklichkeit und den Theorien der bürgerlichen Ökonomie beschäftigten. Selbstverständlich war der Kampf gegen den bürgerlichen Objektivismus notwendig und ist heute noch genauso notwendig. Aber er wurde bei uns ausgedehnt auf das sogenannte Quellenstudium und richtete sich gegen die Objektivität unserer wissenschaftlichen Erkenntnisse überhaupt. Diese falsche, schädliche, unwissenschaftliche Auffassung, die lange Zeit bei uns den Ton angab und die wissenschaftliche Arbeit gehemmt hat, gibt es sogar heute noch, wenn auch nicht mehr so offen. Sie sind der Grund der Angst.

Die tiefste Ursache des schon so oft gerügten Zurückbleibens bei uns ist aber meines Erachtens nach nicht diese Angst,... sondern die Angst, die an unseren Universitäten, Hochschulen, an den Fakultäten, an den Instituten, in den Redaktionen, in den staatlichen Organen und ich weiß nicht, wo sonst noch, herrscht, die Angst vor neuen Gedanken und vor dem Erschließen schöpferischer Arbeit, die Angst vor dem Mut der Wissenschaftler. Denn es gehört nicht nur Mut dazu, einen neuen Gedanken auszusprechen, den man naturgemäß nicht durch ein Zitat aus den Werken unserer Klassiker belegen kann. Es gehört auch dazu Mut, einen solchen Gedanken abzudrucken, und

noch mehr Mut gehört natürlich dazu, zu diesem Gedanken auch noch Stellung zu nehmen. ...

Wissenschaft kommt nicht nur von Wissen, das ist richtig. Sie setzt auch Charakter voraus. Unsre älteren Ökonomen sollten sich selbst prüfen, ob sie durch ihr Vorbild solche Charaktere erzogen haben. Sie brauchen das Ergebnis ihrer selbstkritischen Betrachtung hier nicht vorzutragen."[10]

Otto Reinhold, Robert Naumann und Wolfgang Berger stimmten zwar der Behrens'schen Kritik an den Referaten von Kahn und Agricola zu, wiesen aber in unterschiedlicher Tonlage den grundsätzlichen Charakter seiner Kritik entschieden zurück.[11]

Zum offenen Eklat kam es, als Naumann Behrens einer „antisowjetischen Note" beschuldigte. Der Unmut der mehrere Hundert SED-Mitglieder im Saal zwang ihn, zumindest diese Attacke öffentlich zurückzunehmen.[12] Naumann, er lebte und arbeitete von 1920–1950 in der UdSSR, war seinerzeit Direktor des Instituts für Politische Ökonomie an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin und von 1954 –1963 Mitglied des ZK der SED.

Damit war eine außerordentlich grundsätzliche Frage der marxistischen Gesellschaftswissenschaften in einem öffentlichen Rahmen behandelt worden, die auf unterschiedliche Weise weiter verfolgt wurde. Auf der einen Seite behandelte Gunther Kohlmey in seinem Diskussionsbeitrag auf der III. Parteikonferenz der SED im März 1956 – als einziger Diskussionsredner von den Gesellschaftswissenschaften – ebenfalls die Hemmnisse und den Dogmatismus in den Wirtschaftswissenschaften[13], reichte F. Behrens am 2. Mai 1956 beim „Neuen Deutschland" einen damals nicht – und hier erstmals veröffentlichten Artikel „Über die Lage in den Wirtschaftswissenschaften" (s. Anlage 1) ein und publizierte nahezu gleichzeitig in der Wochenzeitung „Die Wirtschaft" am 12. April 1956 einen Aufsatz, in dem er als Produktivitätstheoretiker und Statistiker erstmalig einen Produktivitäts-, Lohn- und Lebensstandardvergleich zwischen der DDR und BRD vornahm.[14]

Andererseits hatten Behrens' und Kohlmeys prinzipielle Kritik an den Wirtschaftswissenschaften in der DDR zur Rechtfertigung und zum Gegenangriff der Vertreter dogmatischer Positionen geführt (vgl. Anlage 2 und 3). Selbst das exemplarische Beispiel Behrens' für eine offensiv-argumentative Auseinandersetzung über das wissenschaftliche, politische und öffent-

lichkeitswirksame Problem des ökonomischen DDR-BRD-Vergleichs wurde nicht begrüßt und zur wissenschaftlichen Diskussion angenommen. Der Ausgangs-Artikel von Behrens erschien in „Die Wirtschaft", während er in zwei Artikeln von Alfred Lemmnitz und Robert Naumann im „Neuen Deutschland" polemisch-politisch denunziert wurde, ohne daß die ND-Leser den Originalaufsatz nachlesen konnten. Erst nach mehreren Interventionen und Umarbeitungen konnte F. Behrens – seinerzeit Regierungsmitglied und als Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik an der Quelle der Statistiken – am 08. Juli im „Neuen Deutschland" zumindest den ihn grundsätzlich belehrenden Kritikern moderat erwidern.[15]

Die weitaus bekanntesten Aktivitäten des Instituts in dieser Zeit betrafen jedoch die Wirtschaftspolitik und den Wirtschaftsmechanismus der DDR und das dem sowjetischen Beispiel folgende Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Am folgenreichsten wurde diesbezüglich die von A. Benary und F. Behrens unmittelbar nach dem XX. KPdSU-Parteitag im Juli abgeschlossene und im Oktober 1956 im Verlag „Die Wirtschaft" zur Auslieferung bereite Broschüre „Zur Theorie und Politik in der Übergangsperiode".[16] In zwei eigenständigen Aufsätzen behandelte A. Benary zunächst „Grundprobleme der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode" und daran anschließend F. Behrens das „Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode". Während sich Benary den „Hauptfaktoren der Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise über die kapitalistische", dem „Verhältnis von Bewußtheit und Spontaneität in der sozialistischen Planwirtschaft", dem „Verhältnis von zentraler Leitung und Planung der Volkswirtschaft und der schöpferischen Aktivität der Werktätigen" widmete, behandelte Behrens die „Notwendigkeit und Möglichkeit der Planung der Volkswirtschaft", das „Wesen und die Existenzbedingungen ökonomischer Gesetze und ihre Ausnutzung durch die Planung", die „Zentralisation der Macht und Konzentration der Produktion", „die Etappen der Übergangsperiode", den „Widerspruch zwischen Form der Leitung der Wirtschaft und ökonomischen Gesetzen", „Planwirtschaft und Bürokratie", „ökonomische Hauptaufgaben und Nebenaufgaben" sowie die „Preispolitik als Beispiel".

Auch nach erneutem Lesen beeindrucken die über 120 Seiten durch ihr Engagement für diesen Sozialismus gerade wegen seiner vorherrschend dogmatischen marxistisch-leninistischen Grundlagen, den die Autoren

ökonomisch effizienter und auch politisch demokratischer gestalten wollten. Dies war indes in seinen zentralen Thesen auch für die DDR keineswegs so neuartig, wie es in der nachfolgenden „Revisionismus"-Kampagne z. T. denunziert wurde. Bereits seit 1955 erschienen in der von G. Kohlmey als Chefredakteur geführten „Wirtschaftswissenschaft" (– deren Redaktionskollegium auch F. Behrens angehörte – )[17] sowie in den vom Institut herausgegebenem Bulletin „Geld und Kredit"[18] und den „Wirtschaftswissenschaftlichen Informationen"[19] Aufsätze zur Diskussion über die Nutzung des Wertgesetzes in der sozialistischen Ökonomie. Auch in Polen, in der Sowjetunion und in anderen RGW-Ländern wurde in den vorausgegangenen Jahren, verstärkt seit 1954 eine intensive Diskussion hierzu geführt und in der DDR z. T. in Übersetzungen veröffentlicht.[20]

Den unmittelbaren Anlaß für die in den folgenden Monaten bzw. Jahren geführte Revisionismus-Kampagne in der Wirtschaftswissenschaft gab die Leitung des Verlages „Die Wirtschaft". Sie hatte „Bedenken", die fertig gedruckte Broschüre von Benary und Behrens auszuliefern, und wandte sich deshalb „Unterstützung suchend" an das ZK der SED. Dort wurde die Broschüre im Herbst 1956 unverzüglich als Mosaikstein in der Destabilisierung der sozialistischen Länder, im besonderen der DDR, nach dem XX. KPdSU-Parteitag und als Bestandteil der politischen Unklarheiten und revisionistischen Bestrebungen unter den Intellektuellen eingeordnet.[21]

In Beratungen des Sekretariats des ZK am 18. Dezember 1956 und des Politbüros des ZK der SED am 15. Januar 1957 wurde beschlossen, die Broschüre nicht auszuliefern, da einige Thesen „im gegenwärtigen Zeitpunkt die starke Gefahr in sich bergen, den Leser politisch zu desorientieren und demobilisierend auf die notwendigen Maßnahmen zur Festigung unserer Staatsmacht wirken können",[22] bzw. „da in ihr falsche Theorien vertreten werden".[23]

Zugleich wurde die Zentrale Parteikontrollkommission beauftragt, gegen Behrens u. a. ein Parteiverfahren einzuleiten, da sie sich „grobe Vergehen haben zuschulden kommen lassen".[24]

Außerdem wurde unter Ausschaltung des Chefredakteurs G. Kohlmey und des gesamten Redaktionskollegiums der „Wirtschaftswissenschaft" vom Politbüro die Herausgabe eines Sonderhefts der „Wirtschaftswissenschaft" zur Kritik der Behrens/Benary-Schrift beschlossen und Fred Oelßner, Kurt Hager und Otto Reinhold damit beauftragt. [25] Es war die gleiche

Politbüro-Sitzung, in der über das „konterrevolutionäre Zentrum Harich" beschlossen wurde. Das war der Auftakt einer Kampagne, die mit verschiedenerlei Mitteln geführt wurde.

Erstens eröffnete Walter Ulbricht mit seinem Referat auf dem 30. Plenum des ZK der SED am 30. Januar 1957 den Generalangriff gegen den Revisionismus. Dieser galt allen politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen, künstlerischen und publizististischen Versuchen eigenständigen sozialistischen Denkens – auch in Polen und Ungarn. Behrens und Benary gehörten zu denen, die am Beispiel konkreter Aussagen zur ökonomischen Funktion des Staates und zur ökonomischen Selbstverwaltung besonders negativ herausgehoben wurden. Diese zentrale politische Attacke wurde in der Diskussion und vor allem auf den nächsten Tagungen des ZK der SED fortgesetzt[26] und selbst in der Tagespresse propagiert.

Zweitens erschien für die wissenschaftliche Öffentlichkeit im Frühjahr 1957 das beschlossene Sonderheft der „Wirtschaftswissenschaft", in dem Behrens und Benary in zwei Aufsätzen ihren Broschürentext zusammengefaßt darstellten (– Behrens hatte dieses Ansinnen zunächst abgelehnt) und denen mehrere kritisierende Artikel von Karl Kampfert, Hermann Scheler, Helmut Richter und Herbert Luck vorangestellt wurden. Sie betrafen vor allem drei Problemkomplexe: die Wechselbeziehungen von Ökonomie und Politik, im besonderen die ökonomischen Funktionen des sozialistischen Staates, zum anderen den Wirkungsmechanismus des Wertgesetzes im Sozialismus sowie die Beziehungen von Spontaneität und Bewußtheit in der sozialistischen Gesellschaft.[27] Mit dem gleichen Argumentationsmuster folgten entsprechende, rein polemische Aufsätze in anderen Zeitschriften.[28]

Drittens schließlich fand eine außerordentlich intensive und organisierte Einflußnahme im Akademie-Institut auf die Wirtschaftswissenschaftler selbst statt. Sie betrafen zuallererst den unmittelbaren Anlaß der inkriminierten Thesen von Benary und Behrens, aber in diesem Zusammenhang auch die gesamte bisherige Arbeit des Instituts und seine mehrfach umstrittenen Auffassungen, die Leitungsverantwortung des Direktors G. Kohlmey und zeitweiligen stellvertretenden Direktors bzw. jetzigen Ministerratsmitglieds F. Behrens sowie den Brief der Parteigruppe des Instituts vom 8. November 1956 an die Parteiführung (Anlage 4). Der in der Anlage nachlesbare Brief der Parteigruppe ist ein hier erstmalig veröffentlichtes Dokument. Er stimmt in seinen prinzipiellen Aussagen und Argumentationen voll

mit ähnlich zustande gekommenen Meinungsäußerungen dieser Wochen in anderen intellektuellen Einrichtungen voll überein (Identifikation mit dem Sozialismus in der DDR und begründete Sorge um ihn, Kritik der praktizierten Informationspolitik, Forderungen nach Demokratisierung des innerparteilichen und öffentlich-gesellschaftlichen Lebens, notwendige Veränderungen in der Wirtschaftsleitung). Der Brief zeigt die Stimmungslage im Gesamtinstitut, und durch die Zustimmung der DAW-Grundorganisation der SED in Stadtmitte gibt er zugleich einen Einblick in die politisch-intellektuelle Situation der Akademie in jener Zeit.

Ulbricht ist in seinem Referat auf dem 30. Plenum auf diesen Brief der Parteigruppe des Instituts sogar gesondert eingegangen.[29] Im Ergebnis dieser sich nahezu drei Jahre hinziehenden Auseinandersetzungen wurden Behrens, Benary und Kohlmey zu immer weiterführenden selbstkritischen Stellungnahmen gedrängt,[30] F. Behrens von seinen staatlichen Regierungsfunktionen entbunden und G. Kohlmey als Institutsdirektor abgelöst, A. Benary und einige weitere junge Wissenschaftler in die ökonomische Praxis geschickt und eine umfassende Umstrukturierung des Instituts, einschließlich der Delegierung namhafter Wirtschaftsfunktionäre an das Institut versucht, um es grundlegend zu reorganisieren. Dieser Versuch scheiterte und der Wechsel in der Funktion des Institutsdirektors von G. Kohlmey zu F. Oelßner 1958 ließ auch den Gründungsauftrag, das zentrale wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitut zu werden, in Vergessenheit geraten. Es fand eine bleibende „wissenschaftspolitische Rückstufung" des Akademie-Instituts statt, die im Vergleich zu den Akademie-Instituten der UdSSR und den anderen RGW-Ländern einmalig war. F. Oelßner selbst war im Ergebnis parteiinterner Auseinandersetzungen auf dem 35. Plenum des ZK der SED 1958 aus dem Politbüro ausgeschlossen worden und auf diese Weise – selbst politisch arg beschädigt – an die Akademie gekommen, und zum anderen war mit der Organisation des Sonderhefts der „Wirtschaftswissenschaft" 1957 die wissenschaftspolitische und auch wissenschaftliche Leitfunktion der Wirtschaftswissenschaften von der Akademie für immer auf andere Einrichtungen der DDR übergegangen.

Wie tief verankert das persönliche und institutionelle Mißtrauen gegenüber dem Akademie-Institut war, geht u. a. auch daraus hervor, daß es noch 1959 einflußreiche Bestrebungen im ZK-Apparat gab, Fritz Behrens, jahrelanges Parteimitglied (seit 1926) und bis vor kurzem noch Regierungsmit-

glied (Stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik), außerdem Nationalpreisträger der DDR und Akademiemitglied aus dem Akademie-Institut für Wirtschaftswissenschaften in eine untergeordnete Tätigkeit eines Berliner Großbetriebes zu verbannen. In einer Hausmitteilung unterbreitete der damalige Sekretär der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED – unterschrieben von Günter Mittag selbst – dem Leiter der Abteilung Wissenschaften beim ZK der SED, H. Hörnig am 9. Oktober 1959 „folgende Vorschläge für einen Einsatz des Genossen Prof. Dr. Behrens in volkseigenen Betrieben:

1. VEB Elektroapparatwerke J. W. Stalin, Berlin-Treptow
   Vorgesehene Funktion: Stellvertretender Leiter der Betriebsorganisation
2. VEB Bergmann-Borsig, Berlin
   Vorgesehene Funktion: Stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Betriebsorganisation
3. VEB Kühlautomat, Berlin
   Vorgesehene Funktion: Stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Arbeit oder stellvertretender Abteilungsleiter der Abteilung Betriebsorganisation."[31]

Für jeden dieser Betriebe wurde eine kurze Charakteristik des Betriebsprofils und der – in allen drei Fällen kämpferischen – Betriebsparteiorganisationen gegeben. Über die Gründe, warum diese Entfernung Behrens' aus dem Akademie-Institut – nachdem A. Benary und einige weitere jüngere Mitarbeiter das Institut schon verlassen mußten – schließlich doch nicht realisiert wurde, kann bisher nur gemutmaßt werden. Da – wie die Archiv-Unterlagen dokumentieren – in diese Bestrebungen Behrens „in die Produktion" zu schicken sowohl die Wirtschaftskommission des ZK mit ihrem Sekretär, die Abteilung Wissenschaften des ZK mit ihrem Leiter und die Parteiorganisation der Akademie schon seit längerem einbezogen waren, kann begründet angenommen werden, daß dies nur durch noch höhere Entscheidungsvollmacht verhindert wurde. Es liegt nahe, daß Wolfgang Berger – einer der ersten Schüler F. Behrens an der Universität Leipzig – als persönlicher wirtschaftspolitischer Mitarbeiter Walter Ulbrichts – mit welchen Begründungen auch immer – zumindest dies zu verhindern wußte.[32]

Das Jahrzehnt des Instituts von 1958 bis 1969 unter Leitung von F. Oelß-

ner bedarf einer eigenen differenzieten Analyse und Darstellung. Hier sollen nur einige Aspekte hervorgehoben werden:

Erstens gelang es, die mit der Revisionismus-Kampagne verbundene drohende Gefahr der Auflösung des Instituts abzuwenden und einen normalen wissenschaftlichen Arbeitsablauf wiederherzustellen, ohne daß die ideologische und wissenschaftspolitische Stigmatisierung ausgeräumt werden konnte.

Zweitens: Obwohl Fritz Behrens mit seinen erneut forcierten Untersuchungen zum Nutzeffekt der Arbeit und G. Kohlmey mit verschiedenen Arbeiten zu den internationalen Wirtschaftsbeziehungen und andere Forschungsgruppen zur Ökonomie des Sozialismus auch international anerkannte empirische und theoretische Ergebnisse vorlegten, wurden das Institut und seine führenden Politökonomen bei der Konzipierung des „Neuen Ökonomischen Systems" (NÖS) Anfang der 60er Jahre von seinen Akteuren bewußt nicht mit einbezogen. Auch dann, wenn eindeutig auf von Behrens und Kohlmey in den 50er Jahren entwickelte Positionen zurückgegriffen oder daran angeknüpft wurde, betonte man postwendend, daß dies nichts mit den revisionistischen Auffassungen der 50er Jahre gemeinsam habe. Selbst die im Rahmen der Akademie zur Diskussion gestellten Klassen-Vorträge von F. Behrens über „Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der Volkswirtschaft"[34] und von G. Kohlmey über „Zielfunktionen des sozialistischen Wirtschaftens"[35] und dessen im technokratischen „Zeitgeist" verfaßten Jahrbuch-Aufsatz „Planen als Regeln und Steuern"[36] wurden wiederum – von G. Mittag persönlich – auf einer ZK-Beratung mit politischen und ideologischen Wertungen wissenschaftlich ins Abseits gestellt.

Das Akademie-Institut sollte nach wie vor von den wesentlichen und entscheidenden wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Problemen ferngehalten werden.

Drittens gelang es dem Institut, sich in dem – zunächst weniger umkämpften Feld der Kapitalismus- und Theoriegeschichtsforschung zu profilieren. R. Gündels, H. Heiningers, P. Hess und K. Zieschangs u. a. Beiträge zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die von P. Friedländer, H. Schilling u. a. durchgeführten Untersuchungen zum westdeutschen Neokolonialismus – fanden auch über die westlichen Grenzen der DDR hinaus Beachtung. In der Akademiereform wurde aber 1968 auch die

Kapitalismus-Forschung aus dem Akademie-Institut „wegprofiliert", allein die von H. Meißner geleitete Abteilung zur Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart bürgerlicher Wirtschaftstheorien verblieb an der Akademie.

Viertens ermöglichte F. Oelßner – und ich erinnere mich, daß von ihm die entscheidende leitungsmäßige Initiative ausging – 1963 die Bildung einer eigenständigen Arbeitsgruppe „Soziologie" innerhalb des von G. Kohlmey geleiteten Bereichs zur politischen Ökonomie des Sozialismus. Ein Jahr vor dem offiziellen Politbüro-Beschluß zur Entwicklung der Soziologie in der DDR ermöglichte er damit die erste offiziell institutionalisierte Soziologie-Forschungsgruppe der DDR und stellte dafür K. Braunreuther von der Humboldt-Universität im Werkvertrag ein. Das vom Institut und vom Akademie-Verlag beschlossene und in zwei Heften als Manuskript bereits vorliegende wissenschaftliche Bulletin „Soziologie und Gesellschaft" (– nach dem Muster von „Geld und Kredit" und „Konjunktur und Krise" –) konnte auf Grund „höheren Einspruchs" allerdings nicht erscheinen. Die Archiv-Unterlagen erlauben hierzu eine eigenständige Dokumentation. Das Protokoll über die 1966 durchgeführte internationale Tagung über soziologische Probleme der Fluktuation von Arbeitskräften erschien 1967 als Band 24 der Instituts-Schriftenreihe.[37]

Fünftens waren es auch F. Behrens und F. Oelßner, die G. Kohlmey und K. Braunreuther 1964 zur Wahl als Akademiemitglied einreichten. Zugleich war es auch in den 60er Jahren, daß das Institut eine größere Zahl von Hochschulabsolventen einstellte, von denen sich mehrere schon bald als leistungsfähige Forscher auswiesen (G. Kraft, U. Ludwig, N. Paeche, J. Wahse u. a.).

Sechstens wurde im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten versucht, auch die internationalen Wissenschaftsbeziehungen voranzutreiben. G. Kohlmey war zur Zeit von Che Gueverras Tätigkeit als Wirtschaftsminister Kubas für mehrere Wochen in Havanna als Berater tätig und auch weiterhin bestrebt, seine gemeinsamen und vergleichenden Untersuchungen im RGW-Maßstab fortzusetzen, Ota Šik entwickelte 1967 in einem Institutsplenum die ersten Vorstellungen für Wirtschaftsreformen in der CSSR, P. Hess und H. Maier gaben Oskar Langes zweibändige „Politische Ökonomie" im Akademie-Verlag heraus, F. Behrens war gefragter Referent an westdeutschen Universitäten, bei Studentenverbänden und anderen wissen-

schaftlichen Institutionen, die Soziologen entwickelten seit 1964 ihre neuen Wissenschaftskontakte mit den sozialistischen Ländern und selbst mit der BRD (u. a. waren L. v. Friedeburg und R. Mayntz 1965 zu Vorträgen im Institut).

Anläßlich der Konferenz über „100 Jahre Kapital" kam es jedoch 1967 in Frankfurt/M. erneut zu einer Auseinandersetzung zwischen F. Behrens und anderen DDR-Teilnehmern, in deren Folge Behrens sich 1970 aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig emeritieren lassen mußte.[38]

Mit der 1968 beginnenden Akademie-Reform und der nach den CSSR-Ereignissen 1968 für alle gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen eingeführten Leiteinrichtungen an den Parteiinstituten begann für das Akademie-Institut für Wirtschaftswissenschaften eine nächste Phase.

## Anmerkungen

1 Bericht über die Arbeit des Instituts für Wirtschaftswissenschaften im Jahr 1955 und im I. Quartal 1956. In: Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, „Probleme der politischen Ökonomie", Bd. I. Berlin 1957, S. 1.

2 Über die zeitweilige Existenz von neugegründeten Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten (GEWIFAK) wurde in den Jahren 1947–1950/51 an den Universitäten Leipzig und Rostock die Umgestaltung des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums befördert, in Jena war die GEWIFAK mehr philosophisch orientiert.

3 Aufzeichnung von zwei Gesprächen des Autors mit Gunther Kohlmey über seine Tätigkeit am Institut für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie de Wissenschaften am 18. Oktober und 15. November 1994 .

4 Von 1955 bis 1968 erschienen 30 Bände der Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Deutschen Akademie der Wissenschaften im Akademie-Verlag Berlin. Im folgenden sind die Autoren und Titel bis 1963 genannt:
- Bd. 1: Kohlmey; Das Geldsystem der Deutschen Demokratischen Republik, 1956.
- Bd. 2: F. Behrens; Arbeitsproduktivität, Lohnentwicklung und Rentabilität, 1955.
- Bd. 3: A. Lemmnitz; Das Geld und die Funktion des Geldes im Sozialismus und in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, 1955.
- Bd. 4: Protokoll der Theoretischen Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 11.–14. März 1955 zu dem Thema „Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik", 1955.
- Bd. 5: Protokoll der Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 26.–29. Januar 1956 zu dem Thema „Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland". 1956.
- Bd. 6: J. L. Schmidt; Neue Probleme der Krisentheorie, 1957.

- Bd. 7: G. Kohlmey; Entwicklungsprobleme des sozialistischen Weltwirtschaftssystems. Ein Diskussionsbeitrag. 1958.
- Bd. 8: K.-H. Jonuscheit; Kosten und Kostensenkung im sozialistischen Einzelhandel der Deutschen Demokratischen Republik. 1958.
- Bd. 9: K. Zieschang; Grundprobleme der Investitionsfinanzierung in Westdeutschland. 1959.
- Bd. 10: H. Turley; Neoliberale Monopoltheorie und „Antimonopolismus". Ein Beitrag zur Aufdeckung des apologetischen Charakters des Neoliberalismus in Westdeutschland. 1961.
- Bd. 11 und 12: Neue Erscheinungen in der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie. Protokoll der Internationalen Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1961.
- Bd. 13: F. Behrens; Zur Theorie der Messung des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Arbeit. 1963.

5 Vgl.: F. Oelßner; Der Marxismus der Gegenwart und seine Kritiker. Berlin 1948. F. Oelßner; Die Wirtschaftskrisen. Erster Band: Die Krisen im vormonopolistischen Kapitalismus. Berlin 1949.

6 F. Oelßner; Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Heft 56 der Vorträge und Schriften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Berlin 1955.

7 Die im Dezember 1952 mit dem Referat von F. Oelßner „Eine neue Etappe der marxistischen politischen Ökonomie in der UdSSR" durchgeführte Konferenz war vom ZK der SED organisiert. (Vgl.: F. Oelßner; Eine neue Etappe der marxistischen politischen Ökonomie. Über die Bedeutung des Werkes J. W. Stalins. Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR", Berlin 1953).

8 Protokoll der Theoretischen Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 11. bis 14. März 1955 zu dem Thema „Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik". Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, Nr. 4. Berlin 1955.

9 S. Kahn; Struktur und Entwicklung der Wirtschaft in Westdeutschland nach dem zweiten Weltkrieg. Heft 60 der Vorträge und Schriften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Berlin 1956.
R. Agricola; Der gegenwärtige Stand der ökonomischen Wissenschaft in Westdeutschland. Heft 59 der Vorträge und Schriften der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Berlin 1956.

10 Protokoll der Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 26.–29. Januar 1956 zu dem Thema „Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaften in Westdeutschland". Schriften des Instituts für Wirtschaftswissenschaften. Nr. 5. Berlin 1956. S. 54.

11 Vgl. ebenda: S. 55–62, S. 77–89, S. 209–213.

12 Ebenda, S. 88ff.

13 G. Kohlmey; Diskussionsbeitrag. In: 3. Parteikonferenz der SED vom 24.–30.03.1956. Diskussionsbeitrag zum 1. Tagesordnungspunkt: Der zweite Fünfjahrplan und der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik. Berlin 1956. S. 84–92.

14 F. Behrens; Kühne Perspektiven – Ausdruck unserer Kraft. Über die ökonomische Ent-

wicklung in der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik. „Die Wirtschaft" vom 12.04.1956.

15 A. Lemmnitz; Lage und Perspektiven der Arbeiterklasse in Westdeutschland. Kritische Bemerkungen zu einem Aufsatz von Prof. Behrens. „Neues Deutschland" vom 24. Mai 1956
- R. Naumann; Über den Reallohn der Arbeiter in Westdeutschland. „Neues Deutschland" vom 26. Mai 1956.
- In mehreren Briefen der Chefredaktion des „ND" an F. Behrens wurde er mit Berufung auf K. Hager und Rücksprachen mit K. Schirdewan um eine „Erwiderung an die Genossen Lemmnitz und Naumann im Umfang von 3–4 zweizeilig geschriebenen Schreibmaschinenseiten" gebeten... , in denen „keine besonderen persönlichen Spitzen enthalten sein sollen".
- F. Behrens; Diskussion über Westdeutschland. Zuschrift zu den Aufsätzen von Prof. Dr. Alfred Lemmnitz und Prof. Robert Naumann. „Neues Deutschland" vom 8. Juli 1956.

16 A. Benary, F. Behrens; Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode. Berlin 1956.

17 Vgl. u. a. in der Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft" die Diskussions-Artikel:
- W. Brus; Zu einigen Problemen der Einwirkung des Wertgesetzes auf die sozialistische Produktion. 1955, H. 4, S. 510–528.
- Über das Wirken des Wertgesetzes in der Übergangsperiode. Diskussion im Rahmen einer erweiterten Sitzung des Redaktionskollegiums der „Wirtschaftswissenschaft". 1955, H. 6, S. 922–923 (unter Teilnahme u.a. von W. Brus).
- A. Benary; Zur Funktion des Wertgesetzes im System der ökonomischen Gesetze des Sozialismus. 1956, H. 1, S. 67–90.
- A. Lemmnitz; Über die marxistische Lehre vom Preis und die Preispolitik der Deutschen Demokratischen Republik. 1956, H. 1, S. 91–115.
- G. Kohlmey; Einige Fragen der planmäßigen Ausnutzung der Wertformen und des Wertgesetzes in der Periode des Übergangs vom Sozialismus. 1956, H. 3, S. 445–463.
- A. Lemmnitz; Wertgesetz und Preis in der DDR. 1956, H. 2, S. 272–286.

18 Vgl. u.a. in dem Bulletin „Geld und Kredit".:
- G. Kohlmey; Vier Grundfragen der Geldtheorie. 1956, H. 1, S. 5–22.
- W. Heinicke; Über die Funktion des Geldes im Sozialismus. 1956, H. 2, S. 87–115.
- E. Knauthe; Die Möglichkeiten der Ausnutzung des Kredits zur Kontrolle über die Realisierung des ökonomischen Nutzens von Investitionen in der volkseigenen Industrie. 1957, H. 1, S. 3–16.

19 Vgl. u. a. in den „Wirtschaftswissenschaftlichen Informationen":
- M. Pohorille; Randbemerkungen zur Diskussion über die Rolle des Wertgesetzes in der sozialistischen Gesellschaftsordnung, H. 1 (1957).
- M. H- Dobb; Das Preissystem und die Rolle des Wertgesetzes in der sozialistischen Wirtschaft. H.1 (1957).

20 Vgl. u. a. die Aufsätze der polnischen Ökonomen W. Brus und M. Pohorille (a. a. O.) sowie die vor allem in der Zeitschrift „Sowjetwissenschaft – Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge" laufend veröffentlichten Übersetzungen..

21 Die Revisionismus-Kampagne in den Wirtschaftswissenschaften, ihr gesellschafts-, wissenschafts- und ideologiepolitischer Kontext sowie der persönliche Bezug zu F. Behrens, A. Benary und G. Kohlmey ist inzwischen vergleichsweise gut dokumentiert, so daß hier auf eine ausführliche Darstellung verzichtet und auf die vorliegende Literatur verwiesen werden kann.

Vgl. u. a.:

- S. Becker, H. Dierking; Die Herausbildung der Wirtschaftswissenschaften in der Frühphase der DDR. Köln 1989.
- Helmut Steiner; Der aufrechte Gang einer DDR-Ökonomen: Fritz Behrens (1909–1990). In: „Utopie konkret" (Berlin), 1990, H. 2, S. 80–84.
- H. Steiner; Lebensbilanz eines sozialistischen Wissenschaftlers. Zum erstmaligen Erscheinen seiner Kritik des Staatssozialismus. In: „Deutschlandarchiv" (Köln), 1992, H. 11, S. 1160–1168.
- G. Kohlmey – Sozialismus – Utopie als Arbeitsaufgabe. Nachdenken über einen Nachlaßband von Fritz Behrens. „Utopie kreativ", 1992, H. 21/22, S. 88–94.
- H. Steiner; Gunther Kohlmey im Fadenkreuz der Revisionismus-Kampagne. In: „Utopie kreativ" (Berlin), 1993, H. 33/34, S.82–105.
- G. Krause; „Die Revisionismus-Debatte" in den Wirtschaftswissenschaften der DDR. F/T Discussions papers, N. 2 Europa Universität Viadrina Frankfurt/O. 1996.
- H. Steiner; Das kurze Tauwetter. Zum 85. Geburtstag des marxistischen Wirtschaftswissenschaftlers Gunther Kohlmey. In: „Sozialismus" (Hamburg), 1998, H. 7/8, S. 22–25.
- G. Krause; Wirtschaftstheorie in der DDR. Marburg. 1998.
- E. Müller, M. Neuhaus, J. Tesch (Hrg.); „Ich habe einige Dogmen angetastet ...". Werk und Wirken von Fritz Behrens. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 1999.

Die Revisionismus-Kampagne wird deshalb hier allein unter dem Gesichtspunkt der sich daraus ergebenen Wirkungsbedingungen des Akademie-Instituts für Wirtschaftswissenschaften skizziert.

22 SAPMO J IV 2/3/540.

23 SAPMO J IV 2 /2/522.

24 Ebenda.

25 Ebenda.

26 Es wird hier und im folgenden nur auf die Wirtschaftswissenschaftler der DAW und nicht auf die in gleichem Zusammenhang geführten Angriffe auf W. Harich, E. Bloch, K. Vieweg u. a. eingegangen:

- W. Ulbricht; Grundfragen der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Referat auf der 30. Tagung des Zentralkomitees der SED am 30. Januar 1957. Berlin. 1957. (die Wirtschaftswissenschaftler an der DAW betreffend besonders: S. 48–54, 71–72, 85–88).
- Diskussionsbeiträge auf der 30. Tagung des ZK der SED . In: „Unsere ökonomischen Probleme und die Verbesserung der Wirtschaftsführung". Berlin 1957: F. Oelßner, S. 63–80, R. Naumann, S. 115–126.
- A. Neumann; Über die Durchführung der Beschlüsse der 30. ZK-Tagung. Referat auf der 32. Tagung des ZK der SED vom 10.–12. Juli 1957. Berlin 1957. Teil II: Wie hat die Auseinandersetzung mit dem Revisionismus die Partei ideologisch gefestigt und zusammengeschlossen?. S. 41–49.

27 „Zur ökonomischen Theorie und Politik in der Übergangsperiode". 3. Sonderheft der „Wirtschaftswissenschaft". Berlin 1957.

- K. Kampfert; Gegen das Aufkommen revisionistischer Auffassungen in der Wirtschaftswissenschaft. S. 1–19.
- H. Scheler; Über das Verhältnis von Spontaneität und Bewußtheit. S. 20–43.
- H. Richter; Wertgesetz und Spontaneität in der Übergangsperiode. S. 44–61.

- A. Benary; Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode. S. 62–94.
- H. Luck; Bemerkungen zum Artikel von Behrens „Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode". S. 95–104.
- F. Behrens; Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode. S. 105–140.

28 Vgl. u. a.
- R. Naumann; Gegen die Gefahr der Entwicklung revisionistischer Auswirkungen auf dem Gebiet der Politischen Ökonomie. „Einheit", 1957, H. 2, S. 157–167.
- A. Lemmnitz; Über die „Administration" und die „Ökonomie" im Sozialismus und in der Übergangsperiode. „Deutsche Finanzwirtschaft", 1957, H. 6, S. 81–89.
- C. Kromm, H. Abelmann; Gegen den Revisionismus in der Ökonomie. „Das Hochschulwesen", 1958, H. 8, S. 333–336.
- Redaktionskollegium; Wider den Revisionismus. Zur Stellungnahme von Fritz Behrens. „Wirtschaftswissenschaft", 1958, H. 1, S. 22–30.

29 W. Ulbricht, a. a. O., S. 71/72.

30 Aus der Vielzahl der abverlangten mündlichen und schriftlichen Stellungnahmen und Selbstkritiken seien nachlesbar – unvollständig – genannt:
- F. Behrens; Die Planung und Leitung der Volkswirtschaft – eine Stellungnahme. „Wirtschaftswissenschaft", 1958, H. 1, S. 31–38.
- F. Behrens; Meine Konzeption war revisionistisch. „Neues Deutschland" vom 4. März 1958.
- G. Kohlmey; Über politische und wissenschaftliche Verantwortung in der marxistischen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsarbeit – eine Stellungnahme.
- „Wirtschaftswissenschaft", 1958, S. 367–370.
- F. Behrens, A. Benary;Erklärung. „Neuer Weg", 1960, H. 9, S. 650–652.
- F. Behrens; Ware, Wert und Wertgesetz. Kritische und selbstkritische Betrachtungen zur Wertheorie im Sozialismus. Berlin 1961. Manuskriptabschluß: 25. September 1958. Erste Überarbeitung: Mai 1959. Zweite Überarbeitung: August 1960.

31 Hausmitteilung des ZK der SED vom Sekretär der Wirtschaftskommission, G. Mittag, an den Leiter der Abteilung Wissenschaften, H. Hörnig vom 9.10.1959. SAPMO IV 2/904/209, Bl. 259.

32 Vgl. J. Roesler; Behrens und Berger. Zur Rolle des Behrens-Schülers und Ulbricht-Beraters Wolfgang Berger in der Wirtschaftspolitkder SED. In: „Ich habe einige Dogmen angetastet ...". Werk und Wirken von Fritz Behrens. Beiträge des Vierten Walter-Markov-Kolloquium. Hrsg. von E. Müller, M. Neuhaus, J. Tesch. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Leipzig 1999. S. 39–53.

33 F. Oelßner war – auf jeden Fall in den ersten Jahren nach seinem „erzwungenen" Wechsel von der praktischen Politik an die Akademie – bestrebt, sich neben seiner Tätigkeit als Direktor des Instituts (1958–1969) und Sekretar der Klasse für Philosophie, Geschichte, Staats-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften (1961–1968) mit eigenen wissenschaftlichen Beiträgen auszuweisen. Nach eigenen Aussagen hatte ihm W. Ulbricht nach seinem Ausschluß aus dem Politbüro und nach der „Delegierung" an die Akademie jedoch explizit aufgetragen, sich nicht weiter in die Wirtschaftspolitik der Parteiführung einzumischen. Die Themen seiner Arbeiten sind daher überwiegend theoriegeschichtlich orientiert und Problemen der politischen Ökonomie des Kapitalismus sowie der Wirtschaftsgeschichte des Sozialismus und nicht aktuellen Problemen des Sozialismus gewidmet.

Vgl. aus diesen Jahren von F. Oelßner u.a. die Akademie-Vorträge und den Jahrbuch-Aufsatz 1960:
- Probleme der Krisenforschung. Berlin 1959.
- Die ökonomische Theorie von Karl Marx als Anleitung für die sozialistische Wirtschaftsführung.
- Ein Beitrag zur Monopoltheorie. In: Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften „Probleme der politischen Ökonomie", Bd. 3. Berlin 1960, S. 12–193.

34 Klassenvortrag am 16. September 1965, zum Druck genehmigt am gleichen Tage, erschien erst nach einem Jahr am 27. Juli 1966.

35 Klassenvortrag am 10. Februar 1966, ausgeliefert am 17. September 1966.

36 Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaft, „Probleme der politischen Ökonomie", Bd. 11, Berlin 1968, S. 89–121.

37 K. Braunreuther, F. Oelßner, W. Otto (Hrg.); Soziologische Aspekte der Arbeitskräftebewegung. Internationales Kolloquium, Berlin, Juni 1966. Berlin 1967.

38 Über seine weitere wissenschaftliche Tätigkeit nach der Emeritierung gibt der nach 1989/90 erschienene Band aus seinem Nachlaß Aufschluß: F. Behrens; Abschied von der sozialen Utopie. Berlin 1992.
Jetzt – und erst jetzt – beschäftigte er sich mit der Revision, aber nicht des Marxismus, sondern allein des „ML-Marxismus" und der staatssozialistischen Praxis.

## Anlagen

1. Fritz Behrens, Über die Lage der Wirtschaftswissenschaften. Manuskript für „Neues Deutschland" vom 02. Mai 1956. Unveröffentlicht.
SAPMO IV/2/904/209/ Bl. 17–23.
2. Aktennotiz vom 26.01.1957 des Sektors Politische Ökonomie der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED über eine Aussprache mit Genossen Professor Naumann am 19.01.1957.
SAPMO IV2/904/404, Bl.118.
3. Aktennotiz vom 28.01.1957 des Sektors Politische Ökonomie der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED für Genossen Hager über „Diskussionen unter den Wirtschaftswissenschaftlern und das Auftreten bestimmter Genossen Wirtschaftswissenschaftler".
SAPMO IV 2/904/402, Bl. 199–122.
4. Stellungnahme der Parteigruppe des Akademie-Instituts für Wirtschaftswissenschaften an das Zentralkomitee der SED vom 8.11.1956.
SAPMO IV 2/904/209 Bl. 34.

**Anlage 1:**

## Abschrift!

Prof. Dr. Fritz Behrens 2. Mai 1956

***Über die Lage der Wirtschaftswissenschaften***

Es war nicht das erste Mal, daß die Wirtschaftswissenschaftler kritisiert worden sind, aber auf dem XX. Parteitag der KPdSU wurden sie zum ersten Mal in einer solchen Art kritisiert, daß zugleich wesentliche Ursachen für die Mängel ihrer Arbeit aufgezeigt wurden. Es hieße Eulen nach Athen tragen, versuchte man noch einmal nachzuweisen, daß auch bei uns Dogmatismus und Buchstabengelehrtheit vorherrschend waren – und auch noch sind. Leider wird eine Diskussion über die Ursachen der Stagnation der wirtschaftswissenschaftlichen Arbeit bei uns – von sehr schwachen Ansätzen abgesehen – bisher noch nicht geführt, weil man sich scheut, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Mir scheint notwendig zu sein, darauf hinzuweisen, daß wir drauf und dran sind, aus dem Kampf gegen den Dogmatismus selbst wieder ein Dogma zu machen. Wir verlangen von unseren wissenschaftlichen Kadern, die unter Aufbietung von nicht wenig Mühe erst zu Dogmatikern und Buchstabengelehrten erzogen worden sind, daß sie durch eine bloße Proklamation über Nacht plötzlich zu kühnen und kritischen Forschern werden. Natürlich gehört auch dazu ein Prozeß – in diesem Fall der Umerziehung –, der aber bei weitem nicht so langfristig und schwierig sein wird, wie die vorangegangene falsche Erziehung, weil er der natürlichen Begabung der meisten Menschen, selbst zu denken und nicht andere für sich denken zu lassen, entgegenkommt. Ich bin der Überzeugung, daß wir bald große Erfolge in unserer wirtschaftwissenschaftlichen Arbeit haben werden, wenn wir in dem Geist, in dem die Genossen der Sowjetunion auf dem XX. Parteitag ihre zukünftige Arbeit berieten, auch an unsere Probleme herantreten.

Da haben wir bisher aber noch nicht getan!

Um das aber tun zu können, müssen wir als eine der wichtigsten Lehren des XX. Parteitages beachten, daß nicht jeder in der Vergangenheit gemachte Fehler als historisch notwendig gerechtfertigt werden kann. Es lag z. B.

durchaus keine historische Notwendigkeit bei uns vor, daß wir unsere wissenschaftlichen Kader in der Vergangenheit zu der Auffassung erzogen, die politische Ökonomie könne nur durch den Gen. Stalin weiterentwickelt werden. Man soll jetzt nicht sagen, daß wir das nicht getan hätten, denn wir haben nicht nur aus den „Ökonomischen Problemen des Sozialismus in der UdSSR" eine Art Katechismus gemacht. Einen Katechismus darf man aber nur zitieren und kommentieren und im übrigen muß man glauben an das, was drinsteht. Wer jemals von unseren Wirtschaftswissenschaftlern mit bürgerlichen Wissenschaftlern diskutierte – es sind nicht viele, die das taten –, dem ist ihr – natürlich so allgemein formuliert übertriebener – Vorwurf bekannt, daß wir in unseren Arbeiten nur Kommentare unserer Klassiker geben, also haargenau das tun, was Gen. Suslow auf dem XX. Parteitag mit den Worten kritisierte, „das was einzelne Persönlichkeiten schaffen, zu übernehmen und zu popularisieren."

Das macht unsere Arbeiten wenig anziehend für Menschen, die eigene Wege zu den Zielen suchen, für die wir kämpfen.

Um die Frage nach den Ursachen der Stagnation in unserer wirtschaftwissenschaftlichen Arbeit wirklich beantworten zu können, ist es m. E. notwendig, von der Frage auszugehen, warum wir keine – oder so wenig – schöpferische Arbeiten haben. Der Dogmatismus war oft erst die Folge und nicht die Ursache dieser Tatsache. Wenn eine schöpferische Arbeit aus welchen Gründen auch immer – nicht möglich ist, so bleibt dem Wissenschaftler oft, wenn er überhaupt arbeiten will, nichts anders, als zu zitieren und zu kommentieren.

Man darf also, will man eine richtige Antwort finden, nicht Ursache und Wirkung miteinander verwechseln.

Damit breche ich natürlich keine Lanze für diejenigen unter unseren Wirtschaftswissenschaftlern, die heute mit derselben Starrheit gegen den Dogmatismus zu Felde ziehen, wie sie gestern andere Wissenschaftler für das Fehlen eines geeigneten Stalin-Zitates kritisierten. Das sind unschöpferische Menschen, die unter den neuen Bedingungen der wissenschaftlichen Arbeit, die nach dem XX. Parteitag auch bei uns gelten, sehr schnell von den nachwachsenden Kadern abgelöst werden. Sie zitierten und kommentierten nicht, weil sie mußten, sondern weil sie es nicht anders verstanden. Von diesen Dogmatikern, die solche bleiben, auch wenn sie sich heute als Kämpfer gegen den Dogmatismus tarnen, spreche ich nicht.

Warum keine schöpferischen Arbeiten – das ist also die Frage! Es soll versucht werden, eine Antwort auf diese Frage zu geben.

Während die bürgerliche Wissenschaft insgesamt von einer idealistisch-metaphysischen Grundkonzeption ausgeht, ist die Grundkonzeption der marxistischen Wissenschaften eine materialistisch-dialektische. Die idealistisch-metaphysische Grundkonzeption der bürgerlichen Wissenschaft schließt bekanntlich große Leistungen im einzelnen und auf einzelnen Gebieten nicht aus, besonders auf naturwissenschaftlichem Gebiet. Ihre Methoden und Ergebnisse sind aber insgesamt widerspruchsvoll, weil die Wahrheit immer schwerer mit den bürgerlichen Klasseninteressen in Einklang zu bringen ist, so daß die Leistungen der bürgerlichen Wissenschaft notwendigerweise am schwächsten auf gesellschaftwissenschaftlichem Gebiet sind. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse stellen nicht nur für die materiellen, sondern auch für die geistigen Produktivkräfte günstige Entwicklungsbedingungen dar. Wie ist es aber möglich, daß auch unter sozialistischen Verhältnissen auch auf gesellschaftswissenschaftlichem Gebiet so geringe Leistungen aufzuweisen sind? Ich bin der Auffassung, daß es im wesentlichen vier Ursachen sind, die zu der Stagnation auf wirtschaftwissenschaftlichem Gebiet führten.

*Erstens* ist es die Reglementierung der wissenschaftlichen Arbeit, die u. a. beispielsweise darin zum Ausdruck kommt, daß das Resultat wissenschaftlicher Konferenzen bereits in der Vorbereitung der Konferenzen festgelegt wird, so daß eine schöpferische Diskussion von vornherein unmöglich ist. Konferenzen dienten nicht der Diskussion neuer Phasen, sondern dem Versuch, alte Dogmen zu beweisen.

*Zweitens* ist es die Erziehung zum Dogmatismus in den vergangenen Jahren, von der ich bereits sprach und die nicht nur im Schematismus unserer Lehrpläne, sondern auch in der Form des akademischen Unterrichts z. B. zum Ausdruck kommt.

Dazu kommt *drittens* die immer noch nicht überwundene falsche Art der Kritik, die nicht vom Inhalt der vorgetragenen Thesen, d. h. von ihrem Wahrheitsgehalt, ausgeht, sondern davon, ob irgendwelche – nach Meinung des Kritikers – vermeintliche Prinzipien verletzt wurden.

Und schließlich als vierte Ursache haben wir, die zwar bestrittene, aber faktisch ausgeübte Unterordnung der Wissenschaft unter die Agitation.

Ich bilde mir weder ein, daß meine Aufzählung erschöpfend ist, noch daß

sie originell ist – den meisten Genossen sind diese Gründe bekannt und sie wissen sicher noch mehr Ursachen des Dogmatismus. Mir kommt es in diesem Zusammenhang auf etwas anderes an. Es ist klar, daß diese Ursachen nicht in den sozialistischen Produktionsverhältnissen selbst begründet sind, sondern nur in falschen Methoden der Leitung und in einer falschen Praxis der Verwaltung der wissenschaftlichen Arbeit begründet sein können. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse, sollen sie ihre Überlegenheit auch auf wissenschaftlichem Gebiet erweisen, verlangen eine Beseitigung dieser und wahrscheinlich eine Reihe anderer Methoden der Leitung und Verwaltung der wissenschaftlichen Arbeit. Das beweisen die Erfahrungen, denn das Resultat bisher war, daß sich ein Widerspruch zwischen den Erfordernissen der wissenschaftlichen Arbeit – insbesondere auf gesellschaftwissenschaftlichem Gebiet – und den Formen herausgebildet hat, unter denen sie bei uns geleistet wird. Deshalb machen wir es uns zu leicht, jetzt alles auf den Personenkult abzuschieben, denn auch der Personenkult ist schließlich nicht vom Himmel gefallen, und wer verbietet uns eigentlich, seine Entstehung und seine Wirksamkeit marxistisch zu analysieren? Eine der entscheidenden Lehren, die uns der XX. Parteitag gegeben hat, war doch zweifellos die, daß die friedliche Koexistenz der beiden Systeme die friedliche Koexistenz der Ideologien nicht mit einschließt. Ich kenne die Genossen, die mir sofort antworten, das sei selbstverständlich und sie hätten das natürlich gewußt. Aber gerade diese Genossen, die mit ihren Antworten so schnell fertig sind, übersehen meistens, daß der Dogmatismus eine Form der bürgerlichen Ideologie ist. Denn was ist Dogmatismus schließlich, wenn nicht Formalismus und Inhaltslosigkeit. Der Dogmatismus ist genau so eine Position des Klassenfeindes in unseren Reihen, wie es der Bürokratismus ist, ja beide gehören zusammen, wie Überbau und Basis. Kann man sich denn einen Bürokraten vorstellen, der denkt, d. h. der kein Dogmatiker ist? Und kann man sich einen Dogmatiker vorstellen, der sich nicht auch an das klammert, was dem Bürokraten das Leben wert und teuer macht, Vorschriften, Paragraphen und Zitate?

Ich denke, daß man den Kampf Lenins gegen den Bürokratismus nicht trennen kann von einem Kampf gegen den Dogmatismus. Bürokratismus und Dogmatismus hemmen unsere Entwicklung gleichermaßen.

Und *die* Genossen, denen *vor* dem XX. Parteitag selbstverständlich schon „alles klar" war – wie ihnen natürlich auch jetzt „alles klar" ist –

haben nur „vergessen, gegen den Dogmatismus zu kämpfen. Sie haben ihn dafür in friedlicher Koexistenz mit ihrer sozialistischen Ideologie selbst praktiziert. Natürlich gab es objektive Umstände, die die Entwicklung des Dogmatismus bei uns begünstigt haben – wie z. B. die Notwendigkeit, unsere jungen wirtschaftswissenschaftlichen Kader überhaupt erst einmal mit dem Marxismus-Leninismus bekannt zu machen. Aber diese Umstände dürfen uns jetzt nicht veranlassen, Fehler als historisch gerechtfertigte Notwendigkeiten zu erklären. Auf unsere Lage trifft genau das zu, was A. J. Mikojan auf dem XX. Parteitag über die ideologische Arbeit sagte: „Objektiv gesehen, muß ein Teil der Schuld an dem unbefriedigenden Stand der ideologischen Arbeit auf die Lage zurückgeführt werden, die für die wissenschaftliche und ideologische Arbeit in den vorangegangenen Jahren entstanden war. Aber zweifellos trifft eine gewisse Schuld an unserem ernstlichen Zurückbleiben an der ideologischen Front auch jene, die an dieser Front tätig sind." Diese „gewisse Schuld" scheint mir bei uns jedenfalls nicht so klein zu sein, daß wir sie übersehen sollten. Wenn wir daran gehen, die Lehren des XX. Parteitages für uns in der Art auszuwerten, daß wir aus den Analysen unserer tatsächlichen Situation konkrete Schlußfolgerungen ziehen, dann sollten wir darauf achten, daß künftig mangelhafte Aktivität unserer Wissenschaftler nicht mehr mit den „Umständen" erklärt werden kann. Es ist ihre Aufgabe, gegen sie zu kämpfen, sofern Überreste sich noch zeigen sollten. Das bedeutet allerdings für manche, besonders die älteren Wissenschaftler, mit der Gewohnheit zu brechen, sich auszuschweigen oder ihre Meinung nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu sagen, was sie bisher mit wenigen Ausnahmen unterließen. Ein Beispiel hierfür mögen ihre Publikationen sein. So hat z. B. in 16 Heften von 1955 bis 1956 unserer Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft" Professor Naumann nur zwei Artikel über „Stalin als Ökonom" und über die Vorgeschichte des Lehrbuchs „Politische Ökonomie" publiziert. Er hat es nicht für nötig befunden, zu aktuellen Problemen unserer Theorie oder Wirtschaftspolitik in all den Jahren seine Meinung öffentlich auszusprechen. Aber Professor Naumann steht nicht allein. Unser führender Arbeitsökonom, Prof. Dr. Thalmann, hat es in dieser Zeit nur auf einen Artikel gebracht – ebenso wie Prof. Eva Altmann und Prof. Dr. Agricola. Andere Wirtschaftswissenschaftler, wie z. B. Prof. Dr. Teichmann oder Prof. Dr. Bordag fehlen völlig. Man kann natürlich die Arbeit dieser Wissenschaftler nicht an ihren veröffentlichten Artikeln mes-

sen – aber auch Bücher haben sie nicht oder wenig geschrieben! Sie haben sich ausgeschwiegen und es vorgezogen, in ihren Vorlesungen zu kommentieren! Ich denke, daß die Wende in unserer Arbeit u. a. auch darin bestehen sollte, daß wir einen solchen Zustand nicht mehr dulden. Man muß es in aller Öffentlichkeit aussprechen, daß man sich auf die in der Vergangenheit zweifellos vorhanden gewesenen Umstände heute nicht mehr berufen kann.

Es liegt aber auch kein Grund dafür vor – auch das muß man mit aller Offenheit aussprechen –, daß manche Genossen jetzt nach dem XX. Parteitag ihre „unschöpferische" Phase mit hörbarem Aufatmen als „objektiv" begründet entschuldigen. Wissenschaft kommt nicht nur von Wissen, sie verlangt auch von ihren Trägern, daß man für seine Auffassung kämpft. Aber das setzt voraus, daß man – sofern man welche hat – sie auch ausspricht.

Ich bin mit Jürgen Kuczynski völlig einverstanden, daß wir den sowjetischen Genossen, die auf dem XX. Parteitag kühn vergangene Fehler kritisiert haben, zu großem Dank verpflichtet sind. Doch dürfen wir über diese Dankbarkeit nicht vergessen, daß wir den Kampf gegen Fehler, die wir gemacht haben, selbst führen müssen.

Wenn wir das vergessen, dann vergessen wir die wichtigste Lehre, die uns der XX. Parteitag gab: *selbst zu denken.*

**Anlage 2:**

Sektor Politische Ökonomie* Berlin, den 26.1.1957

**Betr.: Aussprache mit Genossen Prof. Naumann am 19.1.1957**

**Aktennotiz**

Am 19.1.1957 suchte Genosse Prof. Naumann uns auf, um das Referat des Genossen Kampfert über "Die Lage auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften" sich abzuholen, das wir ihm versprochen hatten.

Bei diesem Besuch war Genosse Prof. Naumann sehr erregt und verschaffte sich in entsprechender Lautstärke Luft.

Es ging wieder einmal darum, dass wir ihn nicht genügend schätzen und

* der Abteilung Wissenschaft und Propaganda des ZK der SED (H. St.)

sen – aber auch Bücher haben sie nicht oder wenig geschrieben! Sie haben sich ausgeschwiegen und es vorgezogen, in ihren Vorlesungen zu kommentieren! Ich denke, daß die Wende in unserer Arbeit u. a. auch darin bestehen sollte, daß wir einen solchen Zustand nicht mehr dulden. Man muß es in aller Öffentlichkeit aussprechen, daß man sich auf die in der Vergangenheit zweifellos vorhanden gewesenen Umstände heute nicht mehr berufen kann.

Es liegt aber auch kein Grund dafür vor – auch das muß man mit aller Offenheit aussprechen –, daß manche Genossen jetzt nach dem XX. Parteitag ihre „unschöpferische" Phase mit hörbarem Aufatmen als „objektiv" begründet entschuldigen. Wissenschaft kommt nicht nur von Wissen, sie verlangt auch von ihren Trägern, daß man für seine Auffassung kämpft. Aber das setzt voraus, daß man – sofern man welche hat – sie auch ausspricht.

Ich bin mit Jürgen Kuczynski völlig einverstanden, daß wir den sowjetischen Genossen, die auf dem XX. Parteitag kühn vergangene Fehler kritisiert haben, zu großem Dank verpflichtet sind. Doch dürfen wir über diese Dankbarkeit nicht vergessen, daß wir den Kampf gegen Fehler, die wir gemacht haben, selbst führen müssen.

Wenn wir das vergessen, dann vergessen wir die wichtigste Lehre, die uns der XX. Parteitag gab: *selbst zu denken.*

**Anlage 2:**

Sektor Politische Ökonomie* Berlin, den 26.1.1957

**Betr.: Aussprache mit Genossen Prof. Naumann am 19.1.1957**

**Aktennotiz**

Am 19.1.1957 suchte Genosse Prof. Naumann uns auf, um das Referat des Genossen Kampfert über "Die Lage auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften" sich abzuholen, das wir ihm versprochen hatten.

Bei diesem Besuch war Genosse Prof. Naumann sehr erregt und verschaffte sich in entsprechender Lautstärke Luft.

Es ging wieder einmal darum, dass wir ihn nicht genügend schätzen und

* der Abteilung Wissenschaft und Propaganda des ZK der SED (H. St.)

unterstützen würden. Er erklärte, er habe die jetzt bei mehreren Wirtschaftswissenschaftlern auftretenden falschen Auffassungen schon vor zwei Jahren gemerkt (Diskussion um die Entwicklung der Proportion zwischen Pm- und Km-Produktion). Er hätte damals an Genossen Oelßner geschrieben. Aber nicht mit den führenden Leuten wie Gen. Prof. Behrens und Gen. Kohlmey, die auch falsche Auffassungen damals vertraten, wurde die Auseinandersetzung damals geführt, sondern die „Kleinen" wie Hessel und Schuppe wurden abgehandelt. Er ließe sich die Mißachtung nicht mehr gefallen und wird dann nicht mehr schweigen. Auch unsere Abteilung wird noch ihr Teil bekommen. Ihm könne bestimmt niemand vorwerfen, daß er jemals den Boden der Partei verlassen habe.

Wir halten dieses Auftreten deshalb für bemerkenswert, weil Gen. Prof. Naumann am kommenden Sonnabend vor einem größeren Kreis von Parteiarbeitern über Behrens Auffassungen im Berliner Parteikabinett sprechen soll (auf Initiative des Gen. Ziller). Gen. Prof. Naumann ist offensichtlich der Meinung, daß jetzt die Zeit gekommen sei, um erfolgreich zu beweisen, daß die Abteilung Wissenschaft und Propaganda sowie der Genosse Oelßner die „falschen Wirtschaftswissenschaftler" gefördert habe. Ihn dagegen, der ständig auf die Gefahr hingewiesen habe, die von solchen ihrer Herkunft nach bürgerlichen Wissenschaftlern wie Behrens und Kohlmey drohe, habe man bewußt vernachlässigt. Es besteht die Möglichkeit, daß Gen. Naumann auf der kommenden ZK-Tagung entsprechend auftreten wird. Aus einer Bemerkung des Gen. Ziller gegenüber den Genossen Reinhold und Kampfert kann man entnehmen, daß er die Auffassungen des Gen. Naumann teilt.

**Anlage 3:**

Sektor politische Ökonomie* Berlin, den 28.1.57
MUIV.

**A k t e n n o t i z für Genossen Hager**

Betr.: Diskussionen unter den Wirtschaftswisssenschaftlern und das Auftreten bestimmter Genossen Wirtschaftswissenschaftler

Im Januar 1956 fand die Konferenz über „Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft in Westdeutschland" statt. Unser Ziel war es, auf dieser Konferenz eine erste umfassende Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland zu erarbeiten und darauf aufbauend, in verschiedenen Arbeitsgruppen Einzelprobleme tiefer zu untersuchen. Diese Konferenz wurde von unserer Abteilung in der Fachkommission vorbereitet. Gleichzeitig nahmen wir aktiven Anteil bei der Vorbereitung der Referate und der Arbeitsgruppen. Bei der Vorbereitung zeigte sich, daß die Leitung des Institutes der Akademie als tragendes Institut sich nicht genügend einsetzte. Unsere Abteilung mußte sich deshalb in die Vorbereitung und auf der Konferenz selbst stärker einschalten. Genosse Prof. Kohlmey als Institutsleiter fühlte sich durch dieses Eingreifen der Abteilung zurückgesetzt, obwohl er bei der Abschlusseinschätzung selbstkritisch zugeben mußte, dass sich die Institutsleitung nicht genügend um die Konferenz bemüht hatte. Auf der Konferenz selbst kam es zu den bekannten Auseinandersetzungen mit den Auffassungen des Genossen Prof. Behrens über den Meinungsstreit, die er auf der Konferenz vorgetragen hatte. In diesen Auseinandersetzungen trieb sich Genosse Prof. Naumann durch überspitzte Angriffe gegen den Genossen Prof. Behrens (er bezichtigte ihn antisowjetischer Auffassungen, die er aber sofort wieder zurücknehmen mußte) weiter in die Isolierung, in der er sich damals bereits befand. Genosse Prof. Kohlmey wich offensichtlich einer Stellungnahme zu den von Behrens vertretenen Auffassungen aus.

In den Auseinandersetzungen nach dem XX. Parteitag konzentrierte sich die Abteilung auf das Akademie-Institut. Mehrere Mitarbeiter der Abteilung

* der Abteilung Wissenschaft und Propaganda des ZK der SED (H. St.)

nahmen an den Versammlungen der Parteigruppe des Institutes teil und setzten sich mit den dort vertretenen falschen Auffassungen auseinander.

Bei der Auseinandersetzung mit den von Genossen Prof. Behrens in der „Wirtschaft" 15/56 vertretenen Auffassungen über die Lage der Arbeiterklasse wurde bei der Abteilung eine Arbeitsgruppe gebildet, die diese Auseinandersetzung führen sollte. Es folgten darauf hin die Artikel der Genossen Lemmnitz und Naumann im ND. Das damit verbundene Ausschalten der Fachkommission Wirtschaftswissenschaft der Abteilung verstärkte die Kluft zwischen einer Reihe führender Genossen Wirtschaftswissenschaftler (Behrens, Kohlmey, Kuczynski) und der Abteilung. Diese Kluft zeigte sich auf der Anfang September 1956 durchgeführten Sitzung der Fachkommission, in der die vorhandenen Gegensätze offen zutage traten. Die Genossen Kuczynski, Kohlmey usw. richteten heftige Angriffe gegen die Abteilung – Reglementieren der Arbeitsweise, Mißtrauen gegenüber den Wirtschaftswissenschaftlern von Seiten der Abteilung usw. Offensichtlich wich der Genosse Prof. Naumann diesen Auseinandersetzungen aus, denn er nahm an dieser Sitzung der Fachkommission nicht teil. Seine Begründung: solange über meinen Artikel im ND gegen den Genossen Behrens gesprochen wird, werde ich an keinen Diskussionen teilnehmen. Ebenfalls lehnte er es ab, trotz Aufforderung durch das Redaktionskollegium in der „Wirtschaftswissenschaft" noch einmal zur Reallohndiskussion Stellung zu nehmen. Wir möchten ebenfalls seine Passivität in der Sektion Wirtschaftswissenschaft der Akademie als Ausweichen bezeichnen. Im Oktober 1956 fand in der Sektion die Diskussion über den Forschungsplan für die Wirtschaftswissenschaft statt. Die Vorlage zu dieser Diskussion wies große Mängel auf. Genosse Naumann nahm zu diesen Mängeln nicht offen Stellung und begründete seine Zurückhaltung damit, dass er angenommen hätte, dieser Plan käme von unserer Abteilung. Wir unterbreiteten unsere Kritiken und Vorschläge zur Verbesserung des Forschungsplanes der Sektion dem Genossen Prof. Kohlmey in einer persönlichen Aussprache vor der Beratung in der Sektion, da wir in der Sektion selbst nicht auftreten können. Genosse Prof. Kohlmey mußte unsere Kritiken anerkennen und versprach, unsere Vorschläge zu berücksichtigen.

Trotz der vorhandenen Meinungsverschiedenheiten mit einer Reihe führender Wirtschaftswissenschaftler waren wir bestrebt, die wirtschaftswissenschaftliche Arbeit weiter voran zu bringen. Wir benutzten hierfür unter

anderem persönliche Aussprachen und die Organisation von Arbeitskreisen und -gruppen zur Diskussion und Lösung bestimmter Probleme. Der Gen. Kampfert nahm des öfteren an den Diskussionen im Redaktionskollegium der Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft" teil. Mit unserer Unterstützung nahm der Arbeitskreis „Automatisierung" am Akademie-Institut seine Arbeit auf. In den letzten Tagen konstituierte sich eine Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern, die sich speziell mit den reaktionären Ideologien über den sogenannten „Volkskapitalismus" auseinandersetzen wird. Dem Genossen Prof. Naumann schlugen wir vor, an seinem Institut speziell die Besonderheiten der Übergangsperiode in der DDR zu untersuchen. Diese Arbeit, mit der Gen. Prof. Naumann einverstanden war, blieb jedoch in den Anfängen stecken, da Gen. Naumann immer wieder mit neuen Plänen auftritt.

Auch die jetzt laufenden Diskussionen über die revisionistischen Auffassungen der Genossen Behrens und Benary zeigten die verschiedensten Reaktionen. Gen. Prof. Behrens hält stur seine Auffassung aufrecht. Genosse Prof. Kohlmey, obwohl nicht in allem mit Gen. Behrens einverstanden, ist offensichtlich der Meinung, daß der Hauptstoß gegen bestimmte dogmatische Auffassungen und gegen die „falsche Arbeitsweise des Parteiapparates" gerichtet werden muß. Gen. Prof. Lemnitz hat sich noch nicht geäußert. Gen. Prof. Naumann hielt sich ebenfalls zurück. Er ist erst in den letzten Tagen aktiv hervorgetreten, vor allem nach dem ihm durch den Genossen Ziller die Stellungnahme der Parteiführung bekannt geworden war. Genosse Prof. Naumann ist hierbei offensichtlich der Meinung, daß jetzt die Zeit gekommen ist, um erfolgreich zu beweisen, daß die Abteilung Wissenschaft und Propaganda die „falschen Wirtschaftswissenschaftler" gefördert habe. Ihn dagegen, der ständig auf die Gefahr hingewiesen habe, die von solchen ihrer Herkunft nach bürgerlichen Wissenschaftler wie Behrens und Kohlmey drohe, habe man bewußt vernachlässigt. Richtig ist aber folgendes. Genosse Prof. Naumann hat sich in den vergangenen Jahren durch äußerst geringe Teilnahme an wissenschaftlichen Diskussionen, durch fast keine wissenschaftlichen Publikationen und oftmals äußerst plumpes Auftreten und Argumentationen von dem größten Teil der Wirtschaftswissenschaftler isoliert. Aufgrund dieser Situation, die ihm völlig bewußt ist und einer großen Unsicherheit ist er besonders in der letzten Zeit vor Auseinandersetzungen zurückgewichen. Da wir ihn nur wegen dieser

Stellung und äußerst mageren Ergebnissen in der wissenschaftlichen Arbeit nicht als Mitglied der Akademie, zum Nationalpreis usw. vorschlagen konnten, ist er der Meinung, wir seien an seiner Lage schuld. Er versucht anscheinend jetzt, wo er meint, die Parteiführung steht hinter ihm, sowohl gegenüber den Genossen Behrens, Kohlmey usw., die ihm wissenschaftlich überlegen sind als auch gegenüber unserer Abteilung mit dem Anspruch des führenden und nicht gewürdigten Wissenschaftler aufzutreten. Wir verweisen in diesem Zusammenhang noch auf die Aktennotiz vom 26.1.1957 über eine Aussprache mit dem Gen. Naumann vom 19.1.1957.

**Anlage 4:**

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN

An das
Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheits-
Partei Deutschlands

Berlin W 8, den 8.11.1956

Berlin

Werte Genossen!

Die Parteigruppe hat sich in einer ausführlichen Diskussion mit den Ereignissen in Polen und Ungarn beschäftigt, wir befaßten uns auch mit den Konsequenzen, die sich daraus für unsere Partei ergeben. Wir halten es für erforderlich, Euch die Ergebnisse dieser Diskussion mitzuteilen, da sich in der heutigen Situation jeder Genosse mehr denn je für die Politik unserer Partei verantwortlich fühlt.

Nach unserer Ansicht hatten sich in Polen und in Ungarn in der Vergangenheit Widersprüche zwischen dem Willen und den Interessen der werktätigen Massen und der von der Parteiführung verfolgten Politik herausgebildet.

In Polen gelang es der Partei durch eine radikale Änderung der Politik die wesentlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die richtigen Wechselbeziehungen zwischen Partei und Massen wieder herzustellen.

Stellung und äußerst mageren Ergebnissen in der wissenschaftlichen Arbeit nicht als Mitglied der Akademie, zum Nationalpreis usw. vorschlagen konnten, ist er der Meinung, wir seien an seiner Lage schuld. Er versucht anscheinend jetzt, wo er meint, die Parteiführung steht hinter ihm, sowohl gegenüber den Genossen Behrens, Kohlmey usw., die ihm wissenschaftlich überlegen sind als auch gegenüber unserer Abteilung mit dem Anspruch des führenden und nicht gewürdigten Wissenschaftler aufzutreten. Wir verweisen in diesem Zusammenhang noch auf die Aktennotiz vom 26.1.1957 über eine Aussprache mit dem Gen. Naumann vom 19.1.1957.

**Anlage 4:**

DEUTSCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN ZU BERLIN

An das
Zentralkomitee der
Sozialistischen Einheits-
Partei Deutschlands

Berlin W 8, den 8.11.1956

Berlin

Werte Genossen!

Die Parteigruppe hat sich in einer ausführlichen Diskussion mit den Ereignissen in Polen und Ungarn beschäftigt, wir befaßten uns auch mit den Konsequenzen, die sich daraus für unsere Partei ergeben. Wir halten es für erforderlich, Euch die Ergebnisse dieser Diskussion mitzuteilen, da sich in der heutigen Situation jeder Genosse mehr denn je für die Politik unserer Partei verantwortlich fühlt.

Nach unserer Ansicht hatten sich in Polen und in Ungarn in der Vergangenheit Widersprüche zwischen dem Willen und den Interessen der werktätigen Massen und der von der Parteiführung verfolgten Politik herausgebildet.

In Polen gelang es der Partei durch eine radikale Änderung der Politik die wesentlichen Voraussetzungen zu schaffen, um die richtigen Wechselbeziehungen zwischen Partei und Massen wieder herzustellen.

Die Ereignisse in Ungarn zeigten uns, daß die Hauptfrage bei der Lösung der sich aus den Erkenntnissen des XX. Parteitages ergebenden Probleme die Sicherung der Macht der Arbeiterklasse ist. Die Macht der Arbeiterklasse ist aber nur dann gesichert, wenn die Partei einheitlich handelt und alle Widersprüche, die sich zwischen Partei und Massen ergeben, beseitigt.

Die Frage, die sich unsere Partei unverzüglich stellen und beantworten muß, ist die: haben sich auch in unserer Republik ernsthafte Widersprüche zwischen dem Willen der Massen und der Politik der Partei herausgebildet?

Unserer Meinung nach ist dies der Fall. Wir übersehen dabei keinesfalls wichtige und tiefgreifenden Unterschiede in den Entwicklungsbedingungen Polens und Ungarns einerseits und unserer Republik andererseits. So ist der Lebensstandard höher als in diesen Ländern, in denen es teilweise um die Sicherung des Existenzminimums geht. Diese Frage steht bei unseren Werktätigen nicht in dieser Schärfe und nicht derart im Vordergrund. Auch in bezug auf die Mittelschichten bestehen bei uns günstigere Bedingungen. Schließlich hat die Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit offenbar nicht ein solches Ausmaß und solche Formen angenommen wie in Polen und Ungarn.

Und trotzdem sind wir der Meinung, daß unsere ganze Sorge vor allem zwei Fragenkomplexen gelten muß, die Konflikte in sich bergen. Dies sind die Fragen der Demokratisierung und der Methoden der Wirtschaftsführung. Wir begrüßen besonders die Erklärung durch den Gen. W. Ulbricht in der letzten Volkskammersitzung als einen Schritt zur Beseitigung dieser Widersprüche. Wir sind uns darüber im Klaren, daß augenblicklich im Zusammenhang mit den Ereignissen in Ungarn und der Reaktion des Gegners darauf, bei uns nicht über alle Konsequenzen, die sich aus dem XX. Parteitag ergeben, diskutiert werden kann. Es ist aber genau so klar, daß diese Fragenkomplexe Parteimitglieder als auch Parteilose aufwerfen. Deshalb steht die Parteigruppe voll hinter den Erklärungen unserer Parteiführung, den XX. Parteitag voll und ganz auszuwerten. Die Parteigruppe ist ebenfalls der Ansicht, daß dieser Prozeß kontinuierlich verlaufen muß. Aber die Bevölkerung der Republik muß sich auch wirklich tagtäglich durch ihre eigenen praktischen Erfahrungen davon überzeugen können, daß dieser Prozeß im Gange ist und daß die Veränderungen in ständiger offener Aussprache mit ihr und nicht über ihre Köpfe Hinweg bewerkstelligt werden.

Man muß unterscheiden zwischen langfristigen Aufgaben, die wir erst

nach grundsätzlicher Diskussion lösen können und Aufgaben, die kurzfristig gelöst werden können und müssen.

Zu den ersteren: Die Demokratisierung ist bisher weder in der Diskussion noch in der Praxis zu den entscheidenden Fragen vorgedrungen. Für den ersten Schritt der Demokratisierung halten wir die offene Aussprache und Beratung zwischen Parteiführung und Mitgliedschaft sowie zwischen Partei und Massen über folgende zentrale Probleme:

Wie ist die unmittelbare Machtausübung der Arbeiterklasse gemeinsam mit ihren Verbündeten zu sichern?

Wie ist zu gewährleisten, daß die gewählten Volksvertretungen ihre verfassungsmäßigen Rechte auch wirklich ausüben?

Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit der Parteiapparat nicht Funktionen der gewählten Organe sowie des Staatsapparates, der Institutionen und Organisationen ausführt?

Auch in der Frage der Wirtschaftsführung ist sowohl die Diskussion als auch vor allem die Praxis bei der formalen Dezentralisierung stehen geblieben. Dabei handelt es sich doch vor allem darum, das administrativ bürokratische System unserer Wirtschaftsführung durch ein solches System zu ersetzen, welches die Arbeiter wirklich an der gesamten Arbeit und an der Leitung der Betriebe interessiert und beteiligt und welches die Planmäßigkeit unserer Entwicklung bei voller Entfaltung der Initiative und der schöpferischen Kräfte unseres Volkes erlaubt.

Um in dieser Frage überhaupt weiter zu kommen, ist eine breite Aussprache der Partei mit der Arbeiterklasse notwendig. Bei der Diskussion dieser Fragen ist die reale und nüchterne Einschätzung der wirklichen Erfolge und der Schwierigkeiten unserer Entwicklung einschließlich der tiefgreifenden und offenen Diskussion über die wirklichen Ursachen dieser Schwierigkeiten an Stelle der übertreibenden und schönfärberischen Darstellung unserer Erfolge der einzig mögliche Weg.

Zu Fragen, die sofort geklärt werden müssen, gehört die Entfaltung eines echten Meinungsstreites, einer echten Aussprache innerhalb und auch außerhalb unserer Partei. Aber die so notwendige und nach dem XX. Parteitag auch begonnene Aussprache wurde oft unterbunden. Wir verweisen z. B. auf die Parteiversammlungen an der Akademie nach dem XX. Parteitag oder auf die Artikel der Genossen Naumann und Lemmnitz im ND vom 24. bzw. 26. Mai 1956. Wir verstehen auch nicht, warum die Information und die

Diskussion über die uns alle tiefbewegenden Probleme der internationalen Arbeiterbewegung völlig unzureichend ist. Das gilt z. B. für das Interview und die Reden des Gen.Togliatti ebenso, wie für die Entwicklung der Partei in Polen. Die Berichterstattung hierüber war einseitig und unvollständig (z. B. die Veröffentlichung des Prawda-Artikels im ND vom 21. Oktober 1956 ohne jede Darstellung der Ansichten der polnischen Genossen). Die Methode, nach der Auszüge aus der Rede des Genossen Gomulka gebracht wurden, muß sogar als verfälschend bezeichnet werden, weil das Wesen der Wendung in der Politik in Polen nicht zum Ausdruck kommt.

Wir müssen unbedingt erreichen, daß in der Partei und innerhalb der ganzen Arbeiterklasse und Bevölkerung eine offene Aussprache über alle Probleme und Schwierigkeiten, die uns bewegen, geführt wird. Das gilt nicht zuletzt für die gegenwärtigen Kohle- und Materialschwierigkeiten oder auch für die Fragen, die die Aufhebung des Kartensystems betreffen. Eine regelmäßige und gründlichere Berichterstattung der eingesetzten Kommissionen in der Presse über ihre bisher geleistete Arbeit wäre angebracht, ähnlich wie es die Rentenkomission tut.

Versprechungen sollen erst gemacht werden, wenn durch Beratungen mit den Werktätigen ihre Erfüllung gesichert ist.

Die Erfahrungen der letzten Wochen haben gezeigt, daß zumindest die Bevölkerung von Berlin in den entscheidenden Tagen stärker denn je der feindlichen Agitation ausgesetzt war, da unsere Nachrichtenübermittlung nicht funktionierte. Außerdem wurde dadurch eine ehrliche Auseinandersetzung innerhalb der Parteigruppe wesentlich erschwert, wie auch die Agitationsarbeit unserer Genossen überhaupt.

Wenn die Parteiführung es nicht für zweckmäßig hält, in der gesamten Öffentlichkeit über bestimmte Ereignisse zu informieren, so müssen doch Formen gefunden werden, die eine rasche innerparteiliche Information gewährleisten.

Wir sind der festen Überzeugung, daß die offene Diskussion der von uns angeführten Fragenkomplexe innerhalb der Partei und zwischen der Partei und Bevölkerung sowie die damit verbundenen praktischen Veränderungen zur ökonomischen und politischen Stärkung unserer Republik führen. Wir sehen hierin den einzig möglichen Weg, um die dringend notwendige Festigung der Bindung zwischen Partei und Massen zu erreichen. Wir wissen zugleich, daß die Lösung der hier angeführten Probleme nur möglich ist

unter der Bedingung der ständigen Festigung der Geschlossenheit unserer Partei und der unbedingten Wahrung der Parteidisziplin.

Darüber hinaus wissen wir, daß wir als Wirtschaftswissenschaftler viel zur Lösung dieser Fragen beitragen müssen und arbeiten bereits daran. Angesichts der Kompliziertheit und des Ernstes der Lage und der Tatsache, daß die Mehrzahl der Genossen sich darüber ernste Gedanken macht, halten wir es für notwendig, daß das oberste gewählte Leitungsorgan unserer Partei – das ZK – unverzüglich zusammentritt und über die Ereignisse in Polen und Ungarn zu beraten, gründlich die Lage bei uns einzuschätzen und die erforderlichen Schlußfolgerungen für unsere weitere Entwicklung zu sichern.

Mit sozialistischem Gruß
Parteigruppe des Instituts für Wirtschafts-
Wissenschaften bei der Deutschen Akademie der
Wissenschaften zu Berlin.

P. S.: In der Versammlung der Grundorganisation der Wissenschaftlichen Institute der Akademie vom 7. Nov. 1956 wurde dieser Brief verlesen. Die Genossen schlossen sich den dargelegten Ansichten einstimmig an.

Helmut Steiner

# Zum Tode Gunther Kohlmeys (1913–1999)

Der vorstehende Beitrag über das Akademie-Institut für Wirtschaftswissenschaften wurde zu einem Gedenkartikel für dessen Gründungsdirektor von 1954–1958. Gunther Kohlmey ist am 25. Dezember 1999 in Berlin verstorben.

Wir übernehmen deshalb einen Beitrag, der anläßlich seines 85. Geburtstags am 27. Juli 1998 in der Zeitschrift „Sozialismus", Hamburg (1998, H. 7/8) erschien und in dem ein 1956 nicht erschienener Artikel Gunther Kohlmeys für „Neues Deutschland" erstmalig vorgestellt wurde:

## Das kurze Tauwetter

***Zum 85. Geburtstag des marxistischen Wirtschaftswissenschaftlers Gunther Kohlmey***

(abgedruckt in: „Sozialismus". Heft 7/8 – 98, S. 22–24)

Gunther Kohlmey gehörte zu den einst führenden und – zumindest im ersten Jahrzehnt – zu den meinungsbildenden Wirtschaftswissenschaftlern der DDR. Fred Oelßner, Jürgen Kuczynski, Fritz Behrens und Gunther Kohlmey waren die ersten vier DDR-Ökonomen, die zu Mitgliedern der Deutschen Akademie der Wissenschaften gewählt und auch die ersten vier, die zwischen 1949 und 1955 als Nationalpreisträger der DDR geehrt wurden. Gunther Kohlmey, der jüngste unter ihnen, vollendet am 27. Juli 1998 in Berlin-Pankow sein 85. Lebensjahr.

Der hier erstmalig veröffentlichte Text ist das Manuskript eines im Dezember 1956 für das Zentralorgan des ZK der SED „Neues Deutschland" verfaßten Artikels, der jedoch nie erschien und den ich im Konvolut der Archivbestände der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED fand. Sein Hintergrund ist ein zweifacher. Zum einen hatten sich nach zehn Jahren

eigenständiger ostdeutscher Entwicklung nach 1945 die politischen, ökonomischen und ideologischen Verhältnisse als Alternative zum bisherigen deutschen und nunmehr westdeutschen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem so weit herausgebildet und profiliert, daß bilanzierend über ihre weitere Entwicklung dringend nachzudenken war. Der 17. Juni 1953 war das offensichtlichste Signal für diese Notwendigkeit. Und zum anderen weckte der im März 1956 stattgefundene XX. KPdSU-Parteitag mit der erstmaligen – wenn auch zögerlichen und halbherzigen – Kritik an der Stalin'schen Politik in allen Lebensbereichen nicht nur in der UdSSR, sondern auch in allen anderen osteuropäischen Staaten und in der DDR gleichzeitig mit der Erschütterung und Bitternis über die ersten Enthüllungen Stalin'scher Verbrechen Hoffnungen und Erwartungen für einen nunmehr neuen politischen und intellektuellen Aufbruch sozialistischer Diskussionen und Gesellschaftsgestaltung. Es ist daher kein Zufall, sondern es war geradezu folgerichtig, daß in der Mehrzahl dieser Länder einige weitsichtigere Politiker und marxistisch-aufgeklärte engagierte Intellektuelle diese veränderte Situation – wie sich herausstellen sollte: mißverständlich – zum Anlaß nahmen, über vorwärtsweisende Reformen nachzudenken und ihre Überlegungen möglichst öffentlich zur Diskussion zu stellen. In der DDR gehörten – ebenfalls nicht zufällig – auch die oben genannten vier führenden Ökonomen zu diesen Initiatoren. So unterschiedlich sie bezüglich Herkunft, politischer und wissenschaftlicher Sozialisation, gegenwärtiger beruflicher Positionen und thematischer Schwerpunkte im einzelnen waren, so sehr einte sie das intellektuelle und politische Streben, ihre DDR-Gesellschaft ökonomisch effizienter, politisch demokratischer und gesellschaftlich identitätsstiftender zu gestalten.

Gunther Kohlmey war zu dieser Zeit Direktor des Akademie-Instituts für Wirtschaftswissenschaften sowie Chefredakteur der führenden Fachzeitschrift „Wirtschaftswissenschaft", die er beide wenige Jahre zuvor auch begründet hatte. Seine wichtigsten Arbeitsgebiete waren neben allgemeinen Fragen der politischen Ökonomie und Wirtschaftspolitik des Sozialismus, vor allem Fragen des sozialistischen Geld- und Finanzsystems sowie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. In diesem Zusammenhang war er Mitglied in wirtschaftspolitischen Beratergremien der Staatsbank und des Außenhandels der DDR, in internationalen Arbeitgruppen und Autor der ersten zusammenfassenden Darstellung „Der demokratische Weltmarkt"

(1955) über die neuen internationalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den sozialistischen Ländern. Seine spätere Wahl zum Auswärtigen Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften bestätigt die fachliche Kompetenz und erworbene internationale Anerkennung auf besondere Weise.

Er wußte als Insider also wovon er schrieb, wenn er im Dezember 1956 der zentralen SED-Tageszeitung einen Artikel mit dem zunächst neutral anmutenden Titel „Über einige Fragen der sozialistischen Wirtschaftsleitung" anbot.

Dieser gesellschaftliche Hintergrund ist für eine heutige Einordnung und Bewertung des Manuskripts unentbehrlich. Und mögen die von G. Kohlmey 1956 formulierten Überlegungen, Vorschläge und Begründungen aus heutiger Sicht – und für westsozialisierte Leser besonders – nicht grundsätzlich genug erscheinen, so waren sie für damalige DDR-Verhältnisse durchaus ein ideologischer Sprengsatz. Schon mit der Frage „Dezentralisierung vs. Zentralisierung" der Wirtschaftsleitung als Reformansatz gab er sich nicht zufrieden und verlangte eine grundsätzlichere Fragestellung. Wohl wissend, daß in der bis 1956 kurzen DDR-Geschichte und erst recht in der historisch längeren UdSSR-Wirtschaftsgeschichte es auch in der Vergangenheit immer wieder wirtschschaftsorganisatorische Umstrukturierungen auch in dieser Beziehung ohne nennenswerte Erfolge gab und einige neuerliche Reform-Vorschläge gerade darin einen Lösungsvorschlag sahen, war er entschlossen, in aller politischen – und nicht allein fachwissenschaftlichen – Öffentlichkeit im „ND" die Oberflächlichkeit dieses Herangehens zu zeigen. Statt dessen orientierte er auf die notwendige Nutzung der Wertformen, die „Ökonomisierung" des Wirtschaftens und eine stärkere Demokratisierung des Wirtschaftslebens, nicht zuletzt durch höchstmögliche Kompetenzausstattung der kurzzeitig in Rede gestandenen Arbeiterkomitees der Betriebe als zentralen Reformansatz. Damit traf er wohl des Pudels Kern der anstehenden Notwendigkeiten. Doch es war schon der Abgesang eines bewegenden Jahres zwischen März 1956 und Januar 1957.

Auf der nach dem XX. KPdSU-Parteitag noch im März 1956 durchgeführten III. Parteikonferenz der SED kam Gunther Kohlmey als einziger Gesellschaftswissenschaftler zu Wort und nutzte diese Gelegenheit zu einer Abrechnung mit dem Dogmatismus in den Wirtschaftswissenschaften und der politischen Bevormundung der Wissenschaftler. In den Folgemonaten

nutzte er die kurzzeitige Aufbruch- und Diskussionsphase des Jahres 1956 auf verschiedene Weise. Er erweiterte in verschiedenen Ausarbeitungen diese genannte wissenschafts- und ideologiepolitische Problematik, fertigte Studien über „Entwicklungsprobleme unseres Außenhandels" sowie über „Das einheitliche sozialistische Währungs-, Finanz- und Kreditsystem" an und schuf als Institutsdirektor und Chefredakteur in seinem eigenen unmittelbaren Verantwortungbereich die Voraussetzungen für eine offene Diskussionsatmosphäre. Fritz Behrens' und Arne Benarys später zentral inkriminierte Schrift „Zur ökonomischen Theorie und ökonomischen Politik in der Übergangsperiode" entstand in diesen Monaten des Jahres 1956 in dem von Gunther Kohlmey geleiteten Akademie-Institut. Als er im Dezember seinen nebenstehenden – nicht mehr veröffentlichten – „ND"-Artikel einreichte, war das kurze „Tauwetter" schon beendet. Die Ereignisse in Polen und Ungarn boten den Vorwand, um alle gerade begonnenen politischen und geistigen Öffnungen wieder rückgängig zu machen. Noch im November 1956 wurde Wolfgang Harich verhaftet und im Januar 1957 eröffnete Walter Ulbricht auf dem 30. ZK-Plenum der SED eine generalstabsmäßig vorbereitete Attacke gegen den Revisionismus „in den marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften der DDR." In den Wirtschaftswissenschaften richtete er seine Hauptangriffe gegen die fertig gedruckte, aber nicht mehr ausgelieferte Schrift von Fritz Behrens und Arne Benary. Gunther Kohlmey bezog er als Vertreter gleicher und ähnlicher Auffassungen sowie als verantwortlichen Institutsdirektor und Chefredakteur in diese politisch kriminalisierende Kritik mit ein. Es war zugleich die „Quittung" für seinen aufmüpfigen Diskussionsbeitrag auf der III. Parteikonferenz genau zehn Monate zuvor.

Die Jahre 1957 und 1958 waren von einem alle wissenschaftliche Einrichtungen und Zeitschriften sowie politischen Medien erfassenden „Kampfes gegen den Revisionismus" geprägt, in dessen Verlauf von den Betroffenen immer weitergehende selbstkritische Stellungnahmen abverlangt und sie von verantwortlichen politischen und wissenschaftlichen Funktionen „entbunden" wurden. Auch Gunther Kohlmey wurde als Direktor des Akademie-Instituts für Wirtschaftswissenschaften und Chefredakteur der Zeitschrift „Wirtschaftswissenschaft" abgelöst.

Die viel weitreichendere und grundsätzliche Langzeitwirkung dieser „Revisionismus"-Kampagne der Jahre 1957/58 war jedoch die politische

Instrumentalisierung des Revisionismus-Vorwurfs gegen jede andersartige Marxismus-Auffassung, als es die momentane zentrale Partei-„Linie" vorsah. War mit dem Übergang der SED zur „Partei neuen Typus" nach 1948 die Einschränkung und Festlegung allen marxistischen Denkens auf den sowjetischen ML-Marxismus verbunden – ich bezeichne es eine Art erste Marxismus-„Enteignung" – so wurden im Gefolge der Revisionismus-Kampagne 1957/58 die Parteiorgane, im besonderen das Politbüro, zur obersten wissenschaftlichen Instanz marxistischen Denkens, d. h. es setzte eine weitere, zweite Marxismus-„Enteignung" ein.

Auch in den folgenden Jahrzehnten war er als nach wie vor unbestritten herausragender Politökonom, als Bereichsleiter und stellvertretender Direktor am Akademie-Institut, als Akademie-Mitglied und gefragter Experte wirksamund folgte dabei unbeirrt seinen wissenschaftlich marxistischen Maximen. Die ihm gebotene öffentliche und politisch relevante Wirksamkeit war jedoch wesentlich eingeschränkt. Auch wurde er für seine in der NÖS-Periode der 60er Jahre erneut vorgetragenen Vorschläge für eine ökonomisch eigenständige Finanzpolitik und einen effizienteren Wirtschaftsmechanismus vom Finanzminister Willy Rumpf in der „Einheit" und vom Sekretär für Wirtschaft, Günter Mittag, auf einem ZK-Plenum 1968 wiederum öffentlich „abgemahnt". Doch wer immer seine stete Anregung suchte, war ihm herzlich willkommen, auch in den folgenden Jahren und Jahrzehnten bis zu seiner offiziellen Emeritierung 1988 und danach.

Seit ich ihn 1955 zum ersten Mal in den Vorlesungen an der Humboldt-Universität zu Berlin hörte – er las bei uns in Vertretung (leider nur) ein Semester die Grundvorlesung „Politische Ökonomie des Sozialismus" – zählte er für mich bis jetzt stets zu der kleinen Zahl von Politökonomen, die das Marx'sche theoretische System und die marxsche Methode mit ausgeprägt wissenschaftlicher Stringenz und aktuellen Problemstellungen zu vermitteln verstanden.

Die gesellschaftspolitische Wende des Jahres 1989/90 war auch für den betagten Gunther Kohlmey nochmals Anlaß, sich öffentlich einzumischen und einen konkreten Beitrag zu leisten. Er gehörte zu den Gründungs-Mitgliedern des „Rats der Alten" beim Bundesvorstand der PDS, er übernahm den Vorsitz für den Förderverein der 1990 neu gegründeten sozialistischen Diskussions-Zeitschrift „Utopie kreativ" und trug mit verschiedenartigen Marxismus-, Sozialismus- und DDR-analytischen Beiträgen

(auch selbstkritischer Art) beispielhaft zu einer differenzierteren Sicht auf die Vergangenheit, zur nüchternen Beurteilung der „Wende der Wende" sowie zu einem vorsichtigen Blick in die nahe Zukunft bei.

Seit mehreren Jahren an das Bett gefesselt, nimmt er im Rahmen seiner Möglichkeiten begierig Anteil an der Welt „da draußen", ohne eingreifen zu können. Um so mehr sollte sein 85. Geburtstag einem couragierten Verlag Anlaß sein, ihm mit der Publikation (einer Auswahl) seiner unveröffentlichten Arbeiten aus den 60er, 70er und 80er Jahren zu danken und uns auf diese Weise auch gegenwärtig die geistige und politische Anregung Gunther Kohlmeys zu gönnen.

Gunter Kohlmey

# Zu einigen Fragen der sozialistischen Wirtschaftsleitung

(abgedruckt in: Sozialismus, 7/8-98, S. 24/25)

Bei uns wird zuweilen eine Zwei-Etappen-Konzeption vertreten: bisher hätten wir ein Phase notwendig starker Zentralisierung der Wirtschaftsleitung durchlaufen und nun, nach gründlicher Festigung unserer Wirtschaft, beginne eine Periode der weitgehenden Dezentralisierung. Das sei das Kernproblem der gegenwärtig vorzunehmenden Änderungen unserer ökonomischen Leitungsmethoden.

Ich halte diese Auffassung aus folgenden Gründen für einseitig und unvollkommen.

Einerseits ist Dezentralisierung nur eine äußerliche Frage, eine Frage der Organisation und nicht des Inhalts des sozialistischen Wirtschaftens. Man kann auch den Bürokratismus dezentralisieren. Muß man nicht z. B. die vor einigen Jahren erfolgte Bildung der DIA-Fachanstalten als Dezentralisierung bezeichnen? Verringerte dieser Schritt jedoch den Bürokratismus? Wer wollte das behaupten?

Anderseits war die bisherige Zentrali-sierung nur zum Teil ökonomisch und politisch notwendig und sinnvoll. Richtig ist, daß die Arbeiterklasse in der ersten Zeit des sozialistischen Aufbaus eine stärkere zentrale Wirtschaftsleitung braucht, um sowohl Ausbeutung und Spekulation zu bekämpfen als auch die sozialistischen Wirtschaftspositionen selbst zu organisieren. Wir sollten aber nüchtern erkennen, daß unsere bisherige Zentralisierung an unwissenschaftlichen und unwirtschaftlichen Methoden krankte: die Bilanzierung war unvollkommen, die Preispolitik war sehr mangelhaft, es gab wirtschaftliche Verluste im zentralisierten Außenhandel, die Investitionspolitik war sprunghaft usw. Disproportionale Wirtschaftsentwicklungen blieben bekanntlich nicht aus. Wenn wir nunmehr stark dezentralisieren, aber den Subjektivismus und Empirismus in der verbleibenden zentralen Leitung der Wirtschaft nicht ausmerzen, wird die Dezentralisierung nur begrenzten wirtschaftlichen Nutzen bringen.

Es ist zu beachten, daß sozialistische Wirtschaft immer eine stark zentralisierte Leitung der grundlegenden Positionen des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses möglich und notwendig macht; denn moderne Großproduktion (Konzentration der Produktivkräfte, Vergesellschaftung der Produktion) verlangt planmäßige zentrale Führung. Allerdings brauchen wir dafür viel vollkommenere wissenschaftliche Methoden (auch Analysen) als bisher; auch brauchen wir einen viel moderneren technisch-organisatorischen Apparat der statistischen Erhebungen, Berichterstattungen, Betriebsanalysen, volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung usw.

Dezentralisierung ist gegenwärtig dringend notwendig, stellt aber kein Allheilmittel dar. So kann z. B. auch die radikalste Dezentralisierung bestimmte Disproportionen zwischen Grundstoff- und verarbeitender Industrie, die gegenwärtig im sozialistischen Lager zu verzeichnen sind, nicht beseitigen. Dazu sind andere Maßnahmen notwendig.

Auf jeden Fall muß jeder Dezentralisierung eine theoretische Konzeption des gesamten zentral und dezentralisiert zu steuernden ökonomischen Mechanismus zugrundeliegen. Wenn das nicht der Fall ist – und bei uns ist das zum Teil nicht der Fall – werden uns nach einiger Zeit verschiedene Dezentralisierungsmaßnahmen gleichen Ärger bringen wie heute die Überzentralisierung.

Die Hauptaufgaben bei der gründlichen Änderung unserer sozialistischen Wirtschaftsleitung scheinen mir ihre »Ökonomisierung« und Demokratisierung zu sein.

Was ist mit »Ökonomisierung« gemeint?

Ich möchte damit vor allem zum Ausdruck bringen, daß wir entschieden mehr durch Berücksichtigung und Koordinierung aller Wertformen (Geld, Preis, Kosten, Lohn, Rentabilität, Kredit, Zins usw.) wirtschaften müssen. Zugespitzt formuliert: *An die Stelle des administrativen Befehls muß für die volkseigenen Betriebe der ökonomische Impuls treten, betriebswirtschaftlich rationell und volkswirtschaftlich sinnvoll zu produzieren.*

Wie oft standen und stehen doch gesetzliche oder ministerielle Vorschriften im Widerspruch zu den ökonomischen Interessen des Betriebes und zur Rentabilität der gesamten Volkswirtschaft! Hemmt nicht z. B. die Kreditierung nach Richtsätzen unseren Außenhandel oft daran, bei günstiger Weltmarktlage ausreichend und rechtzeitig einzukaufen? Wollen wir weiter dulden, daß z. B. ein Kranbaubetrieb, der bei einem neuen Kranmodell eine

Materialeinsparung von fast 25 v. H. erzielt, dafür wegen der sich ergebenden Preisänderung mit einer Kürzung seines Direktorfonds um fast 2/3 bestraft wird? Hier und in zehntausend anderen Fällen widerspricht die wissenschaftlich häufig unsinnige, für jeden Einzelfall viel zu starre Zentralvorschrift den wirtschaftlichen Interessen des Betriebes und der gesamten Gesellschaft. Auf diesem Wege ist, wie allgemein bekannt, der technische Fortschritt trotz des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln nicht genügend forciert, sondern oft gehemmt worden. Es entstanden hohe Verluste.

Der volkswirtschaftliche Kreislauf- und Reproduktionsprozeß stellt die Verschlingung unendlich vieler wirtschaftlicher Einzelvorgänge dar. Sowohl materiell als auch finanziell geht hier im einzelnen ständige Expansion und Kontraktion vor sich. Allen diesen Einzelprozessen können generelle Zentralvorschriften nie gerecht werden.

Was ist also zu ändern?

Zunächst ist, wie weiter oben schon betont, das wissenschaftliche System der Zentralplanung, Bilanzierung und Wirtschaftsanalyse wesentlich zu verbessern. Vor allem benötigen wir gründliche ökonomische Analysen, d. h. ein ständiges Vorausberechnen, Durchrechnen und Abrechnen des gesamten Wirtschaftsprozesses.

Ferner müßte den volkseigenen Betrie-ben unbedingt größere ökonomische Selbständigkeit gegeben werden. Der wirtschaftlichen Rechnungsführung, die bisher bürokratisch verzerrt war, muß jener Spielraum gewährt werden, der ihr zukommt. Der Betrieb darf nicht durch die Planauflage zur Aufrechterhaltung veralteter Produktion gezwungen werden, während ihn z. B. die Direktorfondsbestimmungen zu ganz anderen Produktionen anregen. Wir müssen erreichen, daß die einzelnen finanziellen Hebel (Kosten Direktorfonds, Kredit, Preis usw.) nicht gegeneinander wirken, sondern einander zu einem sinnvollen System der wirtschaftlichen Rechnungsführung ergänzen. In Zukunft müßten wenige, weit genug gefaßte zentrale Bestimmungen, Kredite, Löhne, Preise usw., den Betrieb zur Wahl eben jener Produktionen zwingen, die den Erfordernissen des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts und Wachstums möglichst vollständig entsprechen. Zweifellos wird es dabei mehr Betriebsegoismus und auch -spontaneität geben; aber das ist volkswirtschaftlich rentabler als die unerträglichen spontanen Planänderungen der verschiedenen Zentralen.

Auf diesen Grundlagen muß der Staat die ökonomischen Prozesse vom Zentrum aus in erster Linie durch eine bewegliche Preis-, Kredit-, Zinspolitik usw. steuern und nicht mit bürokratischen Befehlen. Ich könnte mir denken, daß diese Steuerung folgendermaßen vor sich geht: ein-mal mit Hilfe der Investitionsmittelverteilung (meiner Auffassung nach auf Kredit und gegen Zins), der Lohnfondszuweisung und der Festpreispolitik für Grundstoffe, der wichtigsten Produktionsinstru-mente und Konsumgüter; zweitens könnte jeder Wirtschaftszweig zusätzlich durch direkte zentrale Einflußnahme auf einige wenige Großbetriebe, die diesen Wirtschaftszweig entscheidend bestimmen, gesteuert werden. Die Hauptverwaltungen könnten aufgelöst und die vielen kleineren und mittleren Betriebe in »Trusts« (oder dergleichen), die nach der wirt-schaftlichen Rechnungsführung arbeiten, zusammengefaßt werden.

Auf diesem Wege werden mächtige Energien unserer Werktätigen freigesetzt. Die Initiative erhält Spielraum und das Verantwortungsbewußtsein wächst. Propaganda und Agitation werden dann nicht mehr so sehr, wie gegenwärtig oft, ins Leere stoßen, weil sie mit den unmittelbaren Interessen des einzelnen und des Betriebes nicht korrespondieren.

Dabei geht es nicht nur um finanzielle Interessen, es geht auch um den Berufsstolz. Jeder gute Arbeiter ärgert sich über den Rhythmus von Wartezeit und Stoßarbeit, er will gleichmäßig und erstklassig arbeiten. Jeder leitende Ingenieur ist zutiefst unglücklich, wenn er ein Drittel oder gar die Hälfte seiner Arbeitszeit auf bürokratischen Kram verwenden muß.

Es ist nicht so (man hört es aber oft), daß die Unfähigkeit mittlerer und unterer Funktionäre den Bürokratismus erzeugt habe. Dieser Bürokratismus ist das Produkt unseres ganzen bisherigen Leitungssystems, das einer gesteuerten Bewegung der Wertformen und ihrer Ausnutzung durch die Betriebe völlig ungenügenden Spielraum ließ.

Wir haben in unserer Republik prächtige Arbeiter, erfahrene Angestellte, viele gute Techniker, Ingenieure usw. Warum aber stehen sie bestimmten Fragen unserer wirtschaftlichen Entwicklung oft gleichgültig gegenüber? Weil sie zu wenig selbst entscheiden dürfen, und weil sie vor allem zu oft an administrativem Widersinn verzweifeln. Das gilt vor allem für die Betriebsleiter, die ständig zwischen zwei Mühlsteinen zerrieben werden. Die Spitze unserer Wirtschaftsführung kann noch so klug sein – den ökonomischen Einzelprozeß kann sie nicht direkt regeln. Man kann den biblischen

Hausvater Abraham, der alles selbst entscheidet, nicht ausgerechnet im Sozialismus auferstehen lassen!

Diese »Ökonomisierung« unserer Wirtschaftsleitung – d. h. die wissenschaftlich begründete zentrale Leitung in sinnvoller Einheit mit den operativ stark verselbständigten Betrieben – *wird die mit dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln gegebenen Möglichkeiten wirklich demokratisch organisierten Wirtschaftens in volle Realität verwandeln.* Unter dieser Voraussetzung werden die Arbeiterkomitees der Betriebe wirklich Aktionsradius haben. Es muß sich für sie materiell wirklich lohnen, über den Direktorfonds (in Zukunft besser: Betriebsfonds) zu entscheiden; es muß für sie wirklich Sinn haben, die Lagerwirtschaft zu verbessern, weil die Starrheit der Richtsatzreglementierung durch die Beweglichkeit von Rentabilität, Kredit, Zins usw. ersetzt worden ist; es muß für sie wirklich Sinn haben, den Betriebsplan zu konkretisieren, weil er dann nicht mehr von irgendeiner Administration beliebig geändert werden kann.

So werden die Arbeiterkomitees (wohl besser Arbeiter- oder Betriebsräte) *ein wirkungsvolles Element der Betriebsleitung sein* und nicht nur Beiräte, wie zum Teil vorgeschlagen wird. Eine richtige »Ökonomisierung« unseres Wirtschaftens, deren Verwirklichung natürlich längere Zeit in Anspruch nehmen würde, müßte dann notwendig einen größeren Aufgabenkreis für die Betriebsräte (Arbeiterkomitees) mit sich bringen, als er im Aufruf des 29. Plenums zunächst umrissen wurde.

*Dezember 1956*

Thomas Kuczynski

## „Ich habe einige Dogmen angetastet ...“ Werk und Wirken von Fritz Behrens

*Beiträge des vierten Walter-Markov-Kolloquiums, hrsg. v. Eva Müller, Manfred Neuhaus und Joachim Tesch. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 1999, 158 Seiten*

Wenn dereinst eine Geschichte der Gesellschaftswissenschaften in der DDR geschrieben sein wird, dann wird darin der Name Behrens ganz sicher nicht fehlen. Wer aber meint, Fritz Behrens sei einer ihrer „typischen Vertreter“ gewesen, irrt: Die zweite Hälfte seines Lebens (1945–1980) als Ganzes genommen, war er das gerade Gegenteil, ganz und gar untypisch.

Zunächst jedoch wenigstens ein Wort zur ersten Hälfte seines Lebens (1909–1945). Über sie erfahren wir in dem Band, von einer biographischen „Notiz“ Steiners (S. 14–17) abgesehen, leider nichts. Das ist um so bedauerlicher, als die Aufsätze des Statistikers Friedrich B. von jenen, die über die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im Zweiten Weltkrieg arbeiten, durchaus noch als Quelle (und wohl ohne Wissen um die späteren Arbeiten des Autors) zitiert werden.[1] Auch ist es, milde formuliert, schon erstaunlich, wenn Krause als Historiker (!) der politischen Ökonomie in seinem Beitrag dessen Kritiken bürgerlicher Nationalökonomie und Statistik aus den Jahren 1947/48 zwar „eine normative Wirkung“ zuschreibt (S. 89), aber ihre biobibliographische Vorgeschichte mit keinem Wort erwähnt. Das Jahr 1945 ist in B.s Leben keine Stunde Null gewesen, sondern eine Zäsur.

Die zweite Hälfte seines Lebens ist durch zwei Zäsuren in drei Etappen geteilt: 1945–1956, 1957–1967 und 1968–1980. Diese Schnitte wurden parteiamtlich vorgenommen und waren eben deshalb tiefe Einschnitte in das wissenschaftliche Leben des Parteimitglieds B. Denn in all seiner Verzweiflung begann er den letzten Absatz seiner Kritik des staatsmonopolistischen Sozialismus doch mit den Worten: „Was bleibt, ist die Utopie ...“[2] Eben weil sie Schnitte ins lebendige Fleisch waren, wurden sie zu Zäsuren innerhalb ein und desselben Menschenlebens, zwar manifest in Werk und Wirkung, ohne jedoch darauf reduzierbar zu sein. Im Gegensatz zu anderen, ihm wissenschaftlich durchaus ebenbürtigen Zeitgenossen (ich erspare mir die übliche Aufzählung von Krauss bis Markov) gelang ihm letztlich, trotz

manchen vergeblichen Versuchs, keine Selbstbescheidung oder Selbstamputation – weder die auf Historie und Kritik vorsozialistischer Gesellschaft und Ideologie noch die auf „ungefährliche" Seitenzweige des Realsozialismus und seiner Ideologie, weder die von oben verordnete noch die von manchen Freunden an seiner Seite gewünschte. Auch wenn er selbst Kants Auffassung zuneigte, es sei „unmöglich: aus so krummem Holze, woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden"[3] – er selbst war ein zu gerader Charakter, als daß daraus etwas Verkrümmtes gezimmert werden konnte.

Leider findet sich eine solche Feststellung in keinem der Beiträge, weder mit einem positiven noch mit einem negativen Vorzeichen versehen (auch letzteres wäre ja möglich zu schreiben: Wie wirksam hätte er noch sein können, wenn ...). Dieses Fehlen ist verständlich, setzte eine solche Betrachtung doch – in beiden Fällen! – ein gerüttelt Maß an Selbstkritik voraus. Aber in keinem der Beiträge wird auch nur die Frage nach dem eigenen Verhalten gestellt. Und das ist das eigentlich Bedrückende bei der Lektüre des Bandes, das völlige Fehlen einer Selbstkritik der politischen Ökonomie (des Realsozialismus), die aber, nach dieser historischen Niederlage, jeglicher Kritik der politischen Ökonomie (des gegenwärtigen Kapitalismus) voranzugehen hätte. Und es sind ja wahrlich nicht die kleinsten Lichter realsozialistischer Wirtschaftstheorie gewesen, die dort referiert haben – Helmut Koziolek (†) und Herbert Wolf, Klaus Steinitz und Horst Richter, Eva und Gerhard Müller, Rolf Emmrich und Heinrich Seickert, Andreas Schüler und Günter Krause –, wahrlich nicht alle gleichbedeutend, aber alle Professoren in der DDR, niemand von ihnen im Nirgendwo wirtschaftswissenschaftlicher Lehre und Forschung angesiedelt. Insofern erstaunt es nicht, daß analytisch weiterführende Beiträge sozusagen fachfremde Autoren geschrieben haben, der Soziologe Helmut Steiner und der Wirtschaftshistoriker Jörg Roesler, der Jurist Uwe-Jens Heuer und der Philosoph Ernst Wurl. Nicht so unmittelbar mit dem Vorbild konfrontiert, dem Vorwurf, konnten sie wohl unbefangener in die Vergangenheit blicken und demzufolge etwas mehr entdecken.

Sehen wir uns aber zunächst die in dem Band enthaltenen Arbeiten von B. an. Die chronologisch früheste ist die Erstfassung seiner – für ihn folgenreichen – Rede auf dem Colloquium „Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre ‚Kapital'" (Frankfurt am Main 1967). Deren Abdruck (S.

135–141) hätte zweifellos gewonnen, wenn die Bearbeiter die Abweichungen zur entschärften und damals wenigstens im Westen veröffentlichten Zweitfassung[4] in Anmerkungen aufgeführt hätten, zeigen sie doch erst, zu welchen Konzessionen und Kompromissen B. – noch – bereit war.

Mit beidem war für B. nach der Invasion in die CSSR endgültig Schluß. Die damaligen Ereignisse brachten, wie Steiner meint, „die endgültige Resignation", sie „ließen ihn aufgeben" (S. 28). Ich halte diese Formulierungen für zumindest außerordentlich mißverständlich. B. hatte nur eines aufgegeben – an die Reformierbarkeit des „real existierenden Sozialismus" zu glauben, und eben deshalb begann er, seine Kritik des staatsmonopolistischen Sozialismus zu schreiben. Er hatte nicht aufgegeben, sondern versucht, seine neuen Einsichten auszuarbeiten. Dazu gehören seine „Kurzen Bemerkungen zum Prager Frühling", die wohl zum Tiefgründigsten zählen, was von antistalinistischer Seite *gegen* die Prager Reformer geschrieben worden ist, und in dem Band, ganz und gar unverständlich, nur unvollständig abgedruckt sind (das Faksimile der ersten Seite umfaßt 3½ von insgesamt 10 Thesen und so auch die Transkription). „Statt Räte wollten die Reformer Manager in den staatlichen Betrieben", lautet eine seiner 1970 notierten Bemerkungen, und: „Die Losung ‚demokratischer Sozialismus' artikuliert Tendenzen, *innerhalb* der bestehenden, reaktionärdeformierten Gesellschaft eines staatlich deformierten Sozialismus liberale Reformen durchzusetzen, die das Leben angenehmer, aber noch nicht sozialistisch machen" (S. 6 – Hervorhebung Th.K.).

Diese scharfe Kritik beinhaltet – an dieser Stelle nicht ausgesprochen – zugleich eine am Neuen Ökonomischen System (NÖS), wie es in der DDR unter Walter Ulbricht von dessen Ghostwriter Wolfgang Berger, einem Schüler B.s, ausgearbeitet worden war. Die Kritik an einem „Managersozialismus" à la Ota Šik war in ihrem Kern identisch mit einer am NÖS, denn ihr Kern war die Frage der Demokratie. Und die war weder mittels staatlich-bürokratisch organisierter Planwirtschaft à la NÖS noch mittels technokratisch organisierter Marktwirtschaft à la Šik zu lösen. Der von Roesler (S. 39–53) völlig richtig diagnostizierte und wohl zurecht – auf das Jahr 1956 rückdatierte Hauptdissenspunkt zwischen B. und seinem Schüler Berger war bis 1968 die Frage, ob und inwieweit unter den obwaltenden politischen Umständen eine Demokratisierung der wirtschaftsleitenden Strukturen möglich sei. Unter diesem Gesichtspunkt wären auch B.s Äußerungen aus

den Jahren 1963–67 – die noch nicht publizierten Manuskripte, das der 2. Auflage von „Ware, Wert und Wertgesetz" und das über „Plan und Markt", eingeschlossen – kritisch zu sichten. Roesler übersieht aber, was m. E. schon heute deutlich ist, daß nämlich 1967/68 beide Unrecht hatten: B. mit seiner Annahme, daß es keine existenzbedrohende Auseinandersetzungen zwischen Ost und West mehr gäbe und daher eine Demokratisierung in den realsozialistischen Ländern möglich sei, Berger mit seiner Annahme, daß der Realsozialismus die Systemauseinandersetzung ohne eine durchgreifende Demokratisierung erfolgreich bestehen könne. Nach 1968 hat B. die Konsequenz gezogen, daß der Realsozialismus bei Strafe seines Untergangs keine Demokratisierung zulassen kann und eben deshalb zum Untergang verurteilt ist. Diese Einsicht behielt B. für sich. Wir können sie heute nachlesen, am besten, wenn wir sie mit der Lektüre der kritischen Kommentare von Heuer (S. 114–122) und Kohlmey (†)[5] verbinden.

Die dritte Arbeit B.s, die der Band aus dem Nachlaß enthält, ist seine Rede zur Ehrenpromotion an der Karl-Marx-Universität Leipzig im Oktober 1979. Auf den ersten Blick wirkt sie merkwürdig disparat: Sie beginnt mit einer Erinnerung an seine Leipziger Zeit nach 1945, präziser: mit einer schallenden Ohrfeige – „... aber wann wieder war sowohl Begeisterung und Hingabe von Professoren und Studenten an den Gedanken des Sozialismus so groß und tief wie damals und die menschlichen Beziehungen zwischen Studenten und Professoren so echt und eng" (S. 142). Sie endet nicht etwa mit dem Hinweis Lenins, daß man das „Kapital" von Marx nicht vollständig begreifen könne, „ohne die *ganze* Logik Hegels durchstudiert und begriffen zu haben", sondern mit einer Wendung schwärzesten Humors: Er sei „zuversichtlich, daß unsere Politökonomen, mindest soweit sie sich mit der Geschichte der Wissenschaft beschäftigen, den Hinweis Lenins befolgen, so daß für sie der bittere Satz Lenins nicht mehr gilt, den er im Anschluß an die zitierte Stelle schrieb: ‚Folglich hat nach einem halben Jahrhundert nicht ein Marxist Marx begriffen!!'" (S. 145)[6]

Zwischen schallender Ohrfeige und schwarzem Humor findet sich eine – der teure Tote möge mir verzeihen – ziemlich altbackene Auseinandersetzung mit den Kritikern der von Marx vorgeschlagenen Lösung des sog. Transformationsproblems. Aber ich bin froh, daß sie in dem Band enthalten ist, denn sie verdeutlichte mir eine Seite in B.s Arbeit, die so m. E. noch nicht beleuchtet worden ist, obgleich sie für ihn in drei der vier Etappen seiner

wissenschaftlichen Entwicklung von essentieller Bedeutung gewesen ist und sich wohl erst im Rückblick erfassen läßt.

Steiner meint, daß B.s Dissertation (Leipzig 1936) „eine in der Sklavensprache formulierte Marxorientierte Arbeit" gewesen sei (S. 17). Über sein politökonomisches Denken in den folgenden neun Jahren, als er sich in der amtlichen Statistik mit „politisch unverfänglicher Thematik" befaßte (S. 17), sind wir nicht – noch nicht? – unterrichtet. So wäre zu fragen, welchen Inhalts seine 1943 nicht angenommene Habilitationsschrift gewesen ist. Ganz ohne einen an Marx orientierten Gedanken? Schwer vorstellbar, denn er war nicht nur ein glänzender Methodiker, er verstand es offenbar auch großartig, sich – nach außen hin – ganz auf das Methodische zu konzentrieren.

Das tat er auch im Ergebnis der „Revisionismus"-Debatte, als er bei der Analyse der Arbeitsproduktivität, nach Steiners Auffassung (S. 26f.), „den eigenen intellektuellen Anspruch bzw. die praktizierte Bearbeitung der Problematik sichtlich eingeschränkt" und eine „mehr methodisch orientierte Aufgabenstellung ausgewählt" hat. Was er in der Tat „sichtlich eingeschränkt" hatte, war das nach außen Sichtbare (Aufgabenstellung und *praktizierte* Bearbeitung) und nicht den eigenen intellektuellen Anspruch. B. hatte offenbar wieder vor, als Methodiker zu überwintern – aber es gelang ihm nicht so wie im faschistischen Deutschland. Zu sehr war er der DDR und dem Sozialismus verbunden, um sich auf Dauer das zu verbieten, was seit Hegel eingreifendes Denken genannt wird. Dafür übte er jene Selbstkritik, die er bei einem endgültigen Rückzug aufs Methodische kaum nötig gehabt hätte, dafür verfolgte er die Entwicklung des NÖS „mit wachem, aber zugleich skeptischem Interesse" (S. 27), dafür propagierte er den DDR-Sozialismus vor einem wachsenden Publikum in der BRD. Er wollte nicht im vollständigen Dissens mit dieser seiner Gesellschaft leben und arbeiten.

Was für ihn in Nazideutschland die Statistik und nach der „Revisionismus"-Debatte die statistische Analyse der Arbeitsproduktivität war, wurde ihm nach 1968 die Geschichte der politischen Ökonomie. Aber sie war für ihn nicht die für so manch andere üblich gewordene „Hinwendung zur Geschichte", und es ist sehr bedauerlich, daß sein kenntnisreicher Kritiker Krause zwar alle Aufsätze und den vierbändigen Grundriß der Kritik der politischen Ökonomie minutiös nach – zweifelsohne vorhandenen –

Schwachstellen untersucht, aber dabei den ursprünglichen, nur im Manuskriptdruck veröffentlichten Grundriß in einem Band[7] außer Acht gelassen hat. Dann wäre ihm aufgefallen, wie wenig sich Ein- und Vierbänder im Grundsätzlichen unterscheiden, wie wenig Neues B. nach 1968 zu dem ganzen Gebiet vorgebracht hat, daß er mit dem Werk also ganz andere Ziele verfolgt haben muß. Steiner meint zurecht: „Tatsächlich beschäftigten ihn diese vier Bände nur zum Teil, sie standen nicht einmal im Mittelpunkt seines Interesses. Was ihn wirklich bewegte, war der real existierende Gesellschaftstyp" des Sozialismus (S. 29). Aber das beantwortet nicht die Frage, warum der Emeritus B. sich überhaupt dieser Aufgabe unterzog, mit deren Erledigung er selbst „sehr unzufrieden" war (S. 29), der er sich selbstverständlich mit dem Hinweis auf seinen Gesundheitszustand hätte entledigen können.

Eine mögliche Antwort wäre, daß die Arbeit am Grundriß B. als Balancierstange diente, und zwar im doppelten Sinne: Zum einen tat er damit „etwas Nützliches" für die Gesellschaft, in der er lebte und leben wollte, und das war ihm, wie schon gesagt, ungemein wichtig; zum anderen diente sie seiner Selbstvergewisserung als Politökonom, denn bei aller Kritik, auch ungerechtfertigter Kritik, von Marx, gegenüber der bürgerlichen politischen Ökonomie, war Marx für ihn nach wie vor, nur wenig überspitzt formuliert, „ohne Fehl und Tadel". Im Festhalten an Marx (und Engels) fungierte der Grundriß quasi als Überlebensmittel, als Balancierstange trug er B. über die Abgründe eines utopischen Denkens, das ihm, bislang dem unmittelbar in die realsozialistische Wirtschaftstheorie und -praxis eingreifenden Denken verpflichtet, doch recht fremd gewesen, dessen Widersprüche er auch nicht immer meisterte (vgl. die instruktive Kritik von Wurl, S. 123–132). Der Krankheitszustand, der eigene wie auch der seiner Gesellschaft, konnte ihn nicht hoffen lassen, seine immer umfassender geratende Utopie, seine Kritik des staatsmonopolistischen Sozialismus, zu Lebzeiten in der DDR veröffentlicht zu sehen, und als daher der Grundriß im Manuskript und in einer Form vorlag, die B. vertretbar schien (den vorgesehenen fünften Band zur Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus zu schreiben, schien ihm nun nicht mehr vertretbar), da war die selbst auferlegte Pflicht erfüllt, das Überlebensmittel hatte ausgedient: „Was bleibt, ist die Utopie ..." Und das war letztlich doch zu wenig für B., den der Gesellschaft verbundenen und zur nunmehr vollständigen Wir-

kungslosigkeit verurteilten: Er hatte nichts mehr zu tun. – Ist die Vermutung allzu kühn, geht sie an den Lebensmaximen B.s vorbei?

Steiner hat in seinen Notizen die thematische Vielfalt der im Manuskript überlieferten Ausarbeitungen angezeigt (S. 30). Es bleibt zu hoffen, daß sie – gemeinsam mit den in dem längst verramschten „Abschied"-Band vereinten Studien – recht bald publiziert werden, unter einem besser geeigneten Titel. Da B.s 90. Geburtstag schon vorbei ist, könnte es ja der 20. Todestag sein. Aber braucht eine Veröffentlichung dieser Manuskripte wirklich einen kalendarischen Anlaß?

## Anmerkungen

1 Siehe z. B. Rüdiger Hachtmann: Industriearbeit im „Dritten Reich". Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945. Göttingen 1989 = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 82.

2 So jedenfalls in der 1992 im Akademie Verlag Berlin unter dem (wie gesehen) völlig irreführenden Titel „Abschied von der sozialen Utopie" veröffentlichten Fassung (a. a. O., S. 257). Ich führe den Titel an, den ich 1988 (im Nachlaß des unvergessenen Wolfgang Heise) auf dem Manuskript gesehen und (hoffentlich richtig) im Gedächtnis behalten habe: Zur Kritik des staatsmonopolistischen Sozialismus. Übrigens hatte B. in seiner unverkennba-ren Handschrift auf diesem Exemplar als Verfasser des Manuskripts angegeben: K. Lorenz – auch dies gehört zur Geschichte der Gesellschaftswissenschaften in der DDR.

3 B. zitiert ebenda, S. 244, Immanuel Kant: Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht (Akademie-Ausgabe, Bd. 8, S. 23).

4 Siehe Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre „Kapital". Referate und Diskussionen ... hrsg. v. W. Euchner u. A. Schmidt. Frankfurt am Main u. Wien 1968, S. 288–299.

5 Siehe dessen Rezension: Sozialismus – Utopie als Arbeitsaufgabe. Nachdenken über einen Nachlaßband von Fritz Behrens. In: Utopie kreativ, H. 21/22, Berlin 1992, S. 88–94.

6 B. zitiert aus Lenins „Philosophischen Heften"; siehe Werke, Bd. 38, Berlin 1964, S. 170.

7 Grundriß einer Geschichte der politischen Ökonomie. Als Manuskript gedruckt. Berlin 1956.

Klaus Steinitz

## Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland

*Neunzehnter Bericht. Forschungsreihe des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, 1999, Heft 5. 300 Seiten*

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW), das Institut für Weltwirtschaft; Kiel (IfW) und das Institut für Wirtschaftsforschung, Halle (IWH) haben den wirtschaftlichen Transformationsprozeß Ostdeutschlands im Rahmen eines Forschungsprojekts des Bundesministeriums für Wirtschaft „Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland" von Anfang an begleitet. Die Untersuchungsergebnisse wurden seit 1991 in 19 „Anpassungsberichten" der Öffentlichkeit vorgestellt. Der 19. Bericht stellt den Abschluß des Projekts dar. Er gibt auf 300 Seiten eine umfassende Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland seit 1990 und bewertet die bisherigen Resultate aus der Sicht der drei Institute. Besonders wertvoll sind die vielen Tabellen und Abbildungen (fast 200 Tabellen sowie 16 Abbildungen und Übersichten), die wichtige Zusammenhänge und Prozesse der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Ostdeutschlands in den neunziger Jahren widerspiegeln.

Im 19. Anpassungsbericht werden folgende Komplexe behandelt:

A. Von der sozialistischen Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft: Aufgaben, Probleme und Erfolge (Ausgangslage und Rahmenbedingungen 1990; gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Rückblick; aktuelle Lage und Perspektiven)

B. Der Einfluß der Wirtschaftspolitik: Rasche Umstrukturierung und soziale Flankierung (Sanieren durch Privatisieren, die Treuhandanstalt – Probleme und Ergebnisse ihrer Tätigkeit; Ausgleich von Standortdefiziten durch Investitionshilfen; Erneuerung der wirtschaftsnahen Infrastruktur; Umstrukturierung der öffentlichen Verwaltung; Arbeitsmarktpolitik; Lohnpolitik)

C. Der Aufbau einer neuen Wirtschaftsbasis: Fortschritte und Defizite (Strukturwandel; überregionale Arbeitsteilung; Investitionen und Produkti-

vität; Ertragslage und Finanzierungsmöglichkeiten; Betriebsgrößen – kaum Großbetriebe; Absatzprobleme; Regionale Kompetenzzentren und Netzwerke – schleppender Neuaufbau; Forschung und Entwicklung – strukturelle Defizite)

D. Die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung: Hohe Unterbeschäftigung, rasche Einkommensangleichung

E. Wirtschaftspolitische Überlegungen: regionale Entwicklungspotentiale stärken

Im Ergebnis der Analysen wird als Meinung der Institute einleitend festgestellt: „Der Bericht läßt erkennen, daß beide Teile Deutschlands auch nach fast 10 Jahren noch keine wirtschaftliche Einheit bilden. Die Verringerung des Leistungsgefälles bleibt deshalb eine zentrale Aufgabe. Sie läßt sich nicht dadurch bewältigen, daß viel Geld aus öffentlichen Kassen in den Osten fließt. Entscheidend ist, daß sich dort private Investoren engagieren. Hierfür muß die Wirtschaftspolitik die Rahmendaten setzen." (S. 7) Im gesamten Bericht wird allerdings nicht deutlich, durch welche „Rahmendaten" die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden können, um diese „zentrale Aufgabe" zu lösen. Dabei ist es befremdlich aber auch symptomatisch, daß die Bekämpfung der hohen Massenarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern, sie liegt mit 18% 1999 doppelt so hoch wie im bisherigen Bundesgebiet, in diesem Zusammenhang keine Erwähnung findet. Das um so mehr, als sich trotz „Verringerung des Leistungsgefälles" seit 1991 und zeitweise hoher Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gesamtwirtschaftlich daraus keinerlei positive Wirkungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen ergaben. Im Verhältnis zu Westdeutschland (=100) ist das BIP je Einwohner in den neuen Bundesländern von 31,3% 1991 auf 56,1% 1998 und je Erwerbstätigen von 31,0% auf 59,5% gestiegen. In dieser Zeit ist mit einer kurzen Unterbrechung (1994 und 1995) die Anzahl der Erwerbstätigen ständig zurückgegangen, von 7,321 Millionen 1991, auf 6,396 Millionen 1995 und 6,055 Millionen 1998.

Die Institute bekräftigen im Abschlußbericht ihren Standpunkt, daß es keine Alternative zu den eingeschlagenen „steinigen Wegen zur wirtschaftlichen Erneuerung Ostdeutschlands" gegeben habe. (S. 9) Ein steiniger und schwieriger Weg war sicher nicht zu verhindern. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß der von der Bundesregierung beschrittene Weg der Deindustrialisierung, der massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen und der Enteig-

nung der ostdeutschen Bevölkerung im Zuge der Treuhand-Privatisierung alternativlos war. Indem die Institute eine Alternativlosigkeit feststellen, wird einer grundsätzlichen Kritik an der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung der letzten 10 Jahre faktisch die Berechtigung abgesprochen.

Schon hierin wird die Ambivalenz und Widersprüchlichkeit des 19. Anpassungsberichts deutlich: Einerseits werden viele Aspekte der problematischen und differenzierten sozialökonomischen Entwicklung Ostdeutschlands seit der Währungsunion und der Vereinigung aufgezeigt und analysiert, einige Maßnahmen der Wirtschaftspolitik kritisiert und auch vernünftige Vorschläge für die Fortführung der wirtschaftlichen Angleichungsprozesse unterbreitet. Andererseits fehlt eine Gesamtbewertung der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung in den fast 10 Jahren seit der Vereinigung, die der Größe und historischen Einmaligkeit der Probleme adäquat ist. Der Zustand der DDR-Wirtschaft Ende der achtziger Jahre wird einseitig als Ursache für den Absturz der Wirtschaft, den massenhaften Zusammenbruch von Betrieben und die Beseitigung von fast 40% der Arbeitsplätze hervorgehoben. Es wird auch kein Gesamtkonzept für die weitere ökonomische Entwicklung in Richtung eines selbsttragenden Aufschwungs und zur Lösung der angestauten Probleme vorgeschlagen.

Im abschließenden Bericht der drei Institute wird ebenfalls die allgemein von den offiziellen Institutionen angewandte Methode praktiziert, die Darstellung der ostdeutschen Wirtschaftsentwicklung auf einen Vergleich mit dem Jahre 1991 zu beschränken, und auf Vergleiche mit dem letzten DDR-Jahr 1989 zu verzichten. Damit wird die Aussage umgangen, daß auch im zehnten Jahr nach der Wende die gesamtwirtschaftliche Leistung, gemessen am BIP, gerade wieder den Stand von 1989 erreicht hat, und daß die Industrieproduktion trotz hoher Zuwachsraten in den letzten Jahren noch wesentlich unter diesem Niveau liegt. In einigen Abbildungen wird allerdings das Ausmaß des Produktionseinbruchs – gesamtwirtschaftlich und in der Industrie – nach der Währungsunion deutlich.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wird im Bericht in drei Phasen eingeteilt:

- die des Niedergangs, von Mitte 1990 bis Mitte 1991,
- die einer deutlichen Erholung, die bis Ende 1994 dauerte sowie
- die einer neuerlichen Ermüdung, die bis zur Gegenwart reicht.

Für die Phase des Niedergangs wird vor allem der Zustand der DDR-Wirtschaft verantwortlich gemacht. Ergänzend hierzu heißt es: „Zum Kollaps der DDR-Wirtschaft haben freilich auch die Art und Weise des Übergangs zur Marktwirtschaft beigetragen, wenngleich sie dafür nicht ursächlich waren. Dazu gehörten die Modalitäten der Währungsumstellung sowie der kräftige Anstieg der Lohnkosten schon vor der Errichtung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Beides hatte zur Folge, daß der größte Teil der Unternehmen binnen kurzer zeit zahlungsunfähig war. ... Auch die Wirtschaftspolitik hatte anfangs den Ernst der Lage wohl unterschätzt" (S. 11/12)

Zur zweiten *Phase einer deutlichen Erholung* heißt es: „Die hohen und steigenden Zuwachsraten in den Jahren 1992 bis 1994 sind zum Teil Reaktion auf den Produktionseinbruch in den Jahren davor. ...konnte das Bruttoinlandsprodukt von einem gedrückten Niveau aus rasch steigen. Zudem spiegeln sich darin die Nachfrage- und Produktionswirkungen der Anschubfinanzierung in Form umfangreicher Transferzahlungen aus dem Westen wider." (S.12) In diesem Zusammenhang wird ein Grundproblem der ostdeutschen Wirtschaft, das *Auseinanderfallen der Produktion* (je Einwohner 1998 56% des westdeutschen Niveaus) *und der letzten inländischen Verwendung* – individueller Verbrauch, Staatsverbrauch, Investitionen – (je Einwohner über 85% des westdeutschen Niveaus), sichtbar. Diese Differenz zwischen Produktion und Verbrauch, die rund 200 Mrd. DM beträgt, wird durch öffentliche Transfers und Kapitalimporte finanziert. Knapp drei Viertel dieser Größe sind staatliche Finanztransfers. Im Bericht wird festgestellt, daß die gesamte Inlandsnachfrage der neuen Bundesländer 1991 um mehr als 75% über den dort erwirtschafteten Einkommen lag, und daß diese Differenz derzeit noch 50% beträgt.

Zu den öffentlichen West-Ost Finanztransfers wird festgestellt: „Nur rund ein Viertel der Transferleistungen wird aufgrund von Rechtsvorschriften gewährt, die allein für Ostdeutschland gelten; hierzu zählen die besonderen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, aber auch die Sonderprogramme für die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen für den zweiten Arbeitsmarkt. In ihrer Gesamtheit sind die Transferleistungen zugunsten Ostdeutschlands daher nicht als Sonderleistung zu werten. Eine Bevorzugung Ostdeutschlands ist vor allem beim Ausbau der Infrastruktur und bei der Unterstützung ostdeutscher Unternehmen zu erkennen." (S. 16) Das bedeu-

tet, daß von den allgemein als jährliche Nettofinanztransfers genannten rund 140 Mrd. DM rund 40 Mrd. als Sonderförderung Ost zu betrachten sind. Der Nettotransfer zugunsten der neuen Länder entspricht insgesamt rund 4,5% des nominalen BIP Westdeutschlands. (S. 16)

Allerdings darf eine realistische Bewertung der öffentlichen Transfers nicht bei dieser Betrachtung der *West-Ost Finanztransfer* stehen bleiben. Einerseits fließt ein beträchtlicher Teil der Mittel wieder über mehr oder weniger viele Stufen nach Westdeutschland zurück: über den Kauf von Produkten und Dienstleistungen aus den alten Bundesländern entsprechend den jährlichen Lieferüberschüssen von rund 200 Mrd. DM, über die Vergabe öffentlicher Aufträge, oft an Subauftragnehmer westdeutscher Unternehmen mit realem oder fingiertem Sitz in Ostdeutschland, über die Inanspruchnahme eines Großteils der Mittel für die Wirtschaftsförderung durch westdeutsche Unternehmen und über die Realisierung beträchtlicher Teile der in den neuen Ländern vorgenommenen Wertschöpfung durch die in Westdeutschland situierten Stammunternehmen. Auf diese Art und Weise werden öffentliche Mittel über schwer zu erfassende Verteilungs- und Umverteilungsvorgänge zur Quelle höherer privater Gewinne. Andererseits muß auch der *Vermögenstransfer*, der in umgekehrter Richtung, von Ost nach West verlaufen ist, in die Analyse einbezogen werden. Westdeutsche Unternehmen erzielten im Ergebnis der Privatisierungstätigkeit der Treuhandanstalt einen mehrfachen Profit. Viele Betriebe wurden zu einem sehr niedrigen, oft nur symbolischen Preis von einer D-Mark verkauft, oder die Übernahme wurde mit Finanzhilfen noch versüßt. Die aufgekauften Betriebe wurden zu einem großen Teil in die bestehenden westdeutschen Konzern- und Unternehmensstrukturen eingebunden, woraus sich zusätzliche Absatzmöglichkeiten für Zulieferungen und Investitionsgüter eröffneten. Das Ziel des Unternehmenskaufs war oft gar nicht die Fortführung der Produktion, sondern der Erwerb von Immobilien mit günstigen Verwertungschancen. Häufig ging es auch einfach nur um die Beseitigung eines Konkurrenten und die Übernahme seiner Marktanteile. Dies war offensichtlich z. B. bei der Stillegung des Kaliwerkes in Bischofferode und mehrerer leistungsfähiger, international renommierter Maschinenbaubetriebe der Fall. Der Vermögenstransfer von Ost nach West in dreistelliger Milliardenhöhe – nach vorliegenden Schätzungen kann von rund 400 Mrd. DM[1] ausgegangen werden – begründet eine dauerhafte Abhängigkeit der in den neuen Bundes-

ländern liegenden Unternehmen von den westdeutschen Konzernen bzw. Stammunternehmen. Im Unterschied zum jährlichen Finanztransfer handelt es sich beim Vermögenstransfer nicht um Umverteilungsvorgänge in den Einkommen, die durch gesetzliche Regelungen geändert werden können, sondern um langfristig wirkende, nachhaltige Veränderungen in der Eigentumsstruktur zugunsten westdeutscher Kapitaleigentümer und zum Nachteil der ostdeutschen Bevölkerung. Sie determinieren in hohem Maße die gegenwärtigen und zukünftigen Verteilungsstrukturen der Einkommen. Der Anteil der Ostdeutschen am gesamten deutschen Produktivvermögen liegt infolge dieses Eigentumstransfers und der nach wie vor niedrigeren Kapitalausstattung ostdeutscher Unternehmen nur bei etwa drei Prozent. Auch die Anteile ostdeutscher Haushalte am Immobilien- und Geldvermögen betragen mit 7,7 bzw. 6,6 Prozent auch nur etwa ein Drittel des Bevölkerungsanteils.

Die Erklärung der *dritten Phase*, die als *neuerliche Ermüdung* gekennzeichnet wird, fällt den Autoren des Anpassungsberichts offensichtlich schwer. Ihre Ableitung aus den „Erblasten" der DDR ist offensichtlich nicht möglich. Einerseits sind die meisten nicht wettbewerbsfähigen Unternehmen – jedoch nicht nur diese – schon liquidiert, vom Markt verschwunden. Andererseits konnten auch die Effizienzhemmnisse der Kombinatsstrukturen nach deren Zerschlagung nicht mehr existieren. Schließlich wurde in den zurückliegenden Jahren der Kapitalstock in den meisten privatisierten Unternehmen erneuert bzw. modernisiert. Auch die Währungsunion kann nicht erklären, warum die Zuwachsraten des BIP von 7 bis 9% in den Jahren 1992–1994 auf 2% und weniger in den Jahren 1997–1999 zurückgegangen sind und unter denen Westdeutschlands lagen. Diese dritte Phase, deren Inhalt mit dem Begriff „Ermüdung" auch nicht gerade adäquat widergespiegelt wird, besagt nichts anderes als daß die „Aufholphase" abgebrochen ist, und daß auch kaum Aussichten bestehen, daß sie ohne eine andere Wirtschaftspolitik wieder in Gang kommt. Die Gründe für diesen Abbruch liegen vor allem in den tiefen strukturellen Deformationen der ostdeutschen Wirtschaftskreisläufe und einer starken Zerstörung der Quellen für einen selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung in den neunziger Jahren, u. a. der Forschungs- und Entwicklungspotentiale, der Verflechtungsbeziehungen zwischen Produktion und Wissenschaft sowie zwischen Finalproduzenten Zulieferern und Abnehmern, und im Verlust der ost- und mittel-

europäischen Absatzmärkte. Ostdeutschland hat sich in eine vom alten Bundesgebiet abhängige *Filial- und Transferökonomie* verwandelt, ist heute eine insgesamt rückständige Region der Bundesrepublik und der EU. Die Wirtschaftspolitik hat bisher vor der Größe und Kompliziertheit der Herausforderungen und der zu lösenden Probleme versagt.

Die tiefen Disproportionen der ostdeutschen Wirtschaft werden deutlich, wenn ihre Anteile an wichtigen Indikatoren der gesamten Bundesrepublik betrachtet werden.

**Anteile der neuen Bundesländer an Deutschland insgesamt 1997/98 (in %)**

| | |
|---|---|
| Bevölkerung | 19 |
| Erwerbstätige | 18 |
| Arbeitslose – registrierte | 32 |
| Arbeitslose – registrierte und verdeckte | 36 |
| BIP, in effektiven Preisen | 11 |
| letzte inländische Verwendung (privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Investitionen) | 17 |
| Industrie (Umsatz) | 6 |
| Maschinenbau (Umsatz) | 5 |
| Elektrotechnik (Umsatz) | 5 |
| Export | 3 |
| Forschung und Entwicklung | 5 |

Quelle: Jahresgutachten 1997/98, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Wirtschaftsdaten Neue Länder, BMWi; Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1997; eigene Berechnungen.

Wesentliche Fortschritte wurden beim *Aufbau eines modernen, leistungsfähigen Kapitalstocks* erreicht. Im Zeitraum 1991–1998 sind nach Berechnungen des ifo-Instituts München 1,3 Billionen DM, das sind pro Jahr durchschnittlich 160 Mrd. DM, in neue Anlagen investiert worden. Reichlich die Hälfte hiervon wurde vom Unternehmenssektor (ohne Wohnungsvermietung) – 750 Mrd. DM – realisiert. Der Anteil der Bauinvestitionen lag mit zwei Dritteln der Gesamtinvestitionen sehr hoch; in den alten Bundesländern entfielen auf die Bauinvestitionen nur rund 50%. Bei einem Vergleich mit Westdeutschland zeigt sich, daß die Kapitalausstattung der

Arbeitsplätze 1997 bei 7% lag, wobei die Differenz zu den alten Bundesländern bei Ausrüstungen höher war als bei Bauten. Der Abbruch des wirtschaftlichen Aufholprozesses in den Jahren ab 1995 zeigt sich augenfällig darin, daß die Anlageinvestitionen insgesamt seit 1995 von Jahr zu Jahr zurückgegangen sind: von 192,9 Mrd. DM 1995 auf 174 Mrd. DM 1998. In den Jahren 1994 bis 1997 lagen die Ausrüstungsinvestitionen je Einwohner in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland. Seit 1998 liegen sie wieder darunter. Am stärksten war der Rückgang der Investitionen im produzierenden Gewerbe – um 15% gegenüber 10% insgesamt. Die unzureichende Entwicklung der produzierenden Basis zeigt sich auch darin, daß der Strukturanteil des verarbeitenden Gewerbes an den Anlageinvestitionen in den neuen Bundesländern im Durchschnitt um ein Viertel niedriger lag als in den alten.

Ein besonderer Schwerpunkt der Investitionstätigkeit war der Ausbau und die Erneuerung der *Infrastruktur*. Von 1991 bis 1997 wurden in den Bereichen der wirtschaftsnahen Infrastruktur insgesamt 146 Mrd. DM investiert, darunter 74,5 Mrd. DM (51,1%) im Verkehrsnetz, 47,6 Mrd. DM (32,6%) in der Telekommunikation und 22,2 Mrd. DM (15,2%) in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Aber auch hier zeigt sich seit 1993/94 deutlich eine rückläufige Tendenz.

Die widersprüchliche Entwicklung seit der Wende und dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik spiegelt sich in den *gewerblichen Anmeldungen und Abmeldungen sowie in den Gründungen und Liquidationen* wider. Der Höhepunkt der Anmeldungen und Existenzgründungen lag in den Jahren 1990 und 1991. Seitdem besteht eine rückläufige Tendenz, bei den Anmeldungen von 293 Tausend 1991 auf 150 Tausend 1997 und bei den Existenzgründungen von 140 Tausend auf 92 Tausend. In der gleichen Zeit sind die Abmeldungen und vor allem Liquidationen fast beständig gestiegen – die letzteren von 11 Tausend 1991, auf 49 Tausend 1995 und 81 Tausend 1997. Bis 1999 gab es zwar noch immer einen positiven Saldo, der aber ständig weiter zusammengeschmolzen ist. Im Unterschied zu den abhängig Beschäftigten hat sich die Anzahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen relativ kontinuierlich, wenn auch mit abnehmender Tendenz, erhöht, von 371 Tausend 1991 auf 534 Tausend 1997.

Die geringe wirtschaftliche Stabilität vieler ostdeutscher Unternehmen, insbesondere ihre starke Anfälligkeit gegenüber konjunkturellen Schwan-

kungen und verzögerten Zahlungseingängen, hängt eng mit ihrer insgesamt *ungünstigen Ertragslage und zu geringen Eigenkapitalausstattung* zusammen. Im Bericht wird hervorgehoben, daß sich die ostdeutschen Unternehmen von den westdeutschen in dieser Beziehung vor allem darin unterscheiden, daß erstens ihre Erträge deutlich schlechter und ihre Finanzierungsmöglichkeiten entsprechend enger sind, und zweitens die Abweichungen vom Durchschnitt größer sind. Die durchschnittlichen Umsatzrenditen aller ostdeutschen Unternehmen lagen 1996 und 1997 bei 0,0 bzw. bei 0,1%, die der westdeutscher Unternehmen hingegen bei 1,9 bzw. 2,1%. Während 1997 die Umsatzrenditen bei Verlustunternehmen im Durchschnitt bei -5,7% lagen, betrugen sie bei Verlustunternehmen mit einem Jahresumsatz von unter 0,5 Mio. DM -13,4% und mit einem Jahresumsatz von 0,5–1 Mio. DM -10,4%. Die Angaben zur Höhe der Eigenkapitalquoten differieren sehr stark je nach dem Kreis der erfaßten Unternehmen, und lassen insgesamt kaum aussagefähige Vergleiche mit westdeutschen Unternehmen zu. Problematisch ist die äußerst niedrige Eigenkapitalausstattung junger ostdeutscher Unternehmen, die sich 1997 sogar gegenüber 1992 spürbar verschlechtert hat. Im industriellen Gewerbe betrug der Anteil dieser jungen Unternehmen mit einer Eigenkapitalquote unter 10% 1992 40% und erhöhte sich sogar 1997 auf 66%.

Die „besorgniserregende Lage auf dem *Arbeitsmarkt*" wird im Bericht auf der Grundlage aussagekräftiger Übersichten analysiert. Die Erwerbstätigen im Inland (Angaben jeweils in 1000 Personen) sind von 9.860 im Jahre 1989 auf 6.055 im Jahre 1998 zurückgegangen. Dabei hat sich die Anzahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen verdreifacht, von 187 (1989) auf 545 (1998). Aufschlußreich sind die Analysen über die Struktur der „Unterbeschäftigung" (hierzu werden einerseits Arbeitslose und andererseits Personen gezählt, die durch arbeitsmarktpolitische Instrumente betroffen sind: Personen in Kurzarbeit, in vorzeitigem Ruhestand, Teilnehmer an Weiterbildung, ABM-Beschäftigte). Der Anteil der Arbeitslosen an den Unterbeschäftigten war in Ostdeutschland bis 1994 geringer als 50% und stieg bis 1998 auf 70%. Der entsprechende Anteil betrug in Westdeutschland 1998 86%. Der Anteil der Personen in Kurzarbeit erreichte 1991 47%, eine wohl historisch einmalige Größe, und ging danach schnell zurück, auf 11,4% 1992, 4% 1994 und 1,7% 1998. Der Anteil der Personen im vorzeitigem Ruhestand lag in den Jahren 1992 bis 1994 bei

rund 25% und ging bis 1998 auf 5% zurück. Der Anteil der ABM-Beschäftigten an den Unterbeschäftigten beträgt in Ostdeutschland mit durchschnittlich 15% in den letzten Jahren etwa das siebenfache ihres Anteils in Westdeutschland.

*Die Erwerbsstruktur der Bevölkerung im erwerbsfähigem Alter* weist einige signifikante Unterschiede zwischen Ost und West auf. Der Anteil der Erwerbstätigen betrug 1990 in Ostdeutschland 84%, in Westdeutschland 67%, 1997 betrugen diese Anteile 61% und 66%. Die Anteile der Arbeitslosen/Arbeitsuchenden und der Personen im Vorruhestand betrugen 1997 in Ostdeutschland mit 15% und 11% das 2,5 fache bzw. das 1,5 fache der jeweiligen Anteile in Westdeutschland. Die weitaus meisten Menschen im Alter zwischen 55 und 65 Jahren, die in Ostdeutschland den Arbeitsplatz verloren haben, sind nicht wieder in das Erwerbsleben zurückgekehrt.

Die im Bericht enthaltenen *Vorschläge zur Einschränkung der Massenarbeitslosigkeit* sind völlig unbefriedigend. Sie sind im wesentlichen auf die bekannten neoliberalen Forderungen nach einer stärkeren Lohnspreizung und den Abbau von Regulierungen des Arbeitsmarkts beschränkt. Zu dem wichtigsten Problem Ostdeutschlands heißt es nur, daß der Osten in Bezug auf Deregulierung dem Westen schon einige Schritte voraus sei. „Aber bis sich dies in einer ausreichenden Anzahl von Arbeitsplätzen niederschlägt, ist es noch ein weiter Weg." (S. 24) Charakteristisch für die neoliberale Erklärung der hohen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, die sich auch in den Vorschlägen zu ihrer Reduzierung widerspiegelt, ist folgender Satz: „Die hartnäckig hohe Arbeitslosigkeit im Osten resultiert nicht so sehr aus der geringen Nachfrage nach Arbeitskräften, sondern vor allem aus dem hohen Angebot an Arbeitsuchenden, nicht zuletzt bedingt durch die im Vergleich zu Westdeutschland deutlich höhere Erwerbsquote verheirateter Frauen." (S. 24)

Die Probleme in der Entwicklung der ostdeutschen *Produktionsstruktur* zeigen sich sehr deutlich in den Veränderungen der Strukturanteile des verarbeitenden und des Baugewerbes. Während der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung in der DDR beträchtlich über dem der Bundesrepublik lag, hat sich im Verlaufe der neunziger Jahre das Verhältnis umgekehrt. Der entsprechende Strukturanteil liegt 1998 mit 26,4% in den alten Bundesländern um 50% höher als in den in den neuen mit 17,6%. Der Anteil des Baugewerbes an den Erwerbstätigen lag in

Ostdeutschland in den Jahren 1995 und 1996 mit 17% sogar höher als der des verarbeitenden Gewerbes mit 16%, während er in den alten Bundesländern mit 6% nur ein Viertel des Anteils des verarbeitenden Gewerbes mit 26% betrug. Die Produktionsstruktur der neuen Bundesländer wird geprägt durch einen hohen Anteil überregional unterdurchschnittlich handelbarer, wenig technologieintensiver und häufig auch „baunaher" Güter. Der Anteil der Beschäftigten in kapitalintensiven Produktionen lag 1997 in Ostdeutschland bei 23,5%, in Westdeutschland bei 17,9, während die entsprechenden Anteile bei F&E intensiven Produktionen bei 9,6% bzw. 17,5% lagen. Seit 1995 beginnt sich das Muster des Strukturwandels zu verändern: Rückgang des Anteils des Baugewerbes, höhere Dynamik von Produktionen die nicht schwerpunktmäßig für regionale Märkte produzieren sowie technologisch anspruchsvoller sind. Der Anteil des Exports am gesamten Umsatz betrug 1998 im verarbeitenden Gewerbe in den neuen Ländern 18,4%, in den alten mit 34,5% fast das Doppelte. Daraus ergibt sich ein Anteil der neuen Bundesländer am Gesamtexport Deutschlands von knapp 4%.

Recht interessant und aufschlußreich für eine perspektivische Wirtschafts- und Industriepolitik ist der Abschnitt, in dem an ausgewählten Beispielen die Problematik *regionaler Kompetenzzentren und Netzwerke* behandelt wird. „Zu den Defiziten der ostdeutschen Wirtschaft gehört der Mangel an regionalen Kompetenzzentren (>Cluster<). Dies sind Netzwerke aus komplementären Produktions- und Dienstleistungsunternehmen in einer Region, die sich meistens auf eine Branche oder mehrere verwandte Branchen konzentrieren und die durch ihre räumliche Nähe Verbundvorteile (Synergien) erzielen." (S: 162) Die Orientierung auf solche regionale Kompetenzzentren wird längerfristig voraussichtlich eine größere Rolle für die Revitalisierung der ostdeutschen Wirtschaft und speziell Industrie spielen können als die Orientierung auf die Erhaltung industrieller Kerne, die nicht allzu viel gebracht hat.

Dabei werden Ergebnisse von drei Fallstudien ausgewertet: Berlin – Kompetenzregion in Sachen Verkehr? Region Cottbus – Neue Perspektiven für eine altindustrielle Region? Region Dresden – auf dem Weg zum High-Tech-Standort? Danach wirken sich insbesondere folgende Faktoren hemmend auf die Herausbildung regionaler Kompetenzzentren aus: größere Unternehmen beziehen den größeren Teil ihrer Vorleistungen von Unter-

nehmen außerhalb der Region, häufig von der westdeutschen oder ausländischen Muttergesellschaft. Dies gilt vor allem für hochwertige Erzeugnisse und Dienstleistungen, für Ausrüstungsgüter, FuE-Leistungen, Vorprodukte, qualifizierte Dienstleistungen in den Bereichen Logistik, Absatz und Vertrieb, Informationsverarbeitung und Beratung. Zulieferungen aus der näheren Umgebung beschränken sich vorwiegend auf transportintensive Rohstoffe, Bauleistungen und einfache Dienstleistungen. Es bilden sich kaum Cluster zwischen Unternehmen einer gleichen oder verwandten Branche, z. B. Automobilindustrie oder Chemie, heraus. Es sind häufig reine Fertigungsstätten entstanden, während andere Funktionen in Westdeutschland angesiedelt geblieben sind. (S. 163) In der Überwindung dieser Defizite bestehen bisher nicht ausgeschöpfte Möglichkeiten für eine höhere Wertschöpfung und Wirtschaftsdynamik in mehreren ostdeutschen Regionen, deren Erschließung jedoch nicht im Selbstlauf und im Vertrauen allein auf die Marktkräfte erfolgen wird.

Zusammenfassend werden die bisherigen *Ergebnisse des Transformationsprozesses in Ostdeutschland* wie folgt bewertet: „Bei der wirtschaftlichen Erneuerung sind große Fortschritte zu verzeichnen. Es gibt einen beachtlichen Kreis von Unternehmen, die auf eigenen Füßen stehen und im Wettbewerb voll mithalten können. Die Kommunikationsverbindungen sind inzwischen auf dem modernsten Stand. Und auch die Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur, die Sanierung des Wohnungsbestandes sowie die Beseitigung von Umweltschäden kommen gut voran. Was aber auch nicht übersehen werden darf: Eine größere Zahl von Unternehmen ist alles andere als gefestigt und läuft Gefahr, aus dem Markt gedrängt zu werden. Zudem verhärtet sich die hohe Unterbeschäftigung, weil keine zusätzlichen Arbeitsplätze auf dem >ersten< Markt entstehen. Man darf sich deshalb keinen Illusionen hingeben: Der Weg, den die ostdeutsche Wirtschaft zurückzulegen hat, ist noch lang." (S. 222) Der Begriff „lang" ist so vage, daß damit die eigentliche Problematik umgangen wird. Daß der Weg lang und schwierig sein wird, darüber wird es kaum Meinungsverschiedenheiten geben. Die beiden entscheidenden Fragen sind vielmehr: Erstens: Welche Chancen bestehen, um aus der gegenwärtigen Phase der sozial-ökonomischen Entwicklung, in der der Aufholprozeß Ost-West stagniert, herauszukommen, und spürbare Fortschritte bei der Angleichung der Lebensverhältnisse auf Basis der eigenen Wirtschaftskraft Ostdeutschlands zu errei-

chen? Zweitens: Welche Bedingungen müssen geschaffen werden, damit diese Chancen auch tatsächlich genutzt werden? Diese Fragen werden auch im Abschlußbericht nicht beantwortet. Wie notwendig es ist, sich gründlich auch mit der ersten Frage zu befassen, wird in der jüngsten Konjunkturprognose des DIW deutlich. Dort heißt es resignativ: „Eine Wiederaufnahme des Aufholprozesses ist nicht in Sicht." Zur zweiten Frage werden zwar viele konkrete Vorschläge unterbreitet, um die Wirtschaftsförderung effektiver zu gestalten, es wird jedoch kein konsistentes Gesamtkonzept sichtbar, wie in den neuen Ländern eine zukunftsorientierte und sich selbst tragende Wirtschaftsentwicklung erreicht und die Massenarbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden soll.

Im Abschlußbericht wird gefordert, die *Sonderförderung* Ost ab Ende 2004 einzustellen. Begründet wird dies vor allem mit der schädlichen Wirkung von Dauersubventionen sowie damit, daß die vorhandenen Standortdefizite und die nicht gefestigte Unternehmenslandschaft als Nachteile der neuen Bundesländer zunehmend an Gewicht verlieren, und daß Ostdeutschland immer weniger als einheitliche Wirtschaftsregion gesehen werden kann. (S. 223) Die Konsequenzen, die sich aus einer Einstellung der Sonderförderung Ost ergeben, sind im einzelnen schwer vorauszusehen. Es läßt sich aber relativ sicher feststellen, daß eine Verringerung der Mittel für die ostdeutsche Wirtschaftsförderung den Erfordernissen der weiteren wirtschaftlichen Angleichung widersprechen und – bei sonst gleichen Bedingungen – den Übergang zu einer selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern noch mehr erschweren und in eine ungewisse Zukunft verschieben würde. Bei der Bewertung der Sonderförderung Ost und der Entscheidung, ob sie nach 2004 eingestellt oder weiter fortgeführt werden soll, müßte u. a. von folgenden Überlegungen ausgegangen werden: (1) Eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung läßt sich zwar nicht primär durch ständige Finanztransfers erreichen. Entscheidend ist, wie diese für die Erschließung der inneren Potentiale der ostdeutschen Wirtschaft und damit für eine eigenständige Reproduktionsfähigkeit genutzt werden. Die Unterstützung dieses Weges durch äußere Finanzquellen wird aber über einen längeren Zeitraum notwendig sein. Eine Beschneidung der Mittel wird die erforderliche Zeitspanne bis zur selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung verlängern oder sogar verhindern. (2) Die zweifellos auch in den neuen Bundesländern vorhandene regionale Differenzie-

rung unterscheidet sich in wichtigen Punkten von der in den alten Bundesländern. Das Verhältnis zwischen rückständigen und „normal" entwickelten Regionen ist faktisch umgekehrt, nicht einige rückständige Einzelregionen werden von entwickelten Regionen umgeben, sondern einzelne Regionen mit einem überdurchschnittlichen Niveau (ostdeutsche „Leuchttürme") werden von mehr oder weniger schwach entwickelten, deindustrialisierten Regionen umgeben. (3) Die Wirtschaft Ostdeutschlands weist mehrere Schwächen/Defizite auf, die im Prinzip für alle Regionen zutreffen, und die Entwicklungshemmnisse charakterisieren, deren Überwindung für einen längeren Zeitraum eine besondere Unterstützung verlangt: weit überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten, Deindustrialisierung, fehlende Großbetriebe, geringes Innovationspotential, unterdurchschnittlicher Anteil des überregionalen Absatzes, zu geringe Ausstattung mit Eigenkapital und zu niedrige Renditen als Basis für die Finanzierung von Investitionen und von Forschung und Entwicklung. (4) Die Wettbewerbsnachteile Ostdeutschlands werden bis Ende 2004 nicht aufgehoben sein; zudem verlangt ein Aufholprozeß, daß der „Aufholende" über günstigere Bedingungen verfügt, sonst gibt es kaum einen Grund dafür, daß sich ein solcher Aufholprozeß vollzieht. (5) Eine Verringerung der Mittel für die Wirtschaftsförderung Ost erweist sich auch bei näherem Hinsehen kaum als ein Beitrag zu einer realen, nachhaltigen Reduzierung von Haushaltsbelastungen des Bundes und der westdeutschen Länder. Die Einspareffekte sind nur kurzfristiger Art. Langfristig würden sich eher höhere Belastungen ergeben, da eine geringere Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern wieder zu einer größeren Kluft zwischen Wirtschaftsleistung und Verbrauch mit einer entsprechend notwendigen Ausdehnung der Transfers für Sozialleistungen führen würde.

Es geht jedoch nicht in erster Linie um die Fortführung der Wirtschaftsförderung unter dem Titel „Sonderförderung Ostdeutschland", sondern darum, daß die Voraussetzungen auch über das Jahr 2004 hinaus gesichert werden, um die Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern mindestens auf dem bisherigen Stand fortführen zu können. Im Vordergrund darf natürlich nicht allein und auch nicht in erster Linie die Höhe der Mittel, sondern müßten vielmehr Vorschläge stehen, die auf ihren effektivsten Einsatz gerichtet sind. Dazu könnte auch die im Abschlußbericht vorgeschlagene höhere Verantwortung der ostdeutschen Länder und Regionen für

den Einsatz der Mittel beitragen. Für eine solche Verlagerung der Verantwortung müßten natürlich stabile finanzielle Voraussetzungen durch den Bund und die neu zu erarbeitenden Regelungen für den Finanzausgleich zwischen den Ländern gewährleistet werden.

Die *Reformierung bzw. Umgestaltung der Wirtschaftsförderung* müßte in folgenden Richtungen erfolgen:

- Vereinfachung, größere Transparenz und wirksamere Gestaltung des Fördersystems, Bündeln und Zusammenwirken der Instrumente und Programme;
- engere Verflechtung der Wirtschafts- und Forschungsförderung mit regionaler Wirtschafts-, Ökologie-, Struktur- und Beschäftigungspolitik sowie mit den regionalen Entwicklungskonzepten; anstelle der bisher dominierenden Einzelförderung muß die Förderung von Forschung und Investitionen auf struktur- und regionalpolitischen Konzepten beruhen;
- Demokratisieren der Entscheidungen zum Einsatz der Fördermittel, erweiterte Einflußmöglichkeiten der Kommunen und in den Regionen tätigen Organisationen und Verbänden auf die Verwendung der Fördermittel.
- Veränderung der Verwendungsstruktur der Mittel, von Steuersubventionen zu direkten Wirtschafts- und Investitionshilfen sowie von nicht rückzahlbaren Investitionszulagen zu Unternehmensbeteiligungen der öffentlichen Hand. Zugleich müßten die Anteile der Mittel für Forschungs- und Innovationsförderung, für Qualifizierung und Vermittlung von Managementerfahrungen, für Marketing und Absatzförderung im Verhältnis zu den Investitionszuschüssen erhöht werden.

## Anmerkung

1 Rolf Mager / Manfred Voigt, Manfred: Transferleistungen im geeinten Deutschland. Nur eine Einbahnstraße von West nach Ost? Zum Verbleib des DDR-Vermögens, in: PDS im Bundestag, Berlin 1999.